



Landtag von Baden-Württemberg

41. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 27. September 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 9:02 Uhr

Schluss: 13:13 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	2281	Nachwuchs und Gründer – beantragt von der Fraktion GRÜNE	2303
Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (HVF) und der Rolle des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (MWK), insbesondere des möglichen pflichtwidrigen Verhaltens von Ministerin Bauer“	2282	Abg. Stefanie Seemann GRÜNE	2303
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Emil Sänze	2282	Abg. Sabine Kurtz CDU	2304, 2313
Begrüßung einer Delegation aus Serbien unter der Leitung der Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen und Budget sowie Präsidentin des Forums für die Energiestrategie Serbiens, Frau Professorin Dr. Aleksandra Tomic, in Begleitung des Generalkonsuls der Republik Serbien in Stuttgart, Herrn Bozidar Vucurovic	2314	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	2305
1. Aussprache über die Regierungserklärung durch den Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration zum Thema „Digitalisierungsstrategie digital@bw“	2282	Abg. Martin Rivoir SPD	2308, 2314
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD	2282	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	2309
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	2285, 2300	Ministerin Theresia Bauer	2311
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	2288	Abg. Alexander Salomon GRÜNE	2313
Abg. Andreas Stoch SPD	2290, 2301		
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	2293	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und dessen Vollzugsverordnung – Drucksache 16/2333	
Minister Thomas Strobl	2296, 2302	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/2597	2314, 2326
Abg. Andreas Deuschle CDU	2300	Abg. Jürgen Walter GRÜNE	2314
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	2301	Abg. Sylvia Felder CDU	2316
2. Aktuelle Debatte – Hochschulen stark machen – neue Perspektiven für den wissenschaftlichen		Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	2317
		Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	2318
		Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	2319
		Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	2320
		Staatssekretärin Bärbl Mielich	2321
		Beschluss	2325, 2326
		4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Drucksache 16/2304	
		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/2639	2326
		Beschluss	2326

5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gerichte für Arbeitssachen – Drucksache 16/2428	2326	Anlage	
Beschluss	2326	Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (HVF) und der Rolle des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (MWK), insbesondere des möglichen pflichtwidrigen Verhaltens von Ministerin Bauer“	2328
Nächste Sitzung	2327		

Protokoll

über die 41. Sitzung vom 27. September 2017

Beginn: 9:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Ihre Plätze ein, und stellen Sie die Gespräche ein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, könnten Sie bitte Ihre Plätze einnehmen und Ihre Gespräche einstellen oder nach außerhalb des Plenarsaals verlagern? – Vielen Dank.

Nochmals: Guten Morgen!

(Anhaltende Unruhe – Abg. Jürgen Walter GRÜNE unterhält sich mit Abg. Sandra Boser GRÜNE.)

– Darf ich bitte hier vorn – – Herr Abg. Walter!

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE begibt sich zu seinem Abgeordnetenplatz.)

– Danke.

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Dies ist unsere erste Sitzung nach den Sommerferien, nach der Sommerpause. Ich hoffe, Sie alle hatten erholsame, schöne Ferien und freuen sich natürlich auf unsere Sitzungen – wie ich auch. Schön, dass Sie alle da sind.

(Unruhe)

Ich eröffne die 41. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Schmid und Herr Abg. Schreiner.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Frau Ministerin Sitzmann, Herr Minister Lucha, Frau Staatsrätin Erler und Frau Staatssekretärin Schütz, bis 11:30 Uhr Herr Staatssekretär Dr. Baumann sowie ab 12 Uhr Herr Minister Hermann.

Entschuldigt sind zudem die Herren Abg. Poreski und Dr. Weirauch, die Frau Staatssekretärin Schütz auf ihrer Delegationsreise nach Großbritannien begleiten.

Eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweilungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 11. Juli 2017 – Fortschreibung des Struktur- und Funktionsplans für die Sportmedizinischen Untersuchungsstellen in Baden-Württemberg – Drucksache 16/2439

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 28. Juli 2017 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 16/2457

Überweisung vorberatend an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, den Ausschuss für Finanzen, den Ausschuss für Soziales und Integration sowie federführend an den Ausschuss für Europa und Internationales

3. Mitteilung des Rechnungshofs vom 20. Juli 2017 – Denkschrift 2017 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 16/2400 bis 16/2423

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

4. Mitteilung der Landesregierung vom 19. September 2017 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“; hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2017 (mit Fortschreibung bis 2020) – Drucksache 16/2600

Überweisung vorberatend an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie federführend an den Ausschuss für Finanzen

5. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 30. August 2017, Az.: 1 BvR 1675/16, 1 BvR 745/17, 1 BvR 836/17, 1 BvR 981/17 – Verfassungsbeschwerden gegen die Einführung des Rundfunkbeitrags

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

6. Mitteilung der Landesregierung vom 12. September 2017 – Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg (SFBW) – Drucksache 16/2674

Überweisung an den Ausschuss für Verkehr

7. Mitteilung der Landesregierung vom 14. September 2017 – Unterichtung des Landtags; hier: Verwaltungsabkommen über die Übertragung von Aufgaben an die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten – Drucksache 16/2692

Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Integration

(Präsidentin Muhterem Aras)

8. Mitteilung der Landesregierung vom 19. September 2017 – Monitoring-Bericht zum Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg – Teil II Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept – Drucksache 16/2695

Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

*

Auf Ihren Tischen befindet sich ein Vorschlag der Fraktion GRÜNE für Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“ (Anlage). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, lieber Herr Abg. Sänze, herzlich zum Geburtstag und wünsche alles Gute.

(Beifall)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, bevor wir in die Sitzung eintreten, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass heute Vormittag der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. und die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg in der Eingangshalle u. a. zu einer Tasse fair gehandeltem Kaffee einladen.

Die Faire Woche findet jedes Jahr in der zweiten Septemberhälfte statt. Gern bieten auch wir dem Dachverband und der Stiftung wieder die Gelegenheit, sich mit uns insbesondere im Anschluss an die Plenarsitzung über das diesjährige Motto „Fairer Handel schafft Perspektiven“ auszutauschen. Hierbei werden heute Mittag zusätzlich ein Imbiss mit fair gehandelten Produkten und fair gehandelte Getränke angeboten.

Gleichzeitig werden auch Teile der Burundi-Ausstellung und eine Ausstellung zu der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen gezeigt.

Damit können wir jetzt in die Tagesordnung eintreten.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aussprache über die Regierungserklärung durch den Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration zum Thema „Digitalisierungsstrategie digital@bw“

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wir kommen damit zur Aussprache. Für die AfD-Fraktion darf ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen das Wort erteilen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: So komme ich als Erster in den Genuss der neuen Mikrofone. Ich bin ganz beeindruckt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Ein Tool wie die Google-Suchmaschine ist eines der bemerkenswertesten Produkte, die im digitalen Zeitalter entwickelt wurden.

Zu den Suchbegriffen mit sehr vielen Ergebnissen gehören die gebrochenen Wahlversprechen der CDU.

(Oh-Rufe)

Da haben wir etwa 85 400 Suchergebnisse. Das ist ein bemerkenswerter Wert, der allerdings von dem der SPD getoppt wird. Da kommen wir auf 88 500 Suchergebnisse.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und Petry?)

– Wir konnten ja noch gar keine Wahlversprechen brechen, Herr Mack. Insofern kann da nichts kommen.

Bei der FDP sind es noch mehr: satte 111 000. Den Rekord halten allerdings trotz bisher kurzer Regierungszeit – wenig überraschend – die gebrochenen Wahlversprechen der Grünen mit sage und schreibe 139 000 Suchergebnissen.

(Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Und bei der AfD? Wie viele kommen da?)

– Da kommen null. Wir konnten noch keine Wahlversprechen brechen, weil wir noch nicht regiert haben. Das wird sich ändern, Herr Kollege. Das dauert noch ein Weilchen.

(Beifall bei der AfD)

Dann wollen wir einmal sehen, ob wir die Zahl nicht deutlich reduzieren können.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn weiterhin jeden Tag einer bei Ihnen austritt, wird das nichts mit dem Regieren!)

Versprochen, gebrochen – diese zwei Wörter stehen sinnbildlich für die Politik, die hierzulande seit Jahrzehnten betrieben wird. Auch in Bezug auf die Digitalisierungspolitik treffen sie zu. So war einem der Plakate der CDU zu entnehmen – ich zitiere –:

Wir garantieren schnellen Breitbandausbau, auch im ländlichen Raum.

Zugesagt, versprochen – gebrochen. Tatsächlich ist es so, dass wir in vielen Bereichen international massiv hinterherhinken, was die Digitalisierung betrifft. Ob in puncto Surfgeschwindigkeit oder Netzabdeckung, Deutschland kann in Sachen schnelle Mobilfunkanbindung kaum mithalten.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des britischen Unternehmens OpenSignal. Die arbeiten das ganz klar heraus. Was die Netzabdeckung angeht – das muss man sich vorstellen –, müssen wir uns Ländern wie Uruguay, Kasachstan, Bolivien oder Georgien geschlagen geben.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Da ist es dann wirklich höchste Zeit, zu reagieren.

(Beifall bei der AfD)

Die ellenlange Regierungserklärung des Ministers Strobl zur Digitalisierungsstrategie „digital@bw“ ist nun schon ein paar Wochen her. Es ist wirklich beachtlich, dass sich die Landesregierung nun endlich des Themas Digitalisierung annehmen möchte. Es wird auch langsam mal Zeit. Es ist ja nicht so, dass der Prozess der Digitalisierung nicht schon seit knapp 80 Jahren in Gang wäre, als Konrad Zuse 1941 die erste digitale frei

(Dr. Jörg Meuthen)

programmierbare Rechenmaschine vorstellte. Seitdem läuft die Digitalisierung.

Das hat also nun endlich auch die Landesregierung bemerkt und darauf reagiert – nur leider, wie nicht anders zu erwarten war, in erster Linie mit leeren Worthülsen und Durchhalteparolen. „Das nächste Google kommt aus Baden-Württemberg, aus dem Ländle“, ließ uns Minister Strobl wissen, der hier ein schwäbisches Silicon Valley errichten möchte – schöne Idee. Liebe Regierende, die Sie hier leider schon länger im Amt sind, nachdem Sie das Thema Digitalisierung vollends verschlafen haben, nachdem große Firmen, die mit der digitalen Welt in Verbindung gebracht werden, etwa IBM oder Hewlett-Packard, und viele ihrer Zulieferbetriebe schon seit Langem auch hier in der Region sind und inzwischen längst massiv schrumpfen oder sogar schließen und bereits in der Vergangenheit Tausende Arbeitsplätze verloren gegangen sind, kommen Sie jetzt mit einer Digitalisierungsstrategie, erzählen uns irgendetwas Blumiges vom „schwäbischen Silicon Valley“ und davon, dass das nächste Google aus Baden-Württemberg kommen werde, während Sie es bis zum heutigen Tag nicht geschafft haben, die vielen Löcher im Funkloch-Mekka und in der Netzabdeckungswüste Baden-Württemberg zu stopfen.

(Beifall bei der AfD)

Ich bin wie wahrscheinlich die meisten von uns schon in vielen Ländern unterwegs gewesen, und man hat ja immer ein Mobiltelefon dabei. Ich habe noch nie ein Land erlebt, in dem so viele Funklöcher sind wie hier. Ich rede jetzt nicht vom Fahrbetrieb auf Kreisstraßen, ich rede durchaus auch vom Fahrbetrieb auf Autobahnen. Funkloch über Funkloch über Funkloch, und in Baden-Württemberg ist es besonders schlimm.

(Beifall bei der AfD)

Da ist in der Tat einiges zu tun.

Sie betrachten angeblich die Gestaltung des digitalen Wandels als einen zentralen Schwerpunkt der Landesregierung. Das muss man bei Ihrer Politik ja fast schon als Drohung ansehen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das Beste, was Ihnen einfällt, um dem digitalen Wandel zu begegnen, ist die Schaffung eines Digitalisierungsministeriums, auf das Sie ja ganz stolz sind. Ihre Antworten auf die Herausforderungen des digitalen Zeitalters sind also: noch mehr Behörden, noch mehr Bürokratie, mehr Verwalten, mehr Erfassen, mehr Regulieren, mehr Bremsen. Ich sage Ihnen: So schafft man keinen digitalen Fortschritt, so schafft man allenfalls digitalen Stillstand.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:
Ja!)

Den haben wir, und mit diesem Minister und auch mit dieser Aufgabenteilung behalten wir den wohl auch noch bis zur nächsten Wahl.

Ich sage Ihnen: All die großen digitalen Entwicklungen bis hin zum heutigen weltumspannenden Internet konnten sich überhaupt nur deshalb durchsetzen, weil es so etwas wie überbordende Bürokratie und staatliche Regulierungswut in diesem Segment gar nicht erst gab.

Der traurige Gipfel dieser Regulierungswut ist das von Noch-Bundeszensurminister Heiko Maas initiierte Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das nichts anderes als ein Zensurgesetz ist und somit ein fundamentaler Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung,

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ja-wohl! Bravo!)

in der linke Tugendwächter der Meinungsfreiheit, aber auch der Förderung der Digitalisierung den Kampf ansagen. Denn dieses Zensurgesetz engt die Infrastruktur, die die digitale Entwicklung erst möglich gemacht hat, dermaßen ein und zwingt sie in ein Korsett, bis ihr schließlich das Rückgrat gekrümmt wird – ein Rückgrat, das so manchem der hier schon länger Regierenden ganz gut zu Gesicht stünde; aber das wäre ein anderes Thema; das lassen wir hier mal besser weg.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Vereinten Nationen haben dieses Zensurgesetz massiv kritisiert, ebenso fast alle Sachverständigen bei der Expertenanhörung im Bundestag, die es zudem großteils für verfassungswidrig halten. Prüfen Sie das mal. Das ist es auch.

Ja, dieses Zensurgesetz ist der Förderung der Digitalisierung – sonst ließe ich das hier unerwähnt – abträglich, da Unternehmen mit gigantischen Strafen bedroht werden, wenn sie nicht zensieren, was wiederum dazu führt, dass hierzulande nur solche Firmen gedeihen können, die Zensurwerkzeuge anbieten können, aber ganz sicherlich kein „schwäbisches Google“. Anstatt also Anreize zu schaffen, die zur Produktion von Leistungen führen, die den Menschen dienen, schafft man Anreize zur Produktion von Leistungen, die den Menschen in seiner Ausübung freiheitlich-demokratischer Grundrechte behindern. Das ist ziemlich absurd, was da geschieht.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie, wie von Ihnen angekündigt, Herr Minister, Stärken stärken wollen und die Stärken Baden-Württembergs in die digitale Welt hineinragen wollen – so simpel sind diese Sprechblasen ja gestrickt –, dann ginge das ganz einfach durch Deregulierung. Lassen Sie doch den Unternehmen ihren Freiraum, damit sie sich entfalten können. Das werden sie tun können, wenn man den Standort Baden-Württemberg attraktiv gestaltet. Das heißt in erster Linie Steuern und Abgaben senken statt die Unternehmen zu drängeln, zu gängeln und zur Zensur zu zwingen.

(Beifall bei der AfD)

So würden die Unternehmen zu mehr eigener Liquidität kommen und könnten auf die komplexen Beteiligungsmodelle und Fördermaßnahmen, die Sie vorschlagen, verzichten. – Beim nächsten Kaffeepläuschchen mit Ihrem einnahmefreudigen Schwiegervater könnten Sie das ja mal mit ihm besprechen, Herr Strobl.

Vor einigen Wochen berichteten Sie hier stolz davon – das ist bemerkenswert –, dass Sie 18,4 Millionen € in die Hand nehmen würden, um Digital Hubs einzurichten. „Digital Hubs“ – das klingt ja richtig modern, so richtig progressiv; ist es vielleicht auch, wer weiß? Zur Information, da nicht jeder etwas mit dem Begriff „Digital Hubs“ anzufangen weiß: Das sind

(Dr. Jörg Meuthen)

Anlaufstellen für Unternehmen bei Fragen der Digitalisierung. Darin sollen bestehende Unternehmen mit Start-up-Finanzierungspartnern der Forschung und weiteren Digitalpartnern zusammenkommen und sich vernetzen. Das klingt vernünftig, und es ist sogar vernünftig. Aber was sind schon 18,4 Millionen €, etwa verglichen mit den über 300 Millionen € für den Integrationspakt mit den Kommunen? Das sind Peanuts, mit Verlaub. Aber sei's drum!

Sie tönen ja groß herum, dass Sie die Digitalisierung hier im Ländle ordentlich fördern, etwa mit der Digitalisierungsprämie. Sie wollen das notwendige Geld hierfür zur Verfügung stellen. Eine gute Nachricht. Da haben wir dann gleich mal nachgeschaut, um das zu prüfen. Der entsprechenden Website ist zu entnehmen – ich erlaube mir, das hier zu zitieren –:

Aufgrund der großen Nachfrage sind die für die modellhafte Erprobung der Digitalisierungsprämie zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bereits ausgeschöpft. Wir bitten daher um Verständnis, dass eine Antragstellung momentan leider nicht mehr möglich ist.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das geht hier aber richtig flott voran; das sagen Sie selbst.

Ich zitiere weiter:

Gegebenenfalls werden ab dem Jahr 2018 weitere Mittel für die Digitalisierungsprämie zur Verfügung stehen.

(Zuruf von der AfD: „Gegebenenfalls“!)

Ja, dumm gelaufen für so manchen. Dennoch ist es erfreulich, dass das Interesse an Fördermitteln offenbar recht hoch ist. Nur leider kann es trotz Förderwürdigkeit – Sie gestehen das ja hier ein – nicht befriedigt werden. Vielleicht sollte man künftig aus den Mitteln für den Integrationspakt ein wenig abzwicken und dies in die Förderung der Digitalisierung stecken – nur mal so als Idee.

Dass es damit nicht getan ist, haben Sie ja in Ihrer Regierungserklärung bereits gesagt. Digitalisierung ohne Bildung bringt nichts, haben Sie gesagt, und das ist völlig richtig. Wie aber soll Digitalisierung funktionieren, wenn die Bildung auf der Strecke bleibt? Sie kennen ja die verheerenden Ergebnisse des IQB-Bildungstrends. Die Schüler Baden-Württembergs sind von der bundesweiten Spitze ins untere Drittel abgestiegen, und das nach nur wenigen Jahren links-grüner experimenteller Bildungsscharlatanerie.

(Beifall bei der AfD)

Kernkompetenz dieser Experimente ist eigentlich die Kernkompetenzabschaffungskompetenz. Es bringt nichts, bloß das Lernumfeld mithilfe der Digitalisierung zu modernisieren, wenn die Schüler und Lehrer dies nicht effektiv für sich zu nutzen wissen.

Die FDP plakatierte ja im Wahlkampf: „Digital first, Bedenken second“. Sinngemäß also: Erst daddeln, dann denken. Das ist, mit Verlaub, der falsche Weg. Beides sollte zeitgleich erfolgen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Insofern hielt ich dann auch Ihren anderen Plakatspruch „Denken wir neu“ für eine ganz gute Idee, besonders auf Ihre eigene Partei gemünzt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Im Unterschied zu Ihnen denken wir überhaupt!)

Ohne Bildung wird man die Früchte der Digitalisierung nicht ernten können. Stattdessen droht perspektivisch Massenarbeitslosigkeit, wenn im Zuge der Computerisierung die Menschen ihre Arbeit verlieren und keine weitere finden, weil ihnen die Bildung und die Qualifikation hierzu schlicht fehlen. Im Zeitalter der Digitalisierung wird Bildung wichtiger denn je, und zwar richtige Bildung.

Schreckgespenster vom Ende der Arbeit braucht man dennoch nicht zu zeichnen. Digitalisierung ist, um mit dem großen Ökonomen Joseph Schumpeter zu sprechen, ein „Prozess der schöpferischen Zerstörung“. Auf derlei Prozesse haben die Menschen als kreative und schöpferische Wesen in der Vergangenheit immer entsprechend reagiert. Ein Ende der Arbeit, wie schon so oft angekündigt, gab es nicht. Stattdessen ist mehr und mehr Arbeit entstanden. Die Menschen sollten die Herausforderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, annehmen. Eine andere Wahl, als an sich selbst zu arbeiten und mit dem Fortschritt mitzuhalten, gibt es nun einmal in einer offenen Gesellschaft nicht.

Übertragen auf die Bildung heißt das: Schüler und Lehrer müssen sich ein IT-Grundwissen aneignen, und das durchaus auch in einem modernisierten Umfeld. Nur muss man das auch richtig anpacken mit entsprechend geschultem Personal, das aktuell – das werden Sie einräumen müssen – leider fehlt.

Sinnvoll ist der Ansatz einer Verwaltung 4.0. Der Bürger soll nicht mehr zum Amt kommen, sondern das Amt kommt zum Bürger. Die E-Akte soll eingeführt werden, und Akten sollen papierlos bearbeitet werden. Der Traum vom papierlosen Büro klingt ja ganz vernünftig. Nur wird dieser Traum schon recht lange geträumt. Ich kann mich erinnern: Ich selbst war als Student 1986 in einem Betriebspraktikum bei Siemens – so lange ist das her –, und da war schon davon die Rede: In vier, fünf Jahren gibt es das völlig papierlose Büro. In der Praxis hat sich der Papierverbrauch in den letzten 75 Jahren stattdessen verzehnfacht.

Was hier am meisten helfen würde, ist zunächst eine Reduzierung der Bürokratie – da können wir übrigens hier mit der Landtagsverwaltung anfangen –

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und erst anschließend Ihre Computerisierung.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE hält ein Schriftstück hoch.)

– Ja, ja, genau das, was Sie da hochhalten, Herr Katzenstein – genau das.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Was unsere Anfragen betrifft, liegt das daran, dass wir tüchtig arbeiten.

(Dr. Jörg Meuthen)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lebhaftes Heiterkeit bei den Grünen)

Daher stellen wir auch die meisten Anfragen. Ihr Problem ist, dass Sie das alles ausdrücken müssen, weil Sie so „Steinzeit“ sind. Das könnte man auch alles digital machen, aber das tun Sie nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Was mir sauer aufstößt, ist, dass die Landesregierung mit ihren Digitalisierungsbestrebungen in Bereiche eindringt, die außerhalb ihres Tätigkeitsbereichs liegen sollten. Ich denke hier an die sogenannte Cyberwehr für die Bürger dieses Landes. Was kümmert das den Staat? Wir sind das Land der Mittelständler. Mit dem Unternehmen Avira aus Tettnang haben wir einen führenden Anbieter auf dem Gebiet der Cybersicherheit. Es ist völlig absurd, diesem Privatunternehmen staatlicherseits nun Konkurrenz zu machen, wenn der Markt hier doch funktioniert.

(Beifall bei der AfD)

Wie so oft handelt es sich auch hier um staatlichen destruktiven Aktionismus auf Steuerzahlerkosten, nur um dem Bürger vorzugaukeln, dass die Regierung auch Digitalisierung kann.

Richter und wichtiger wäre es, sich um die Kernaufgaben in puncto Digitalisierung zu kümmern, allem voran um den Breitbandausbau, für den zusätzliche Mittel bereitgestellt werden sollen und müssen. Denn dass in einem der reichsten Länder der Welt die Netzanbindung teilweise schlechter ist als in Schwellen- und Entwicklungsländern, ist schlichtweg peinlich. Das ist die Kernaufgabe unseres Landes in diesem Sektor.

(Beifall bei der AfD)

Staates Aufgabe – ich sage es noch einmal und komme damit zum Schluss – ist der Ausbau der Netze. Da versagt unsere Landesregierung leider kläglich.

(Beifall bei der AfD)

Alles andere ist Sache der privaten Wirtschaft. Da mischt die Landesregierung dann mit – ohne Sinn und ohne Auftrag. Es fehlt jeder ordnungspolitische Kompass. So – mit Verlaub, Herr Minister – wird das nichts.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion sieht in der Digitalisierung und in der Gestaltung des digitalen Wandels eine große Chance für Baden-Württemberg. Mit der Digitalisierungsstrategie werden wir dafür sorgen, dass Baden-Württemberg an der Spitze bleibt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Es wird auch Zeit!)

Herr Meuthen, seit Juli hatten wir nun 1 700 Stunden Zeit, um unsere Reden vorzubereiten. Aber ich habe den Eindruck, auch nach 1 700 Stunden haben Sie nicht kapiert, worum es geht. Ihre Redenschreiber haben Ihnen immer wieder aufgeschrieben, dass Sie Digitalisierung und Integration gegeneinander ausspielen sollen. Diese beiden großen Zukunftsthemen dürfen Sie jedoch nicht gegeneinander ausspielen. Wir müssen sowohl die Digitalisierung als auch die Integration in unserem Land voranbringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie sollten vielleicht die Integration digitalisieren!)

Der Höhepunkt Ihrer Rede war, dass Sie Mittel für das Jahr 2018 – für dieses Jahr hat der Landtag den Haushalt noch gar nicht beschlossen – ausgeben wollen. Da stelle ich mir die Frage: Was für ein Parlamentsverständnis haben Sie? Aber wenn man sich anschaut, wie viele Abgeordnete Sie im Landtag – und auch im Bundestag – verlieren, dann braucht man sich da wohl keine Sorgen zu machen. Ihr Parlamentsverständnis ist gleich null.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der AfD)

Man kann auch die „Tagesschau“ zitieren; dort wurde es wunderbar auf den Punkt gebracht:

Das Thema Digitalisierung spielt im Wahlprogramm der AfD eine untergeordnete Rolle.

Das haben Sie heute hier noch einmal sehr plastisch vor Augen geführt. Ihre Lösung, die so aussieht, dass der Landtag die Drucksachen digital zur Verfügung stellen sollte, war wohl das Einzige, was Sie hier noch an Sinnvollem vorgetragen haben.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Lachen bei der AfD)

Meine Fraktion sieht in der Gestaltung des digitalen Wandels große Herausforderungen, die das Land bewältigen muss. Mit der Gestaltung des digitalen Wandels sind große Chancen verbunden, die wir nutzen wollen. Dafür steht die Digitalisierungsstrategie. Ich bin froh, dass sich alle Ressorts daran beteiligt haben. Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er vor einigen Jahren das Thema Digitalisierung zur Chefsache erklärt hat,

(Unruhe bei der AfD)

ich bin dem Digitalisierungsminister dankbar, dass er diese Strategie erarbeitet hat, und ich bin dankbar, dass sich alle Ressorts daran beteiligt haben.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Rottmann zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, er kann sich ja in der zweiten Runde äußern.

Die Digitalisierung ist keine Naturgewalt, aber sie ist eine große Herausforderung. Wir lassen uns von dieser Welle nicht

(Andreas Schwarz)

fortreißen, sondern wir nutzen die Kraft der Digitalisierung für unser Land.

Aber nicht nur in Baden-Württemberg wird die Digitalisierung eine große Rolle spielen. Das ist eine Aufgabe, die die nächste Bundesregierung zur Chefsache machen muss. Sie muss dieses Thema sofort und intensiv bearbeiten. Wir bieten der neuen Bundesregierung hierbei gern unsere Hilfe an.

(Zuruf von der AfD: Bitte nicht! – Lachen bei der AfD)

Die Digitalisierungsstrategie des Landes Baden-Württemberg kann geradezu eine Blaupause für die neue Bundesregierung sein, dieses Thema mit Verve und Engagement zu bearbeiten. Unsere Konzepte liegen auf dem Tisch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Innovationen werden jeden Lebensbereich durchdringen – unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt, unsere Mobilität, Datenschutz und Bürgerrechte. Wir werden die Chancen nutzen, die Veränderungen positiv zu begleiten und Risiken zu minimieren.

Die Menschen nehmen wir dabei mit. Die Wirtschaft, der Mittelstand und das Handwerk stehen im Fokus. Wir wollen stark und innovativ bleiben. Diese großen Herausforderungen werden wir gemeinsam angehen. Erfolgreich digitalisieren, das kann ein Land nur, wenn es alle mitnimmt, wenn alle gemeinsam dieses Thema bearbeiten. Digitalisierung gelingt nur gemeinsam. Dafür brauchen wir einen verlässlichen Kompass, ein Wertegerüst. Und wir haben diesen klaren Kompass mit der Digitalisierungsstrategie.

Richtungweisend für uns sind die Bürgerinnen und Bürger. Wir reden mit den Menschen. Wir zeigen, welche Vorteile Digitalisierung bringt. Dies ist dann ein Gewinn für unser Land, wenn wir Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, mit ihnen kommunizieren und ihnen Wege aufzeigen, wie wir die Veränderungen im Leben positiv gestalten können.

(Beifall der Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE)

Dabei sind uns Datenschutz und Datensicherheit wichtig. Bürgerinnen und Bürger bestimmen ihr Leben selbst. Wir wollen niemanden überwachen, niemanden manipulieren.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Lachen bei der AfD)

Digitalisierung ist daher für uns ein Freiheitsprogramm. Denn Baden-Württemberg bleibt nur dann der starke Wirtschafts- und Innovationsstandort, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Diese Rahmenbedingungen gestalten wir. Das heißt in erster Linie: Breitband ausbauen, aber richtig. Das heißt zum Zweiten: Forschung und Entwicklung fördern. Das heißt zum Dritten: Bildung, Bildung, Bildung.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh ja! Man sieht die Ergebnisse!)

Digitalisierung wird – auch das gehört zu unserem Kompass – eine Chance für die Nachhaltigkeit sein. Wenn wir die Digitalisierung richtig gestalten, trägt sie zur Effizienz und zur Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Naturverbrauch bei. Darauf legen wir Wert.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch sehen, dass die Digitalisierung Ängste und Sorgen hervorrufen kann. Die am häufigsten geäußerte Sorge der Bürgerinnen und Bürger ist,

(Zuruf von der AfD)

dass ihr Arbeitsplatz der Digitalisierung zum Opfer fallen könnte. Sie wissen auch nicht: Werden meine Qualifikationen morgen noch ausreichen? Bürgerinnen und Bürger haben Angst vor dem sozialen Abstieg. Diese existenziellen Sorgen nehmen wir sehr ernst.

Die Digitalisierung wird die Arbeitswelt verändern. Bestehende Tätigkeiten und Arbeitsplätze fallen weg, neue Tätigkeiten, neue Arbeitsplätze werden entstehen. Wir werden diese Entwicklung begleiten und Leitplanken entwickeln. Jede und jeder soll unter guten Bedingungen und bei gerechtem Lohn von der Digitalisierung profitieren können.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Dabei müssen wir achtgeben, dass Arbeit und Privatleben nicht zu sehr miteinander vermischt werden. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, die die individuelle Flexibilität fördern und die Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schützen. Ich bin daher der Auffassung, dass wir weiterhin eine Regelung für die maximale Wochenarbeitszeit und für die tägliche Mindestruhezeit benötigen. Wir müssen gerade bei der zunehmenden Digitalisierung darauf achten, dass die Vereinbarkeit von familiärem und beruflichem Leben gewährleistet bleibt.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Deswegen ist es mir besonders wichtig, dass die vielen klugen Projekte der Digitalisierungsstrategie durch Forschung und durch Formate der Bürgerbeteiligung begleitet werden. Schon für die erste Erstellung der Strategie gab es runde Tische und Onlinebefragungen.

Genauso wichtig ist es, Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit Bürgerkonferenzen und Diskussionen einzubeziehen. Denn der digitale Wandel gestaltet sich nicht von allein. Er findet nur statt, wenn die Bevölkerung diesen Prozess aufgreift und mitgeht.

Erfolgreich ist dieser Wandel nur dann, wenn Unternehmerinnen und Unternehmer, Wissenschaftler, Gründerinnen und Gründer, Kulturschaffende ihn leben. Daher das ganz klare Plädoyer: Wir werden in Baden-Württemberg alle Menschen bei dieser Digitalisierung einbeziehen, wir werden alle Menschen in unserem Land mitnehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Andreas Schwarz)

Ich bin froh, dass wir digitale Bildung großschreiben. In den neuen Bildungsplänen kommt der Medienbildung eine wichtige Rolle zu. Schon in diesem Schuljahr beginnt der Aufbaukurs Informatik ab Klasse 7 im Gymnasium, ab dem nächsten Schuljahr gibt es den zusätzlichen Informatikkurs an allen weiterführenden Schulen. Nach dem Aufbaukurs Informatik wird Informatik Wahlpflichtfach. Das heißt, dass alle Schülerinnen und Schüler der siebten Klassenstufe lernen, mit digitalen Geräten umzugehen. Sie werden in digitale Prozesse eingeführt und werden so fit gemacht für das Zeitalter der Digitalisierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Winfried Mack CDU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sagt Ihnen die Marke Kodak noch etwas? Kodak war viele Jahre der große Player im Fotografiegeschäft, von der Filmherstellung bis zum Kamerasystem. Heute wird kein Farbfilm mehr eingepackt.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Uns darf es gerade nicht so wie Kodak gehen. Damit es uns nicht so ergeht, müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Baden-Württemberg ist doch heute der starke Standort, wenn es um Hardware geht,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

um Werkzeugmaschinen, um den Maschinen- und Anlagenbau, um das Automobil. All dies gehört dazu. Digitalisierung bedeutet eben, dass wir hier neue Technologien einsetzen. Schauen Sie sich die Automotive-Industrie an: Schon heute sind Autos doch eher vernetzte, fahrbare Computer. Das autonome Fahren ist doch zum Greifen nah.

(Zuruf von der SPD: Na ja!)

Solche Veränderungen müssen wir positiv begleiten, wir müssen sie unterstützen. Davon werden wir künftig in Baden-Württemberg profitieren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Innenminister, ich finde die Digitalisierungsstrategie bezeichnend und klug. Sie sorgen dafür, dass das Neckartal morgen nicht zu einem Detroit wird, dass wir hier vorbauen, dass wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Sie geben starke Antworten, Herr Minister. Ich will ein paar zitieren:

(Lachen bei der AfD und der SPD)

Wir bauen den Informatikunterricht aus, wir fangen in den Schulen mit Lernfabriken, Mitmachwerkstätten an; Hochschulen werden zu Orten der Gründerkultur; die Initiative Wirtschaft 4.0 wird fortgeführt; regionale Ökosysteme für digitale Innovationen entstehen – damit leisten wir Technologietransfer ins Handwerk und in den Mittelstand –; wir setzen auf Open Source und Open Innovation, indem Innovationsprozesse vernetzt miteinander gedacht werden,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

und wir lassen die Sozialpolitik nicht außen vor: Mit intelligenten Assistenzsystemen wie der Telesprechstunde hält die

Digitalisierung Einzug in die Sozial- und Gesundheitsbranche.

Ich kann die Liste noch weiterführen: Mit dem Cyber Valley in Tübingen schaffen wir einen Leuchtturm, bei dem Forschung zur künstlichen Intelligenz Anwendungsbezug findet. Universitäten, Max-Planck-Institute und Industrie ziehen hier an einem Strang. Schon jetzt sehen wir: Weltweit wollen die Forscher ins Cyber Valley kommen, zu uns kommen. Da haben wir doch einen Leuchtturm, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damit sind wir spitze.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Lachen bei der AfD – Zurufe)

Ganz klar: Baden-Württemberg kümmert sich darum, den Breitbandausbau voranzubringen.

(Zuruf von der AfD: Seit wann?)

Wir haben in diesem Jahr, Herr Minister, 100 Millionen € zur Verfügung gestellt, um mit der Zukunftstechnologie Glasfaser den Breitbandausbau im Land zu beschleunigen. Wenn es nach den Grünen und der CDU geht, werden wir im nächsten Doppelhaushalt mehr als 300 Millionen € für die Digitalisierung zur Verfügung stellen. Das sind doch Beträge! Damit gestalten wir starke Rahmenbedingungen für ein starkes Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der AfD)

Ja, ich bin ein Fan der Digitalisierung. Denn sie bietet die Chance,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

dass unsere Wirtschaft, dass unsere Lebensweise nachhaltiger wird, dass wir auch den Naturverbrauch reduzieren können. Ja, das ist der grüne Faden in der Digitalisierungsstrategie.

(Abg. Anton Baron AfD: Vernetzte Fahrräder vielleicht!)

Das fängt bei der Verwaltung selbst an: So wird die IT-Nutzung, die IT-Beschaffung stärker an ökologischen Kriterien ausgerichtet. Wir setzen die Landesstrategie „Green IT“ fort.

(Unruhe)

Intelligente Fabriken erhöhen einerseits die Effizienz – davon profitiert die Wirtschaft – und reduzieren andererseits den Material- und Energieverbrauch. Das heißt, sowohl die Ökonomie als auch die Ökologie können von der Digitalisierung profitieren. Intelligente Stromnetze wissen, wann die Sonne scheint.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Intelligente Bewirtschaftungssysteme erhöhen die Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft.

Nehmen Sie zudem das Thema Mobilität: Hier ist die Digitalisierung doch geradezu prädestiniert, zum einen intelligente Lösungen für die Lenkung der Verkehrsströme zu entwickeln und zum anderen die Plattform dafür anzubieten, dass Bürgerinnen und Bürger künftig viel einfacher und viel kostengünstiger Bus, Bahn, S-Bahn oder auch das Pedelec, das Car-to-go nutzen können.

(Andreas Schwarz)

Das heißt, die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche, sie macht es für uns einfacher, komfortabler, und sie hat auch einen ökologischen Mehrwert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der digitale Wandel trägt die Kraft in sich, unsere Gesellschaft grundlegend zu verändern. Damit daraus etwas Gutes erwächst, packen wir es gemeinsam an – mit einem Kompass, der uns den Weg weist. Wir wollen eine Digitalisierung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Wir wollen eine Digitalisierung, mit der Baden-Württemberg stark, erfolgreich und innovativ bleibt. Und wir wollen eine Digitalisierung, die vom grünen Faden der Nachhaltigkeit durchzogen wird. Wenn wir das alles gemeinsam hinbekommen, dann wird Baden-Württemberg weiter an der Spitze bleiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg geht voran. Wir starten durch ins digitale Zeitalter, und deshalb ist es eine gute Botschaft, die die Landesregierung hier mit ihrer Regierungserklärung abgegeben hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir bündeln erstmals Themen, Kompetenzen und auch Ressourcen mit einer klugen, übergreifenden Strategie. Die Digitalisierungsstrategie dieser Landesregierung ist ein Meilenstein auf dem Weg in die digitale Zukunft unseres Landes. Wir setzen damit ein Ausrufezeichen für unseren Anspruch als weltweit führendes Technologieland, als Hotspot der Innovation und als moderne, dynamische Gesellschaft. Wir machen klar: Baden-Württemberg ergreift die Chancen der Digitalisierung, und deshalb werden wir den digitalen Wandel kraftvoll gestalten. Die Landesregierung hat für diesen elementar wichtigen strategischen Prozess auch die volle Unterstützung unserer CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

„Digitalisierung ist Revolution in Lichtgeschwindigkeit“, so lesen wir es oft. Es geht dabei um mehr als einen technologischen Wandel. Digitalisierung wird unsere Gesellschaft – das hat der Kollege Schwarz zu Recht angesprochen – verändern. Sie wird Lebensläufe prägen, auch Kulturtechniken beeinflussen. Sie bestimmt, wie wir lernen, wie wir arbeiten, wie wir reisen, konsumieren – und auch, wie wir gesund bleiben. Wir haben mit unserer Fraktion im letzten Jahr das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg besucht. Die Forscher und Chefärzte dort sagen mir: Die Digitalisierung ist in der Gesundheitsbranche die größte Chance überhaupt für die Zukunft, die größte Chance, wenn es um die Gesundheit der Menschen geht. Das müssen wir nutzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Vor allem werden wir erleben, dass die Digitalisierung für Beschleunigung, für Vernetzung, für die Vermehrung von Wissen in einem bisher ungeahnten Ausmaß sorgt. Sie kriert je-

den Tag neue Chancen, neue Produkte, neue Ideen, auch neue Freiheiten, auch neues Wachstum, und daran müssen und wollen wir teilhaben.

Natürlich bringt die Digitalisierung auch neue Unsicherheiten, um die wir uns kümmern müssen. Aber das schaffen wir nicht, verehrter Herr Kollege Meuthen, indem wir immer Ängste schüren, sondern indem wir uns der Zukunft stellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Carola Wolle AfD: Wir haben Angst, weil von Ihnen keine Lösung kommt!)

– Frau Kollegin, ich empfehle Ihnen einen Blick in Ihr eigenes Wahlprogramm, in das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl. Sie werden überrascht feststellen – deshalb mache ich Sie heute zu einer Eingeweihten Ihres eigenen Programms –:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Im aktuellen Programm der AfD kommt der Begriff „Digitalisierung“ kein einziges Mal vor. Das ist nicht zukunftsgerichtet.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Jörg Meuthen und Udo Stein AfD)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Innovationszyklen in der digitalisierten Welt werden sich weiter verkürzen. Die Informationsmenge im Internet wird sich bis 2025 verzehnfachen: auf unvorstellbare 163 Zettabyte.

(Unruhe bei der SPD – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Was ist ein Zettabyte? 10^{21} .

(Abg. Anton Baron AfD: Damit können die Roten und Grünen nichts anfangen!)

An die 163 müssen wir 21 Nullen anfügen. Anders ausgedrückt: 40 Billionen DVDs, das ist die Menge, was die Vervielfachung der Informationen angeht. Ich sage das deshalb, weil wir vor Jahren noch darüber gesprochen haben, dass sich das Wissen seit Aristoteles bis zur Gegenwart jeweils alle fünf Jahre verdoppelt. Die Geschwindigkeit wird noch stärker zunehmen. Das ist die Realität.

Diesen Zyklus will ich an einer zweiten Zahl darstellen – ich habe dieses Beispiel schon einmal gebracht –: Als der erste Mensch den Mond betrat – 1969 mit Apollo 11 –, hatte der Arbeitsspeicher im Bordcomputer eine Kapazität von 4 Kilobyte.

(Der Redner hält ein Smartphone hoch.)

Dieses Gerät heute hat 150 Gigabyte.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Das heißt, wir haben über eine Million Mal mehr Speicherkapazität. Deshalb will ich Ihnen auch klarmachen: Wenn es schon so ist, müssen wir diesen Wandel annehmen.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

(Abg. Emil Sänze AfD: Was machen Sie mit den Algorithmen, die in den USA liegen?)

Dann kann ich Ihnen sagen – es ist eben so –: Schon Perikles hat gesagt

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

– ja –:

Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein.

Darum geht es, und dafür hat der Innenminister eine exzellente Strategie für dieses Land vorgelegt, was Zukunftsfähigkeit bedeutet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD – Glocke der Präsidentin)

Wir formulieren damit natürlich ehrgeizige programmatische Ziele. Wir unterlegen sie auch mit konkreten Investitionsentscheidungen, und ich kann Ihnen sagen: Wir hatten in der Koalition 320 Millionen € für fünf Jahre vereinbart. Wir werden diesen Betrag auf über 1 Milliarde € verdreifachen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie spielen mit dem Geld!)

Das heißt, das Land investiert in die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es kommt hinzu, Herr Kollege Baron, dass auch der Bund über 4 Milliarden € zur Verfügung gestellt hat. Was diese Oschis und Behauptungen betrifft, es gäbe im ländlichen Raum nur Wüsten, will ich Ihnen einmal sagen, wie die Realität aussieht. Ich komme – –

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Die kenne ich! – Abg. Anton Baron AfD: Sie kommen aus dem Main-Tauber-Kreis!)

– Ja, die Kollegin Baum lächelt. Sie kommt aus dem Main-Tauber-Kreis. Wissen Sie: Das ist der am dünnsten besiedelte Landkreis in diesem Land Baden-Württemberg. Aber was geschieht dort? Dort werden aktuell 20, 30 Millionen € investiert. Das ist jedoch nur mit Unterstützung des Landes in Höhe von 4,5 Millionen € und des Bundes in Höhe von 9 Millionen € möglich. Nur gemeinsam mit Bund und Land kann es im ländlichen Raum überhaupt einen solchen Fortschritt geben. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zurufe der Abg. Anton Baron, Klaus Dürr und Dr. Jörg Meuthen AfD)

– Ja! – Hören Sie doch auf mit der Story, der ländliche Raum würde abgehängt. Ich kann Ihnen sagen:

(Unruhe)

Vergleichen Sie einmal 111 geförderte Regionen von Europa. Die Stärke – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Stärke Baden-Württembergs liegt in den dezentralen Strukturen.

(Beifall bei der CDU)

Baden-Württemberg ist deshalb Innovationsregion Nummer 1, weil wir die ländlichen Räume mit ihren Hidden Champions, Weltmarktführern und vielem mehr angeschlossen haben und nicht abgehängt haben. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Am Ende der Rede.

Präsidentin Muhterem Aras: Am Ende der Rede. Dann ist es aber keine Zwischenfrage mehr.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir brauchen für die Digitalisierung auch die wichtige digitale Infrastruktur. Nach Jahren des Kleckerns machen wir Ernst mit dem Breitbandausbau im ganzen Land. Deshalb werden die Mittel vervielfacht: 113 Millionen € im Jahr 2016, 125 Millionen € im Jahr 2017 und in den nächsten Jahren – wie gesagt – insgesamt über 1 Milliarde € für die Digitalisierung. Das ist ein Quantensprung. Ich möchte einmal kurz den Vergleich mit den letzten fünf Jahren ansprechen.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Da wurden in fünf Jahren gerade einmal 75 Millionen € aufgebracht – in fünf Jahren! Das ist die Realität.

(Abg. Emil Sänze AfD: SPD-Bashing nützt auch nichts!)

Wir haben diese lust- und kraftlose Digitalpolitik in dieser Legislaturperiode beendet. Das ist die Realität. Die Breitbanderschließung ist in voller Fahrt, und zwar flächendeckend – ich sage es noch einmal – in Stadt und Land. Das ist der entscheidende Faktor.

(Abg. Anton Baron AfD: Vor allem im Land! – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Ja, wir werden auch in den ländlichen Räumen gute Verbindungen bekommen. Denn sie schaffen Chancen: mehr Jobs, die online, ohne tägliche Pendlerwege, ausgeübt werden können. Auch junge Unternehmen können sich die teure Miete im Ballungszentrum sparen und ihre Ideen vom Dorf aus in die Welt bringen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Es ist so: Wir brauchen bei den Ressourcen für Forschung und Entwicklung weiterhin Investitionen. Wir liegen weltweit an der Spitze, und zwar einsam. Wir müssen uns für die Industrie 4.0 rüsten, wir müssen die intelligenten Fabriken in unserem Land stärken. Diese Stärken sind in der Tat gefragt. Die Flaggschiffe sind die Industrie und der Mittelstand in unserem Land.

Das IW Köln hat weltweit die Patente für das autonome Fahren ausgezählt. Google steht dabei auf dem neunten Platz mit

(Dr. Wolfgang Reinhart)

338 Patenten, Bosch auf dem ersten Platz mit 958 Patenten. Das ist die Realität der Digitalisierung und der Mobilität von morgen. Auf dieses Know-how kommt es an, und daran kommt auch keiner vorbei.

Ich habe übrigens vor etwa neun oder zehn Jahren zu einem Kongress eingeladen, damals mit dem Professor aus Ulm, der gesagt hat: Wir brauchen bei der Medienbildung nicht nur Hardwareausrüstung, sondern auch Medienkompetenz. Die Medienbildung umfasst auch den sorgsamen Umgang mit Medien, auch bei den Kindern und Jugendlichen in unserem Land. Das ist auch ein Thema, um das wir uns kümmern müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Gerade in der Automobilbranche bringt die Digitalisierung 15 000 neue Arbeitsplätze – auch für unser Land. Das schätzen die Autoexperten unserer Hochschule Nürtingen-Geislingen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gute Hochschule!)

Wir müssen weiter in Führung gehen und unsere klassischen Kompetenzen auch mit den neuen Chancen verknüpfen. Was sind diese? Neuer Gründergeist und neue Innovationskultur. Wir haben etablierte Branchen- und Hightechleuchttürme; dort sind die Impulse hoch. Wir wollen innovative Start-ups dringend unterstützen – das wird auch der Haushalt zum Ausdruck bringen –, wir wollen die dynamischste Gründerregion in Europa werden, und wir wollen hierfür auch einen neuen Wagniskapitalfonds nutzen, den wir im Doppelhaushalt 2018/2019 ausbauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Das ist richtig, denn wir haben große Potenziale. Das heißt: Man kann immer noch besser werden, und das müssen wir anpacken. Aber das heißt auch ständiges Bewegen, denn bei wem Stillstand herrscht, der wird abgetrieben. Digitalisierung bedeutet Ausprobieren, Mut zum Versuch, auch zum Irrtum.

Wir schaffen eine Tonne Fortschritt, indem wir eine Tonne Fehler machen.

Das sagte Astro Teller, der Leiter der Google-Entwicklungsabteilung. Warum sage ich das? Wir brauchen den Vergleich mit dem Silicon Valley nicht zu fürchten, aber wir müssen schauen, dass wir gerade in der Automobilindustrie,

(Zurufe der Abg. Emil Sänze und Anton Baron AfD)

wo unsere Premiummarken immer die Innovationstreiber waren, Anschluss halten, sie hier behalten, unterstützen.

Aber es ist auch wichtig, für Gefahren vorzusorgen – Prävention. Deshalb war es richtig, dass der Innenminister die Cyberwehr präsentiert hat; denn auch gegen Risiken muss man gewappnet sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Sie wissen, das ist ein hochkomplexes Thema! – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wissen Sie: Auch Mittelständler sind mit ihren Privat-PCs Tag für Tag Ziel und Opfer von Hackerattacken, Onlinespionage

und Datenkidnapping. Das gehört natürlich zu den Schattenseiten der digitalen Entwicklung. Das ist eine Standortfrage. Deshalb muss auch die landeseigene IT mit einer Sicherheitsstrategie geschützt werden. Deshalb unterstützen wir das Konzept der Cyberwehr. Denn Freiheit und Sicherheit gehören nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch im Netz zusammen. Das ist die Herausforderung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg kann sich auf die digitale Zukunft freuen. Wir sind gut gerüstet.

(Abg. Emil Sänze AfD: Gut gerüstet sind wir nicht!)

Wir haben das Wissen, die Kraft und den Willen, aus dieser Zukunft das Beste für unser Land zu machen. In dieser Koalition – in dieser Regierung und mit diesen beiden Regierungsfractionen – haben wir auch die richtige Strategie dafür.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es hat ja dann doch einige Monate – mehr als ein Jahr – gedauert, bis die Landesregierung im Juli dieses Jahres ihre angebliche Digitalisierungsstrategie vorgestellt hat, eine Digitalisierungsstrategie, die uns im Rahmen einer Regierungserklärung wortreich, pathetisch vorgestellt wurde,

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

eine Digitalisierungsstrategie, die in Hochglanzbroschüren zusammengefasst wird.

Ich möchte Sie einfach einmal auf die Symbolik dieses Titels hinweisen.

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

Passend das Deckblatt: Ein älterer Herr berauscht sich offensichtlich an seinem virtuellen Erleben, während er in seinem Ohrensessel doch noch eher im Biedermeier festhängt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Man kann sich auch vorstellen, dass der Ministerpräsident vor etwas mehr als zwei Jahren ähnlich verückt aus dem Silicon Valley zurückgekehrt ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der AfD und der FDP/DVP)

Wenn der Ministerpräsident oder sein Stellvertreter seither von der Digitalisierung reden, hat man das Gefühl, dass mit dieser Reise ins Silicon Valley die Digitalisierung endlich nach Baden-Württemberg gekommen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der erste fundamentale Irrtum in dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

In den Reden hört man ja ständig dramatische Beschreibungen, wird von disruptiven Entwicklungen gesprochen. Es ist da-

(Andreas Stoch)

von die Rede, dass wir die erste Halbzeit verloren haben, aber die zweite Halbzeit ganz sicherlich gewinnen werden. In diesen Reden sind viele wohlfeile Worte und Phrasen enthalten. Aber ich möchte doch auch den Kollegen Schwarz und Reinhart nach ihren Reden hier sagen: Etwas weniger Pathos und mehr Konkretisierung wären gut für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Die Frage, was im Mittelpunkt der Digitalisierung steht, ist wichtig. Der Ausbau der technischen Infrastruktur ist wichtig; das ist völlig klar. Ohne einen solchen Ausbau geht es gar nicht.

Aber die eigentlichen Fragen, die über dem großen Thema Digitalisierung stehen, sind doch solche, die die Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft stellen. Das sind etwa folgende Fragen: Welche Folgen haben die Prozesse von Digitalisierung und Globalisierung für meinen Arbeitsplatz oder auch für die Zukunft meiner Kinder? Welchen Einfluss haben diese Veränderungen auf mein zukünftiges Mobilitätsverhalten, auf die Frage, ob ich mir Mobilität oder gesundheitliche Versorgung noch leisten kann, wenn kein Arzt mehr in der Nähe ist? Welche Veränderungen werden in den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg vor sich gehen, und was bedeuten diese Veränderungen für das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft und für deren Kommunikation?

Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich von Ihnen keinen Ton gehört. Dazu haben Sie keine Strategie.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie haben nicht zugehört! Das stand wohl im Manuskript!)

Denn eine echte Strategie, die mehr ist als ein Zusammensetzen und Auflisten von Einzelmaßnahmen, nimmt genau diese Themen in den Blick und stellt sie in den Mittelpunkt, und dies ganz besonders deshalb, weil sonst – wir haben es am letzten Sonntag erlebt – die großen Vereinfacher in der Politik kommen und die Ängste der Menschen ausnutzen und für sich politisch nutzbar machen.

(Oh-Rufe von der AfD)

Es ist eine Aufgabe der demokratischen Parteien, den Menschen Antworten auf ihre Fragen zu geben, die sie umtreiben und die teilweise zu Ängsten und Sorgen führen. Wir müssen ihnen diese Antworten geben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Diese Strategie, von der wir am 20. Juli 2017 gehört haben oder die in dieser Hochglanzbroschüre steht, ist eine Aneinanderreihung von Projekten, die teilweise bereits seit mehreren Jahren von den Fachministerien entwickelt werden. Es ist auch richtig und gut so, dass diese Entwicklungsstränge beibehalten werden. Aber eine echte Strategie wird nur daraus, wenn tatsächlich ein roter Faden erkennbar wird. Und an diesem fehlt es.

Ich möchte Ihnen dazu einige Beispiele nennen. Nehmen wir das Thema „Mobilität der Zukunft“. Deutlich mehr als die

Hälfte der in dieser Hochglanzbroschüre genannten Maßnahmen sind bereits mehr als zwei Jahre alt, das heißt schon längst in der Entwicklung. Wenn wir über die Frage des Neuigkeitswerts dieser Digitalisierungsstrategie sprechen, dann stellen wir fest, dass über zwei Drittel der Maßnahmen keine neuen Maßnahmen sind. Deswegen ist eines ganz besonders feststellbar: Jenseits der Phrasen, jenseits der wohlfeilen Worte ist wenig Kreativität in diesem Bereich der Digitalisierung bei dieser Landesregierung festzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Hochglanzbroschüre, diese Regierungserklärung lässt nicht erwarten, dass die Landesregierung eine Strategie für die Zukunft hat.

(Beifall bei der SPD)

Ein Thema möchte ich in die Mitte stellen, ein Thema, das bereits in den Beiträgen der Kollegen eine ganz wichtige Rolle gespielt hat, nämlich die zentrale Frage, wie wir das Thema Bildung begreifen, wenn wir dem Tempo der Digitalisierung standhalten wollen. Wenn der zuständige Minister, Herr Strobl, hier in seiner Regierungserklärung lediglich – oder fast nur – die technische Ausstattung der Schulen anspricht, indem er wortreich erklärt, dass die „Kreidezeit“ an den Schulen im Land ein Ende haben müsse,

(Lachen bei der AfD)

dann kann ich Ihnen sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Es ist schon lange so, dass die Kommunen in unserem Land sehr viel Energie und sehr viel Geld in die technische Ausstattung ihrer Schulen stecken. Das Problem sind die Landesregierung und auch der Bund. Sie stellen nicht das Geld zur Verfügung, das heute dringend notwendig wäre, damit die Kinder in Baden-Württemberg die Bildung bekommen, die sie brauchen, um morgen am Arbeitsmarkt bestehen zu können.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Die Frage, wer dieses Geld liefern kann, beantwortet das Land nicht. Diese Frage beantwortet übrigens auch Frau Wanka nicht, die angekündigt hatte, dass sie den Ländern 5 Milliarden € zur Verfügung stellen wolle, um die technische Ausstattung an den Schulen weiterzubringen. Mit Verlaub, es ist ein peinlicher Akt, wenn eine Bundesbildungsministerin den Ländern Zusagen macht, aber zuvor vergisst, beim Finanzminister, Herrn Schäuble, die Zusage für diese 5 Milliarden € einzuholen. Das ist keine Zukunftsgestaltung, das ist Fahrlässigkeit, und es ist keine gute Politik für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn wir heute in die Zeitung schauen, sehen wir – es laufen derzeit auch Verhandlungen zwischen dem Land und den Kommunen zum Thema „Berücksichtigung im Haushalt“ –: Die Kommunen formulieren ihre Bedarfe sehr klar. Herr Bruger vom Städtetag – ich darf ihn zitieren – erklärt:

Die Regierung trägt das Thema Digitalisierung wie eine Monstranz vor sich her, macht aber keinen Schritt, wenn Handeln notwendig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Verhaltensmuster der Landesregierung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche der Digitalisierung.

(Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Timm Kern
FDP/DVP)

Doch gerade im Bereich der Bildung ist es von zentraler Bedeutung, ob wir es schaffen, die zukünftigen Anforderungen zu erfüllen und die Kinder und Jugendlichen gut auf die Zukunft vorzubereiten. Denn ohne die Menschen werden wir dieses große Projekt der Digitalisierung nicht stemmen können. Aus diesem Grund müssen wir – das ist für uns Sozialdemokraten besonders wichtig – die Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen. Was ist für die Schülerinnen und Schüler der richtige Lerninhalt? Welches sind die richtigen Techniken, die sie erlernen müssen, um später erfolgreich im Berufsleben bestehen zu können?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits die frühere Regierung aus Grünen und SPD hatte beschlossen, im neuen Bildungsplan neben Medienbildung in Klasse 5 für alle Schüler in Klasse 7 einen Aufbaukurs Informatik einzuführen. Aber eine der ersten Maßnahmen der neuen Landesregierung im vergangenen Sommer war, dass dieses Fach Informatik nicht für alle Schülerinnen und Schüler in Klasse 7 der weiterführenden Schulen, sondern nur an den Gymnasien eingeführt wird. Dafür bekommen Sie draußen kein Verständnis. Das ist ein Nachweis dafür, dass die Landesregierung nicht verstanden hat, wie wichtig Kompetenzen im Bereich der Digitalisierung für die Kinder in unserem Land sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Das Thema Bildung, das Thema Lernen kann und darf nicht allein auf den schulischen Bereich beschränkt werden. Es wird heute mehr, als es in der Vergangenheit der Fall war, darauf ankommen, dass Menschen in die Lage versetzt werden, durch ständiges weiteres Lernen, durch Fortbildung, durch Weiterbildung diesem wahnsinnigen Entwicklungstempo standhalten zu können.

Herr Innenminister, in Ihrer Regierungserklärung zu diesem Thema ist unter der Überschrift „Wirtschaft“ lediglich im Subtext ein Satz darüber enthalten, was dies für die Arbeitswelt der Menschen bedeutet. Ich darf Sie dringend darauf hinweisen: Für die Menschen im Land Baden-Württemberg, einem starken Wirtschaftsstandort, wird die entscheidende Frage für die Zukunft sein, ob Arbeitsplätze erhalten werden und ob die Menschen, die in diesem Land leben, an diesen Arbeitsplätzen mit ihren Kompetenzen arbeiten können. Deswegen bringt es nichts, nur von der Notwendigkeit von Bildung zu reden. Hier geht es um ganz konkretes Handeln.

Wenn wir die Frage stellen: „Wo ist das Thema Digitalisierung eigentlich richtig angesiedelt?“, dann darf ich Ihnen sagen: Ich halte die Ansiedlung im Innenministerium nach wie vor für einen strategischen Fehler. Denn die wesentlichen Fragen in diesem Themenbereich sind Bildungsfragen, und die wesentlichen Fragen in diesem Bereich betreffen auch die Wissenschaft, aber schwerpunktmäßig vor allem die Wirtschaft.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, halte ich es für geradezu fahrlässig, dass wir im Bereich der Fort- und Weiterbildung von dieser Landesregierung zum Thema Digitalisierung überhaupt nichts hören.

Wir von der SPD-Fraktion haben bereits im letzten Jahr in den Haushaltsberatungen hier im Landtag beantragt, einen Wei-

terbildungsfonds aufzulegen, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, die den Prozess der Weiterbildung in ihrer Belegschaft forcieren müssen und dies vielleicht nicht aus eigener Kraft können. Wir müssen an dieser Stelle unterstützen. Wenn wir dies nicht tun, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann riskieren wir, dass das Thema Digitalisierung zu einem Angstthema wird statt zu einem Chancenthema.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Klaus Dürr AfD –
Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Deuschle zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, gern.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte. – Ja, die Zeit wird berücksichtigt. Keine Sorge.

Abg. Andreas Deuschle CDU: Herr Kollege Stoch, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Stimmen Sie mir angesichts Ihrer Ausführungen und der Kritik, die Sie anbringen, zu, dass ein Breitbandanschluss für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes die Voraussetzung wäre? Denn nur dann können sie an dem, was Sie gerade ausgeführt haben, teilhaben. Stimmen Sie mir da zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: Eine funktionierende Breitbandinfrastruktur ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bewältigung der Probleme.

(Zuruf des Abg. Fabian Gramling CDU)

Abg. Andreas Deuschle CDU: Also stimmen Sie mir zu. – Dann eine Zusatzfrage: Können Sie mir sagen, was die grünrote Landesregierung

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

in den Jahren 2011 bis 2016 im Bereich der Breitbandversorgung und des Breitbandausbaus investiert hat?

(Abg. Nicole Razavi CDU zu Abg. Andreas Stoch
SPD: Gut nachdenken!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Ist es üblich, dass man hier so ein Pingpongspiel macht?

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Nein, nein. Moment! Jetzt ist Herr Abg. Stoch mit der Beantwortung der Frage dran. – Bitte.

Abg. Andreas Stoch SPD: Wenn Sie Ihrem eigenen Fraktionsvorsitzenden, Herrn Reinhart, zugehört hätten, hätten Sie bemerkt, dass er die Zahlen vorhin ausgeführt hat. – Es ist so, dass in der vergangenen Legislaturperiode von Grünen und SPD eine Breitbandkonzeption aufgelegt wurde, die aus meiner Sicht – im Nachhinein – mit zu wenig Mitteln unterfüttert war. Aber das, was bis 2011 im Land Baden-Württemberg unter der CDU-FDP/DVP-Regierung passiert ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment!

Abg. Andreas Stoch SPD: ... das war quasi das Nullniveau.

(Abg. Reinhold Gall und Abg. Martin Rivoir SPD:
Null! – Weitere Zurufe)

(Andreas Stoch)

Das war quasi das Nullniveau. Das heißt, wenn man bei null beginnt, ist der Anfang nicht ganz einfach.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Der geistige Input kam von uns! – Abg. Andreas Deuschle CDU steht weiterhin an einem Saalmikrofon. – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Deuschle, wenn Sie eine weitere Zwischenfrage stellen wollen, dann setzen Sie sich bitte zunächst hin, melden sich, und wenn die Zwischenfrage gestattet wird, können Sie eine weitere stellen, aber jetzt nicht mehr. – Danke.

Herr Abg. Stoch, fahren Sie bitte fort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, herzlichen Dank.

(Abg. Andreas Deuschle CDU nimmt auf seinem Abgeordnetenplatz Platz und meldet sich. – Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Es kommt also bei der Diskussion über das Thema Digitalisierung aus unserer Sicht ganz wesentlich auf die Dimension des Menschen an, und die kommt in der Strategie des Landes Baden-Württemberg, die die Landesregierung vorgelegt hat, deutlich zu kurz.

Wenn Menschen im Bereich der Wirtschaft heute mit den Begriffen „Globalisierung“ und „Digitalisierung“ konfrontiert werden, dann sehr oft im Kontext der Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes oder der Angst, bei Arbeitslosigkeit nicht wieder in Erwerbstätigkeit zurückkehren zu können. Und wenn wir als politisch Verantwortliche hier nicht Antworten auf die Fragen der Beschäftigten geben können, dann werden wir noch mehr Menschen in Frustration entlassen, dann werden wir noch viel mehr Menschen verlieren, die auch Zweifel am politischen System haben, und damit politische Extreme stärken.

Es ist unsere Verantwortung, den Menschen im Land Baden-Württemberg die Zuversicht zu geben, dass sie auch zukünftig in der Lage sind, die Anforderungen in ihrem Beruf zu bewältigen. Hierzu benötigen wir Impulse vom Bund und insbesondere auch vom Land Baden-Württemberg, um in diesem Transformationsprozess der nächsten Jahre – egal, ob in der Automobilindustrie oder in vielen anderen Industriezweigen – nicht Massenarbeitslosigkeit zu produzieren.

Es wird um die Frage der Weiterbildung, der Fortbildung und auch der Ausbildung von Menschen gehen. Wir von der SPD-Fraktion stellen deswegen die Menschen in den Mittelpunkt unserer Bemühungen.

Von all diesen Notwendigkeiten hören wir von der Landesregierung über die pathetischen Ansagen in Sonntagsreden hinaus zu wenig. Es ist aber ihre Aufgabe, diese Ängste ernst zu nehmen und nicht nur in Sonntagsreden über disruptive Prozesse zu philosophieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eingangs auf diesen Biedermeiersessel hingewiesen.

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

Wenn wir verhindern wollen, dass dieser Biedermeiersessel für viele Menschen zum Schleudersitz aus ihrer Beschäftigung und aus der Gesellschaft wird, dann müssen wir als Politiker verantwortlich handeln. Wir müssen Politik für die Menschen machen, das heißt die Menschen unterstützen, diesem Wandel standzuhalten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort – –

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Frau Präsidentin, das war nicht in Ordnung!)

– Moment, Herr Abg. Deuschle. Ich bin an der Reihe. Jetzt erteile ich das Wort für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Dr. Kern. – Danke.

(Abg. Anton Baron AfD: Er hat sich klar gemeldet! Ich finde das eine Sauerei, Entschuldigung!)

– Herr Abg. Baron, ich habe hier die Sitzungsleitung. Ich diskutiere nicht.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Ich habe mich fünf Mal gemeldet! Das ist nicht in Ordnung! – Glocke der Präsidentin)

– Herr Abg. Deuschle, entweder Sie sind jetzt ruhig oder es gibt einen Ordnungsruf.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Ich kritisiere Ihre Sitzungsleitung! Ich finde das nicht in Ordnung! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es geht hier um meine Sitzungsleitung. Die Zwischenfrage war nicht möglich. Fertig. – Jetzt ist Herr Abg. Dr. Kern an der Reihe.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Digitalisierungspapier der Landesregierung liest sich nicht schlecht, wenn man echte Innovation vermeiden will.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Insgesamt haben Sie, Herr Minister Strobl, viel graue Theorie niedergeschrieben und große Begriffe in den Raum geworfen. Sie schweben aber leider über der Realität und erkennen offenbar nicht, dass für viele digitale Zukunftsprojekte schlicht die notwendigen Voraussetzungen fehlen.

Ich will Ihnen deshalb in meiner Rede einige ganz konkrete Beispiele schildern – auch aus meinem Wahlkreis –, um das ganze Thema durch Praxisbeispiele einmal zu erden. Das ist nach meinem Dafürhalten dringend notwendig.

Die Kurzsichtigkeit der Landesregierung fällt an mehreren Beispielen auf. Am 6. September 2017 hat Minister Strobl den Wettbewerb „Digitale Zukunftskommune@bw“ gestartet. Bezeichnet wurde das von der Landesregierung als ein „wichtiges strategisches Ziel bei der Digitalisierungsstrategie“. Aber haben Sie, Herr Strobl, auch einmal mit den Bürgermeistern

(Dr. Timm Kern)

der Kommunen gesprochen, die einen weißen Fleck auf der Breitbandkarte bilden?

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig! – Minister
Thomas Strobl: Jede Woche!)

Smart Village – eine Chance für den ländlichen Raum? Grundlage dafür bildet der flächendeckende Glasfaserausbau. Denn sonst kann es auch keine digitale Kommune geben. Es fehlt schlicht an der breitbandigen Grundvoraussetzung, und das gefährdet das Überleben der Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des
Abg. Klaus Dürr AfD)

Eine weitere Baustelle im Rahmen der Digitalisierungsstrategie sind die überbürokratisierten Förderanträge.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Sprechen Sie doch einmal mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Die Förderung muss dringend an die Realität angepasst und entbürokratisiert werden. Nur so ist garantiert, dass die Anträge zeitnah eingebracht werden. So, wie es jetzt läuft, kann man nur sagen: Einfach geht anders.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Richtig!)

Erschreckend ist, dass Sie, Herr Strobl, in der Antwort auf meine Kleine Anfrage zum Breitbandausbau im Landkreis Freudenstadt schreiben, dass die Bearbeitungszeit von Förderanträgen für den Breitbandausbau sechs Monate beträgt. Sie haben es seit über einem Jahr im Amt nicht geschafft, die Bearbeitungszeit in Ihrem Ministerium entsprechend zu beschleunigen, Herr Minister.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!
– Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Es fällt nicht nur bei der „Digitalen Zukunftskommune@bw“ auf, dass Sie großspurige Begriffe verwenden, aber einen realistischen Umsetzungsplan vermissen lassen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Einmal sprechen Sie, Herr Minister, über die Digitalisierungsstrategie, dann über eine IT-Sicherheitsstrategie und auch einmal über eine E-Government-Strategie. Über die letzten beiden hört man verhältnismäßig wenig. Dabei sind das die zwei zentralen Punkte zum Thema IT-Sicherheit. Endlich scheint bei Ihnen, Herr Strobl, das Problembewusstsein angekommen zu sein, dass im Bereich der IT-Sicherheit dringend mehr getan werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aus meinem Wahlkreis berichten mir kleine und mittelgroße Firmen – z. B. aus der Werbebranche –, dass sie von Hackern angegriffen werden, die Polizei aber wegen Personalmangels diesen Fällen kaum nachgehen kann. Nicht jedes kleine Unternehmen hat aber die Möglichkeit, sich eine IT-Sicherheitsabteilung einzurichten. Deshalb muss aus FDP-Sicht der Staat seiner Kernaufgabe Sicherheit hier gerecht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir begrüßen daher die Einrichtung des geplanten Demonstrationszentrums für Cybersicherheit ausdrücklich. Fast einhalb Jahre nach Regierungsantritt kommt es allerdings reichlich spät, Herr Minister.

In diesem Zusammenhang frage ich mich auch, warum das Landesamt für Verfassungsschutz, das ebenfalls für den Schutz vor Cyberangriffen zuständig ist, personell weiterhin unterbesetzt ist. Warum hat die Landesregierung die gerade für diesen Bereich von der FDP/DVP-Fraktion beantragten zusätzlichen Stellen abgelehnt?

Unklar ist auch, wie die Abgrenzung zwischen den beiden staatlichen Institutionen, dem Landeskriminalamt und dem Demonstrationszentrum für Cybersicherheit, aussehen soll und welche Grenzen Sie dort ziehen wollen. Dieses Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für den Standort Baden-Württemberg zu wichtig, als dass hingenommen werden sollte, dass die Maßnahmen im Kompetenzwirrwarr nicht passgenau wirken können.

Wir Freien Demokraten verkennen nicht die Gefahren, die im Zuge der Vernetzung aller Lebensbereiche entstehen können. Wir Freien Demokraten sehen aber vor allem die Chancen und wollen diese nutzbar machen. Die Digitalisierung bietet gerade für Menschen mit spannenden Ideen ganz neue Möglichkeiten. Schaffen wir in Baden-Württemberg, im Land der Tüftler, Forscher und Käpsele, eine Willkommenskultur für Gründer

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und Gründerinnen!)

und Investitionen.

(Abg. Alexander Salomon und Abg. Andreas Schwarz
GRÜNE: Machen wir!)

Dazu brauchen wir bessere Rahmenbedingungen für neue Ideen und neue Geschäftsmodelle.

Und: Was wir vor allem brauchen, sind qualifizierte Fach- und Führungskräfte. In der Pressekonferenz zur Digitalisierungsstrategie, die Sie, Herr Minister, ja pikanterweise vor der Diskussion im Plenum einberufen haben, haben Sie gesagt, dass unser Ziel sein müsse, dass das nächste Google aus Baden-Württemberg komme. Das klingt vielversprechend. Übrigens kommt der CEO des Google-Unternehmens gebürtig aus Indien, Steve Jobs' Vater kam aus Syrien, und Elon Musk, der CEO von Tesla, stammt aus Südafrika. Meine Damen und Herren, um unser Ziel einer digitalen Leitregion zu erreichen, brauchen wir auch kluge Köpfe, und bei diesen klugen Köpfen darf es in erster Linie nicht um ihre Staatsangehörigkeit gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Daher fordere ich gerade bei diesem Tagesordnungspunkt die CDU und Sie, Herr Strobl, ganz persönlich, auf: Setzen Sie sich im Bund für ein kluges Einwanderungsgesetz ein. Es gibt keinen besseren Zeitpunkt als jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Da könnt ihr doch jetzt was beitragen!)

(Dr. Timm Kern)

Darüber hinaus brauchen wir eine Modernisierungsoffensive für neue Geschäftsmodelle. Fragen Sie dazu doch mal Ihre Kollegen in Nordrhein-Westfalen. Dort werden die Gesetze und Regeln systematisch auf Hindernisse für die Entstehung neuer digitaler Geschäftsmodelle, z. B. in den Bereichen Sharing Economy, künstliche Intelligenz oder autonome Mobilität, untersucht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der hat es verstanden, der Kerle!)

Es spricht doch Bände, dass in NRW eine Regierung aus CDU und FDP digitale Verkehrssteuerung aktiv anpackt, während dieses Thema in Ihrer Rede, Herr Strobl, nur mit einem einzigen Satz erwähnt wird.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das steht in der Digitalisierungsstrategie!)

Verbotsdebatten passen nicht in diese Zeit, digitale Verkehrssteuerung zur Verhinderung von Staus und zur Regelung des Verkehrsflusses schon, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dass die Digitalisierungsstrategie der Landesregierung einerseits zu spät kommt und andererseits nicht zu Ende gedacht ist, lässt sich auch am Zuständigkeitswirrwarr zwischen den verschiedenen Ministerien belegen. Im Juli stellte ich eine Anfrage an die Landesregierung über die Mobilfunknetze im Landkreis Freudenstadt. Beantwortet wurden die Fragen vom Wirtschaftsministerium.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wer hätte es sonst machen sollen?)

Die Antwort von Ihnen, Frau Ministerin, hat mich aber, ehrlich gesagt, fast fassungslos gemacht. Dass der Mobilfunk in meinem Landkreis Freudenstadt katastrophal ist, merke ich, wenn mir beim Telefonieren über die Freisprecheinrichtung bei einer Fahrt von Horb nach Baiersbronn mindestens vier Mal die Verbindung abbricht.

(Zuruf des Ministers Peter Hauk)

In dieser Anfrage habe ich Sie deshalb gefragt, welche Ergebnisse zur Verbesserung der Netze aus dem institutionalisierten Dialog mit den Mobilfunkbetreibern vom Januar 2017 umgesetzt wurden. Ihre Antwort lautet – Zitat –:

So konnten insbesondere in der Region Stuttgart wichtige Standorte ausgebaut werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist das Horb?)

Zu einer Anfrage über den Mobilfunk im Landkreis Freudenstadt, also mitten im ländlichen Raum, schreiben Sie:

So konnten insbesondere in der Region Stuttgart wichtige Standorte ausgebaut werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Thema verfehlt!)

Das ist im Grunde eine Frechheit gegenüber den Menschen im ländlichen Raum,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

die sich jeden Tag mit stotternden Telefonverbindungen herumschlagen müssen, liebe Ministerin.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Ich darf Sie, Frau Ministerin Hoffmeister-Kraut, daran erinnern, dass die Menschen im ländlichen Raum genauso Steuern zahlen und deshalb einen berechtigten Anspruch auf eine gleichwertige Infrastruktur wie in der Stadt haben. Wir Freien Demokraten vergessen den ländlichen Raum nicht. Wir kämpfen dafür, dass der verfassungsmäßige Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land nicht nur auf dem Papier steht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber zurück zum Kompetenzwirrwarr. Einige Wochen später stellte ich eine weitere Anfrage an die Landesregierung. Dieses Mal ging es um die Breitbandversorgung im Landkreis Freudenstadt. Und wer beantwortete diese Anfrage nun? Richtig, nicht das Wirtschaftsministerium, sondern das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die lösen immer aus, wer es macht!)

Lieber Herr Minister Strobl, welche fachlichen Gründe sprechen eigentlich dafür, die Bereiche Mobilfunk, mobiles Internet und standortbasiertes Internet unterschiedlich zu behandeln? In dem Querschnittsthema Digitalisierung muss sich die interministerielle Zusammenarbeit erst noch entwickeln. Schade aber, dass dadurch Chancen wie die Ansiedlung des Internetinstituts in Baden-Württemberg verpasst werden.

Aber wir wollen nach vorn schauen und zukunftsgerichtet denken. Was kann man also aus diesem Kompetenz- und Zuständigkeitswirrwarr lernen? Wir brauchen ein eigenes Digitalisierungs- und Innovationsministerium, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nur so kann gewährleistet werden, dass Digitalisierung in der Umsetzung den Stellenwert und den Nachdruck bekommt, die unser Land auch verdient. Wenn wir Baden-Württemberg zum Digitalisierungsland Nummer 1 machen wollen, dann müssen wir das Fundament dafür in den Schulen schaffen. Im Wandel des digitalen Zeitalters müssen wir Kinder und Jugendliche befähigen, die Technik kreativ und verantwortungsvoll nutzen zu können. „Ohne den Treibstoff Geld kann diese Digitalisierungsrakete nicht zünden“, sagte beispielsweise der Städtetagsdezernent Norbert Brugger. Recht hat er. Im Übrigen insgesamt ein sehr kluger Mann.

Die Digitalisierungsstrategie setzt im Bereich der Erwachsenenbildung vor allem auf existierende Modelle, statt visionär zu denken und neue Modelle zu schaffen. Gerade im digitalen Zeitalter brauchen wir die Chance eines zweiten Bildungswegs für jeden Menschen. Investieren wir deshalb mehr in Bildung, damit weder der Bildungsweg eines Kindes noch der eines Rentners zur Sackgasse werden.

(Dr. Timm Kern)

Herr Minister, dafür wird Phrasendreschen nicht ausreichen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Beispiele gefällig? „Der Mensch steht im Mittelpunkt.“ Oder: „Daten sind der Rohstoff der Zukunft.“ Oder: „Die Digitalisierung verändert die Welt.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: A wa! Völlig neu!)

Ja, Herr Strobl, die Digitalisierung verändert die Welt. Die entscheidende Frage ist aber: Wann verändern Sie Ihre Politik?

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Und wann wollen Sie von grauer Theorie zur Umsetzung in die Praxis kommen?

Die Digitalisierungsstrategie lässt ebenso konkrete Zeitpläne vermissen. Man könnte die Digitalisierungsstrategie auch „Digitalisierungsankündigungen“ oder „Digitalisierungsschaufensterobjekte“ oder auch „Digitalisierungspräsentation“ nennen und hätte auch damit den Inhalt Ihrer Regierungserklärung gut zusammengefasst.

Herr Minister, dass wir erst heute die Aussprache zur Regierungserklärung abhalten, ist weder Schikane noch Korinthenzählerei. Es ist schlicht und ergreifend ein Zeichen von Missachtung, wenn Sie im Rahmen einer Regierungspressekonferenz ein Thema präsentieren, welches Sie dann erst zwei Tage später dem Landtag vorstellen wollen. Um es mit den Worten von Norbert Lammert zu sagen, Herr Minister Strobl: Hier im Landtag schlägt das Herz der baden-württembergischen Demokratie, und „hier im Landtag“ heißt auch hier im Landtag und nicht in der Regierungspressekonferenz.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Sie setzen sich mit einem solchen Regierungsstil über alle Konventionen und Regeln hinweg,

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

die der Würde dieses Hohen Hauses gerecht werden. Da Sie die Frist verpasst haben, uns Ihre Rede zukommen zu lassen, hätte ich eigentlich auch erwartet, dass Sie gegenüber der Opposition Ihr Bedauern über Ihr fehlerhaftes Verhalten ausdrücken würden. Dass Sie jedoch stattdessen auch noch Anschuldigungen an die Adresse von SPD und FDP/DVP richten, ist jedenfalls für mich ein deutliches Zeichen von Überheblichkeit im Regierungsamt.

(Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und der SPD)

Ich will an dieser Stelle ein fundamentales Grundproblem benennen, das diese Digitalisierungsstrategie einmal mehr aufzeigt. Wir haben in Baden-Württemberg einen Minister für Inneres, der zugleich Minister für Digitalisierung sein will. Beide Politikbereiche sind aber von so immenser Bedeutung, dass es eher eines Ministers für Inneres und zusätzlich eines Ministers für Digitalisierung bedürfte. Herr Strobl, Sie hätten allein schon mit der Bewältigung der schwierigen Sicherheits-

situation im Land in dieser Legislaturperiode wahrlich genug zu tun.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Wegen Ihres Ehrgeizes, mit dem Ministerpräsidenten auf Augenhöhe zu sein, wollten Sie neben dem Thema „Innere Sicherheit“ so im Vorbeigehen auch noch die digitale Zukunft Baden-Württembergs gestalten. Wenn ich mir aber den faulen Kompromiss bei der Polizeireform und die sechsmonatige Bearbeitungszeit bei Förderanträgen für den Breitbandausbau anschau, dann befürchte ich, dass Sie auf beiden Feldern scheitern werden. Die Menschen in unserem Land haben es aber verdient, dass Sie Ihren Geltungsdrang hintanstellen, damit sowohl die innere Sicherheit als auch die Digitalisierung so ministrabel gestaltet werden, wie es diese wichtigen Politikbereiche verdient haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Herzlichen Dank den Fraktionen für diese Aussprache und für die Ideen und Anregungen, die ich heute mitnehmen durfte. Ganz interessant war, dass es auch viel Widersprüchliches gab. Herr Abg. Dr. Kern hat soeben beklagt, es sei so wenig Konkretes in der Digitalisierungsstrategie, und der vorhergehende Redner, Herr Abg. Stoch, sagte, ihm sei alles zu wolkig gewesen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Zu wolkig und zu wenig konkret, das passt doch! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wolkig und unkonkret ist das Gleiche! Der Widerspruch erschließt sich mir nicht! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Das würde ich auch sagen! – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Dann hat Herr Stoch noch ausgeführt, es sei eine Aneinanderreihung von Einzelaten – zumindest das passt nicht so ganz zusammen.

Aber all die Dinge, die Sie gesagt haben, nehme ich gern mit. Es ist wichtig, dass wir in diesem Haus über dieses Thema sprechen.

(Zuruf: Genau!)

Die Veränderungen sind gewaltig, und die Zukunft unseres Landes und unserer Heimat hängt maßgeblich davon ab, wie wir diese Jahrhundertaufgabe gestalten.

Ich will es einmal sehr zugespitzt sagen: Es geht auch darum, hier ein bisschen wachzurütteln. Denn wir sind in einer gefährlichen Situation: Eine brummende Wirtschaft, Vollbeschäftigung, sprudelnde Steuereinnahmen sind nicht nur Verheißung, nein, diese Faktoren laden auch dazu ein, sich zurückzulehnen und in Selbstzufriedenheit zu erstarren. Selbstzufriedenheit lähmt uns aber und macht uns bequem. Was wir

(Minister Thomas Strobl)

brauchen, ist eine Aufbruchsstimmung. Ich will nun keine Krise herbeireden – die kommt von allein noch früh genug –,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wenn Sie an der Regierung sind, bestimmt!)

ich will allerdings dafür werben, die Digitalisierung als Herausforderung zu begreifen. Sie ist eine Herausforderung, der wir uns mit voller Aufmerksamkeit und mit unserer ganzen Kraft widmen müssen. Die Landesregierung hat das erkannt und hat mit ihrer Digitalisierungsstrategie einen Plan vorgelegt. – Herr Abg. Dr. Kern, eine Strategie ist notwendigerweise nicht etwas, in dessen Rahmen das, was bereits geschehen ist, was bereits gemacht worden ist, beschrieben wird. Eine Strategie dient vielmehr dazu, den Blick in die Zukunft zu richten.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Dann tun Sie das doch!)

Ich bin froh, dass es gelungen ist, ressortübergreifend eine Digitalisierungsstrategie zu entwickeln. Digitalisierung kann man nicht in einem Einzelressort bearbeiten, sondern die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Deswegen bin ich den Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung dankbar, dass es gelungen ist, eine solche Strategie zu erarbeiten. Den Koalitionsfraktionen bin ich dankbar, dass wir dies mit Geld unterlegen. Herr Abg. Dr. Reinhart hat zu Recht darauf hingewiesen: Wir haben vor über anderthalb Jahren gesagt, dass wir 320 Millionen € für die Digitalisierungsaktivitäten des Landes Baden-Württemberg ausgeben wollen, und am Ende des Jahres wird es nun eine Milliarde sein, die wir dafür zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich danke den Koalitionsfraktionen für die Unterstützung. Wir haben eine Strategie, und wir haben Geld für diesen Bereich, und zwar in einem Umfang, wie es ihn in der Vergangenheit noch nie gegeben hat.

Es ist wichtig, dass wir bei diesem Thema das Ressortdenken überwinden und zu einer Teamarbeit und einer gemeinsamen Strategie kommen. Das ist entscheidend für die Zukunft. Was wir nicht brauchen, sind kleinkarierte politische Scharmützel, und ich will Sie alle einladen, dass wir uns gerade bei diesem Thema nicht in Kleinigkeiten verhaken, sondern diese Herausforderung gemeinsam annehmen.

Wir sind mit unserer Digitalisierungsstrategie Vorreiter in der Bundesrepublik Deutschland. Sie werden sehen, dass auch am Ende der Regierungsneubildung in Berlin die Digitalisierungsaktivitäten jedenfalls bei einem Minister gebündelt sein werden. Und Sie werden sehen, dass auch die nächste Bundesregierung eine ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie erarbeiten wird. Da ist es doch schön, dass wir in Baden-Württemberg schon einen wichtigen Schritt weiter sind. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Schweickert von der FDP/DVP-Fraktion zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Aber gern.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Minister, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie haben jetzt wohl fünfmal gesagt: Man braucht eine gemeinsame Strategie in den verschiedenen Ressorts. Das heißt für mich: Man hat noch keine, aber sie kommt dann irgendwann.

Meine Frage ist: Eine Strategie ist ein Zielerreichungspfad. Das heißt, man braucht ein Ziel. Was ist dann das gemeinsame Ziel, das diese Landesregierung bei der Digitalisierung hat? Denn wenn sie kein Ziel hat, ist die Strategie ein Muddling through, ein Durchwursteln, und das kann hoffentlich nicht ihr Ziel sein.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Zweite Halbzeit!)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein, Herr Abg. Dr. Schweickert, das ist kein Durchwursteln, sondern wir haben für alle Ressorts – Bildung, Wissenschaft, den Innenbereich, die Landwirtschaft, den Justizbereich – jeweils eine Strategie entwickelt: Wo stehen wir, und wo wollen wir hin?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Wo stehen wir?“ gehört nicht zur Strategie!)

Wenn Sie möchten, schicke ich es Ihnen gern noch einmal zu. Dann können Sie gern einen Blick in die Digitalisierungsstrategie der Landesregierung werfen.

Eine Strategie unterscheidet sich im Übrigen von der Taktik dadurch, dass sie langfristige Ziele verfolgt. Unser langfristiges Ziel, Herr Abg. Schweickert, ist, dass wir Baden-Württemberg nach vorn bringen wollen. Wir wollen Baden-Württemberg zur digitalen Leitregion

(Abg. Andreas Stoch SPD: Oh! – Zuruf von der AfD: Mit d!)

in Deutschland entwickeln.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Um dieses Ziel zu erreichen – das ist ähnlich wie bei einem Schachspiel –, gibt es mehrere Spielzüge. Wir haben jetzt einen Eröffnungsspielzug gemacht, und weitere Züge werden folgen.

Entscheidend bei der Digitalisierung ist mit an erster Stelle das Breitband. Ohne schnelles Internet

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: So ist es!)

gibt es keine Digitalisierung. Und es ist schon richtig: Wie auf einem Schachbrett gibt es noch zu viele weiße Flecken. Deswegen arbeiten wir mit Hochdruck daran, das zu ändern. Nur – das möchte ich schon einmal sagen –: Ein bisschen Sachkunde wäre im Grunde auch nicht schlecht.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU – Zuruf von der AfD: Das sagt der Richtige!)

(Minister Thomas Strobl)

Wenn Sie meinen, das sei die vordringliche Aufgabe der Landesregierung, und gleichzeitig sagen, dass die Wirtschaft es im Grunde genommen besser könnte,

(Zuruf von der AfD: Ja, kann sie!)

dann muss ich einfach dagegenhalten: Wir haben eine Rechts-situation, die vorsieht, dass die digitale Infrastruktur zunächst einmal eine Angelegenheit der Privatwirtschaft ist. Das ist so; das ist die rechtliche Lage. Wir – die Kommunen, das Land, der Bund – kommen erst dann ins Spiel, wenn ein sogenanntes Marktversagen festgestellt ist.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Exakt!)

Erst dann können und dürfen wir fördern. Der weiße Fleck muss also erst einmal vorhanden sein, damit wir ihn überhaupt beseitigen können. Wir kommen erst dann ins Spiel, wenn die Wirtschaft versagt. Dieses System kann man kritisieren, aber es ist nun einmal vorhanden. Was wir machen, ist, dass wir diese weißen Flecken Stück für Stück beseitigen.

Und wir kommen in Baden-Württemberg voran. Vor anderthalb Jahren waren wir noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Wir haben um 5 % bis 6 % beim Anschluss der Haushalte über 50 MBit/s zulegen können, und wir sind jetzt überdurchschnittlich. Es reicht mir allerdings noch nicht, überdurchschnittlich zu sein.

(Zuruf von der AfD: Ändern Sie die Rahmenbedingungen!)

Wir werden Baden-Württemberg an die Spitze bringen, aber nicht mit solchen digitalen Nullnummern, wie Sie sie heute vorgetragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Sie kennen die Probleme! Ändern Sie sie!)

2015 gab es noch 16 Millionen € Fördermittel für den Breitbandausbau. 2016 waren es 113 Millionen €, 2017 sind es 125 Millionen €.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Theoretisch!)

Schon 2016, aber auch in jedem Folgejahr ist das mehr gewesen, als die Vorgängerregierung in der gesamten Legislaturperiode für die digitale Infrastruktur ausgegeben hat. Wir sehen, dass sich etwas bewegt.

Ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar, dass sich abzeichnet, dass wir im Doppelhaushalt 2018/2019 jeweils jährlich zu einer Verstärkung der Mittel im Umfang eines dreistelligen Millionenbetrags kommen. Das ist für ein Flächenland und für ein Technologieland entscheidend. Ich bin froh darüber, dass dies hier im Landtag erkannt wird und wir die entsprechenden Mittel auch in den kommenden Jahren haben werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein zweiter Punkt neben der digitalen Infrastruktur ist, dass wir die Daten sicher machen. Ich bin überzeugt, dass ohne Datensicherheit die Digitalisierung nicht funktionieren wird. Für Baden-Württemberg ist das ein besonderes Thema, weil Baden-Württemberg das Land des Mittelstands ist. Nirgendwo findet so viel Wert-

schöpfung über kleine und mittlere Unternehmen statt wie in unserem Land.

Diese Stärke ist aber auch eine Herausforderung in der digitalen Welt. Nicht jeder Mittelständler wird sich einen eigenen IT-Sicherheitsbeauftragten leisten können. Aber er braucht diese Sicherheit. Deswegen starten wir jetzt schwerpunktmäßig Projekte, um Baden-Württemberg im Bereich der Cybersicherheit nach vorn zu bringen.

Ein Baustein dafür ist die Cyberwehr Baden-Württemberg. Wir werden die Cyberwehr als eine Kontakt- und Beratungsstelle vor allem für kleine und mittlere Unternehmen sowie als eine landesweite Koordinierungsstelle bei Hackerangriffen aufbauen. Wenn Sie so wollen, ist die Cyberwehr die Feuerwehr des 21. Jahrhunderts, erreichbar an sieben Tagen in der Woche, 24 Stunden am Tag.

So, wie es heute selbstverständlich ist, dass wir in einem Brandfall 112 wählen, wird es schon bald selbstverständlich sein, im Fall eines Cyberangriffs eine Notfallnummer zu wählen, die wir eigens dafür einrichten werden.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Die Cyberwehr wird die Notfallhilfe mit bereits bestehenden Einrichtungen verknüpfen und Unternehmen damit eine ganzheitliche Lösung für Cybersicherheit bieten. Auch hier sehen Sie den übergreifenden Ansatz: Wir verbinden innere Sicherheit mit der Wirtschafts- und der Wissenschaftskompetenz in unserem Land.

Dieses Projekt ist sinnvoll und notwendig. Der Mittelständler ist nicht nur der Maschinenbauer oder der Fabrikbesitzer. Der Mittelstand ist viel breiter. Ich erinnere mich an einen Steuerberater, der mir berichtet hat, dass er in seiner Kanzlei plötzlich feststellen musste, wie sein Computer gehackt wird und die Daten verschwinden. Ich erinnere mich an den befreundeten Arzt, der mit der Drohung erpresst wurde, dass ihm alle Patientendaten gelöscht und abgesaugt werden, wenn er nicht Bitcoins in der Größenordnung von 3 000 €, 4 000 € bezahlt.

Versetzen Sie sich einmal in die Lage eines solchen Steuerberaters und eines solchen Arztes. Er fragt sich: Wohin kann ich mich wenden? Wen muss ich alles informieren? Wenn ich zur Polizei gehe, muss ich eine Anzeige erstatten, was für mich wiederum Aufwand bedeuten könnte. Muss ich meine Kunden informieren? – Diesem Arzt oder diesem Steuerberater wird bewusst, dass das, was gerade passiert, seine Existenz gefährden kann. Das Vertrauen der Kunden in die Sicherheit gerade sensibler Daten wie Steuerdaten oder Gesundheitsdaten ist die Geschäftsgrundlage.

Hier kommt unsere Cyberwehr ins Spiel. Der Steuerberater ruft dann dort an, beschreibt sein Problem und wird kompetent über die weitere Vorgehensweise beraten, inklusive der Vermittlung von zertifizierten Partnern. Folgeverpflichtungen entstehen für ihn zunächst nicht. Natürlich bleibt das Beratungsgespräch vertraulich, ohne unmittelbare Folgeverpflichtungen für ihn. Das soll die Hemmschwelle senken, einen Cyberangriff auch zu melden; denn ein Teil des Problems ist, dass wir viele Hackerangriffe, viele Cyberangriffe, gar nicht mitbekommen. Es gibt ein sehr, sehr großes Dunkelfeld.

(Minister Thomas Strobl)

Deswegen meldet sich im Optimalfall der Mittelständler, und er meldet sich im Grunde genommen eigentlich schon vorher bei uns, wenn er noch gar nicht angegriffen worden ist, weil Aufgabe der Cyberwehr auch sein soll, für dieses Thema zu sensibilisieren. Es soll ein Beratungsangebot geben: Was kann ich tun, um in meinem Unternehmen möglichst sicher zu arbeiten? Welche Angriffsmöglichkeiten sind am häufigsten? Wie soll ich meine Mitarbeiter aufstellen? Alle diese Fragen sollen beantwortet werden.

Darüber hinaus wollen wir mit dem IT Security Lab Start-ups im Bereich Cybersicherheit innerhalb von sechs bis acht Wochen durch Qualifizierungsmodule zu einer schnelleren Unternehmensentwicklung verhelfen. Mit Informationsveranstaltungen und einer Sensibilisierungskampagne werden wir Unternehmen und Bürger über Cybergefahren informieren und aufzeigen, welche Schutzmaßnahmen notwendig sind.

Am Ende soll Baden-Württemberg in der virtuellen Welt das sein, was es auch in der realen Welt ist: ein sicheres Land. Cybersicherheit kann im 21. Jahrhundert, ja Cybersicherheit wird im 21. Jahrhundert ein Standortfaktor für Unternehmen sein. Deswegen arbeiten wir daran, dass Baden-Württemberg gerade in diesem Bereich vorn bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte Ihnen noch einige Schlaglichter nennen, die aufzeigen sollen, wie vielfältig und facettenreich die Digitalisierung und die sich daraus ergebenden Handlungsfelder für uns sind. Es wird auch jetzt nicht gelingen, alle Bereiche anzusprechen; deshalb haben wir das auch in unserer Strategie schriftlich festgehalten.

Wir werden eine Erprobungsumgebung für automatisiertes Fahren im öffentlichen Personennahverkehr einrichten, und zwar in einer Großstadt, aber auch und ganz bewusst im ländlichen Raum. Der Inhalt ist revolutionär: Autonome Kleinbusse sollen eine völlig neue Mobilität ermöglichen. Die Bushaltestelle rückt vor das eigene Haus. Stellen Sie sich diese neuen Möglichkeiten vor: Gerade ältere Menschen im ländlichen Raum können so bis ins hohe Alter ein hohes Maß an Selbstbestimmung behalten. Die Politik für den ländlichen Raum, Sozialpolitik und Verkehrspolitik, rücken in diesem Projekt ganz eng zusammen.

Oder nehmen wir die Möglichkeiten der virtuellen Realität. Auf der ganzen Welt weiß man, dass das Auto mit dem Stern aus Stuttgart, aus Baden-Württemberg kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber kaum jemand weiß, dass aus Baden-Württemberg auch hochprofessionelle Spezialeffekte exportiert werden. Nehmen Sie die Fantasyserie „Game of Thrones“, die weltweit Rekorde bricht. Die eindrucksvollen Drachen, die die Protagonisten in der Serie in Angst und Schrecken versetzen, kommen aus Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie kommen nicht aus dem Drachenloch am Drackensteiner Hang, sondern sie sind geboren und aufgewachsen auf einer Festplatte im Großraum Stuttgart. Dort haben sie auch das Fliegen und das Feuerspucken gelernt. Die Medien-, Soft-

ware- und Game-Industrie ist in Baden-Württemberg eine Wachstumsbranche mit einem weltweit wachsenden Markt. Dazu gehören insbesondere die Filmakademie und die Hochschule der Medien sowie das ZKM und die Medien- und Filmgesellschaft.

Ich möchte Ihnen nur noch zwei Zahlen nennen, um begreiflich zu machen und eine Sensibilität dafür zu geben, was sich im Digitalisierungsbereich schon heute entwickelt hat. Allein in Karlsruhe sind über 30 000 Arbeitsplätze im IT-Bereich entstanden, und 44 % der Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Karlsruhe kommen heute aus dem IT-Bereich.

(Widerspruch des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Nein, aus dem IT-Bereich. 44 % des Wachstums der Gewerbesteuereinnahmen! – Das zeigt, dass die Digitalisierung schon heute ein wichtiger Arbeitsplatzfaktor und ein wichtiger ökonomischer Faktor ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dieser Stoßrichtung, das Land auf allen Ebenen bei der Digitalisierung voranzubringen, werden wir jetzt im Rahmen der Strategie mehr als 70 neue ressortübergreifende strategische Projekte in die Umsetzung bringen, die alle in die gleiche Richtung zielen: Baden-Württemberg an die Spitze der digitalen Entwicklung zu bringen. Diese Projekte sind nicht die einsamen Kirchtürme einzelner Ressorts; es sind vielmehr strategisch platzierte Leuchttürme, die mit starken und gebündelten Lichtkegeln den Weg in die digitale Zukunft weisen.

Ich darf diese Bedeutung der Digitalisierung nochmals an einem Beispiel aus Baden-Württemberg deutlich machen und will Sie noch einmal ermuntern, gerade diesen Leuchtturm in Karlsruhe zu betrachten, wo wir mit dem KIT und mit anderen Einrichtungen sowie mit zahlreichen Start-ups ein echtes Juwel im Land haben.

Als der von IBM entwickelte Schachcomputer Deep Blue vor genau 20 Jahren den damals amtierenden Schachweltmeister Kasparow geschlagen hatte, war das nichts anderes als ein Donnerhall. Vielfach wurde darauf mit menschlicher Arroganz reagiert, die zumeist in Ignoranz mündete, Ignoranz vor notwendigen Veränderungen bei den Weichenstellungen. Ich rate daher dazu, nicht mit Arroganz, sondern Vigilanz zu reagieren, mit Vigilanz, Demut und Forscherdrang.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Digitalisierung ist nicht mehr aufzuhalten. Herr Kollege Stoch, wir müssen ihr – das war eine sonderbare Wortwahl von Ihnen – auch nicht standhalten, sondern wir müssen sie gestalten. Die Digitalisierung darf keine Veranstaltung sein, an deren Rand wir teilnahmslos zum Zuschauen verdammt sind. Die Digitalisierung ist ein Prozess, den wir nach unseren Vorstellungen beeinflussen können, ja beeinflussen müssen. Zukunft sagt man am besten voraus, indem man sie gestaltet.

Wenn wir uns für den richtigen Kurs entscheiden, können wir mit voller Kraft ins moderne Baden-Württemberg des 21. Jahrhunderts steuern. Unser Steuerrad ist die Digitalisierungsstrategie „digital@bw“.

Eine Zahl zeigt unsere Entschlossenheit: 1 Milliarde €. Das ist der Treibstoff, den wir in dieses Projekt investieren.

(Minister Thomas Strobl)

Wir verharren nicht in der Zuschauerrolle. Wir nutzen vielmehr unsere Chancen, wir nutzen die Stärken, die im Land Baden-Württemberg vorhanden sind, und ich lade Sie herzlich ein, meine sehr verehrten Damen und Herren, uns auf diesem Weg zu begleiten. Das ist ein Thema, das sich nicht so sehr für kleinkarierte parteipolitische Auseinandersetzungen eignet; das ist vielmehr eine Aufgabe, an der wir alle mitwirken dürfen und mitwirken können, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, jeder an seinem Platz.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu den Ausführungen von Andreas Stoch und Timm Kern noch ein paar Sätze sagen.

Herr Stoch, ich hatte den Eindruck, Ihre Kritik an den Reden vom Kollegen Reinhart und von mir stand schon auf Ihrem Sprechzettel, bevor Sie uns überhaupt zugehört haben.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD hält eine Seite seines Redemanuskripts mit handschriftlichen Ergänzungen hoch.)

Denn dann hätten Sie, Herr Kollege Stoch, ja gehört, dass wir mit der Initiative Wirtschaft 4.0, mit Telesprechstunden im Bereich der Gesundheit, mit Cyber Valley und weiteren Initiativen zeigen, dass wir die Digitalisierung in Baden-Württemberg konkret umsetzen. Da tut sich doch etwas, Herr Kollege Stoch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da tut sich gar nichts! Gar nichts tut sich da!)

Wenn Sie durch das Land fahren,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann fahren Sie doch mal! Nur Sprüche!)

dann bekommen Sie vor Ort mit, dass wir die Digitalisierung nicht nur im Landtag vortragen, sondern auch vor Ort praktisch umsetzen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wo denn?)

Herr Stoch, um es Ihnen einfach noch einmal zu sagen: für den Informatikunterricht im nächsten Doppelhaushalt mehr als 170 Deputate, für die Stärkung der Grundschulen mehr als 160 Deputate.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Der Bildungsaufbruch, die Investitionen in der Bildungspolitik, die gehen weiter. Da investieren wir massiv. Herr Kollege Stoch, Ihre Kritik an diesem Punkt ist nicht angebracht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich!)

Dann haben Sie die Auswirkungen auf die Arbeitswelt skizziert, Herr Stoch. Haben Sie einmal mit Ihrer Kollegin Nahles gesprochen? Es war Ihre Kollegin Nahles,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die ist nicht Mitglied der Landesregierung!)

die das Weißbuch und das Grünbuch „Arbeiten 4.0“ aufgelegt hat. Da gibt es Antworten auf die Fragen der Arbeitswelt, Herr Kollege Stoch.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wo sind Ihre Antworten?)

Da würde ich Ihnen einmal empfehlen, im Kreis der SPD Rücksprache zu halten.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Kollege Schwarz, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja. – Ich muss zum Schluss noch ein paar Sätze zum Kollegen Kern sagen. Er verwechselt Digitalisierung und Breitbandausbau. Ganz klar: Eine leistungsstarke Breitbandinfrastruktur ist die Grundlage, Herr Kollege Kern, aber wenn wir über die Digitalisierung reden, über Plattformökonomie, über Smart Citys, smarte Verwaltung, dann gehen wir doch über den Breitbandausbau hinaus.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Das sind doch Prozesse, die wir befördern müssen, und wir zeigen in Baden-Württemberg auch, dass wir sie befördern können, um weiterhin an der Spitze zu bleiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Andreas Deuschle CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der kurzen Zeit möchte ich auf das eingehen, was hier an Kritik angebracht wurde.

Zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Schweickert: Ich weiß nicht, ob Sie die Digitalisierungsstrategie überhaupt gelesen haben. Denn das Spannende, ganz am Anfang – ich finde, da kann man einmal die Exekutive loben –, ist eine Bestandsanalyse. Diese Bestandsanalyse ist erfrischend ehrlich, weil sie einräumt, dass es Versäumnisse in diesem Land gab und gibt

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

und dass diese Landesregierung daran arbeiten möchte.

(Minister Thomas Strobl: Dann bräuchten wir keine Strategie, wenn alles okay wäre!)

Wenn Sie nach der Strategie fragen, dann möchte ich die Frage so beantworten: Ich glaube, die Digitalisierungsstrategie nimmt nicht für sich in Anspruch, alles bis ins kleinste Detail lösen zu können. Aber sie bildet eine Richtschnur, an der wir künftig alle Aktivitäten im Bereich der Digitalisierung ausrichten können. Das Ziel der Strategie ist es nicht, noch mehr neue Projekte anzustoßen, sondern sie ist mehr als die Summe der Einzelprojekte. Ich glaube, das Ziel der Strategie ist, unser Know-how, unsere Fähigkeiten und unsere Stärken zu multiplizieren, zu bündeln und in eine Richtung zu lenken. Diese Richtung bedeutet Digitalisierung Baden-Württemberg. Das ist die Zukunft.

(Andreas Deuschle)

Herr Kollege Stoch, Sie haben inhaltliche Kritik im Bereich der Bildung angebracht. Da kann man sich schon einmal fragen, wer in den letzten drei Jahren hier im Land Verantwortung für die Bildung getragen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben seit dem Regierungswechsel im Jahr 2016 113 Millionen € für das schnelle Internet ausgegeben. Im laufenden Jahr sind es 125 Millionen €. Das macht bis heute in der Summe 238 Millionen €.

Weil Sie die Frage nicht ganz beantworten konnten, darf ich Ihnen auf die Sprünge helfen: Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode – als Ihre Fraktion Regierungsverantwortung trug – gerade einmal 73 Millionen € in fünf Jahren investiert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was hatten wir davor?
Null!)

– Davor war es mehr als in der Zeit, in der Sie Regierungsverantwortung getragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Lächerlich! Null! Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Das sind die nüchternen Zahlen. – Herr Gall, Sie können mich anschreien, aber Zahlen brauchen Sie nicht anzuschreien. Die lassen nicht mit sich diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr schön! – Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Andreas Stoch SPD)

73 Millionen € in fünf Jahren unter Grün-Rot. In den Jahren 2016, 2017 gab es eine Verdreifachung auf 238 Millionen €. Man merkt, es macht einen Unterschied, wer dieses Land regiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sandra Boser GRÜNE – Bravo-Rufe von der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Dann erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon. – Entschuldigung! Halt, halt! Entschuldigung, sorry.

Natürlich erteile ich das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch. Entschuldigen Sie bitte.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem, was uns der Innenminister – er nennt sich gern auch Digitalisierungsminister – heute präsentiert hat, können wir feststellen, dass die Vorwürfe an die Landesregierung vollkommen berechtigt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Wenn wir uns anschauen, auf welche Themen er vertieft eingegangen ist, dann sehen wir: Das waren die Themen, die aus seiner Sicht Digitalisierung ausmachen – aus Sicht eines In-

nenministers –: Zum einen ist das das Thema Breitbandausbau. Das gibt ihm die Möglichkeit, durch das Land zu ziehen bzw. Leute nach Stuttgart kommen zu lassen, um sehr viele kleine Förderbescheide übergeben zu können.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Herr Minister, das ist keine Politik, das ist, mit Verlaub, reines Politikmarketing.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das zweite Thema, auf das Sie ausführlich eingegangen sind, ist die Cybersicherheit. Auch das ist ein wichtiges Thema. Aber zu den wichtigen Themen, die die Mehrzahl der Menschen eben auch beschäftigen, haben wir von Ihnen ganz, ganz wenig gehört – gerade wenn es um das Thema Wirtschaft und um das Thema Bildung geht. Da bleibt unser Vorwurf erhalten. Das, was in dieser Hochglanzbroschüre steht, ist eine Ansammlung von Dingen, die teilweise seit Jahren laufen. Es ist gut und richtig, sie weiterzuentwickeln. Der Vorwurf ist, dass in diesem Bereich viel zu wenig neue Ideen und viel zu wenig Kreativität entfaltet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie es nicht schaffen, die Menschen davon zu überzeugen, den Veränderungen standhalten zu können, weil Politik diese Veränderungen gestaltet, werden Sie ein großes Problem haben, den Menschen die Angst bei diesem Thema zu nehmen. Wir brauchen eine Landesregierung, die die Ängste und Sorgen der Menschen ernst nimmt, die Antworten gibt und die sich nicht in Sonntagsreden nur mit verschiedenen Fremdwörtern beschäftigt. Das, was als „Digital Hub“ bezeichnet wird, kommt mir bei der Landesregierung eher so vor, als ob dabei die „Digital air pump“ – also die digitale Luftpumpe –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

das wichtigste Instrument sei.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die FDP/DVP-Fraktion möchte nicht mehr sprechen. Sie hat auch wenig Redezeit.

Jetzt erteile ich Herrn Abg. Dr. Gedeon das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein anderer Aspekt, der hier noch nicht berücksichtigt worden ist: Digitalisierung bedeutet vor allem immer mehr Informationen und immer weniger Wissen.

Vor lauter Bäumen sehen wir den Wald nicht mehr. Das gilt auch für die Bildung. In diesem Sinn hat Digitalisierung nichts mit Bildung zu tun. In einer Schule ohne Computer können Sie durchaus Bildung vermitteln. Aber in einer Schule, in der Schüler ständig den Unterricht stören können und dürfen, in der Gewalt gegen Lehrer an der Tagesordnung ist, in der Lehrer verprügelt werden, können Sie Bildung nicht mehr vermitteln.

(Beifall des Abg. Stefan Rappke AfD)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Deswegen sollten wir, meine Damen und Herren, wenn wir schon, wie heute Morgen in dieser Diskussionsrunde, so viel Pathos investieren, unser Pathos mehr in den Antiautoritarismus als einem größeren Bildungsproblem stecken als in die Digitalisierung.

Im Übrigen gibt es in den Schulen nicht zu wenige, sondern zu viele Computer. Es würde der Bildung und dem Unterricht durchaus zuträglich sein, wenn man die Smartphones verbieten würde, die fast schon jeder Schüler hat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Eine Ausnahme möchte ich hier aber ausdrücklich machen, meine Damen und Herren: Das ist die militärische Anwendung. Hierbei ist es notwendig, dass wir in der Digitalisierung absolute Weltspitze sind. Gerade da sind wir weit abgehängt – hinter den USA, hinter den Russen, hinter den Chinesen und auch hinter den Israelis. Es geht also nicht um die Größe, sondern es geht darum, dass hier – Es geht auch nicht darum, dass kein Digitalisierungsbewusstsein vorhanden wäre. Was fehlt, ist das Wehrbewusstsein, die Verteidigungsbereitschaft. Meine Damen und Herren, eine Gesellschaft, die nicht mehr weiß, dass das, was man sich in Generationen erdacht, erarbeitet und erkämpft hat, jeden Tag verteidigt werden muss –

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

sonst wird es einem genommen –, verschläft natürlich auch in der digitalen Verteidigungsbereitschaft die entscheidende Entwicklung. Wenn wir hier nicht entscheidend gegensteuern, werden wir geopolitisch ins Nichts abstürzen und bedeutungslos werden.

So viel zu diesem Thema.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Innenminister Strobl hat noch einmal das Wort. – Bitte.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Jetzt erblicke ich den Vorsitzenden der SPD-Fraktion nicht. Ich hätte ihm gern auf die Punkte, die er angesprochen hat, eine Antwort gegeben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es wird vermutlich nicht besser! – Zuruf von der AfD: Die SPD ist ja noch rudimentär vorhanden!)

– So ist es.

Kollege Stoch hat angesprochen, ich hätte zu wenige Ausführungen zum Thema Bildung und zum Thema Wirtschaft gemacht. Es ist gar keine Frage, dass die Digitalisierung für Bildung, für Wissenschaft und für Wirtschaft ein wichtiges und entscheidendes Thema ist. Deswegen nimmt das in unserer Digitalisierungsstrategie ja auch breiten Raum ein.

(Abg. Andreas Stoch SPD setzt sich wieder auf seinen Abgeordnetenplatz.)

Digitalisierung ist vor allem ein Wirtschaftsthema. Aber, Herr Abg. Stoch, wenn eine Schule kein schnelles Internet hat,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

dann ist es ein Problem,

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Unterricht in Digitalisierung zu geben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und die technische Ausstattung!)

– Und die technische Ausstattung. Wobei: Die Kultusministerin sagt mir immer: „Die Technik folgt der Pädagogik.“

(Zuruf: Genau! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Zunächst einmal müssen wir ein pädagogisches Konzept entwickeln, und dann kommt die Technik. Die technische Voraussetzung ist basic. Sonst läuft an der Schule nichts. Das meine ich auch damit, wenn ich sage: Wir müssen die „Kreidezeit“ in den Schulen beenden. Der Zustand, den Sie beschreiben, ist der Zustand der Sprachlabore. Unsere Schulen sind nicht so, wie sie in der digitalen Welt sein sollten. Viele kleine Schulen im ländlichen Raum haben noch nicht einmal schnelles Internet. Deswegen müssen wir das ändern, und zwar nicht irgendwann, sondern so schnell wie möglich, und deswegen ist das eine erste Priorität für das Handeln.

Das gilt auch für die Wirtschaft. Wenn der mittelständische Betrieb in der Fläche Baden-Württembergs, wo im Übrigen ein großer Anteil unserer Weltmarktführer sitzen, kein schnelles Internet hat, dann ist das eben ganz, ganz schlecht, und deswegen müssen wir das zuerst einmal ändern.

Das gilt im Übrigen auch für das Thema Sicherheit. Wenn die Daten nicht sicher sind, dann wird alles andere, was wir planen und machen wollen, nicht funktionieren. Deswegen haben wir auch eine klare Prioritätenliste. Man kann nicht alles gleichzeitig machen. Wir werden im Herbst im Kabinettsausschuss „Digitalisierung“ über einen dreistelligen Millionenbetrag und die weiteren Priorisierungen entscheiden. Unsere Priorität heißt zunächst einmal digitale Infrastruktur, und dann kommt die Sicherheit bei den Daten.

Das, was wir beispielsweise bei der Infrastrukturförderung machen, ist zu 100 % eine Förderung, die dem Mittelstand zugutekommt. Ein Großunternehmen lässt sich im Zweifel sein Kabel selbst legen, aber der kleine Handwerker, der Mittelständler, der Familienbetrieb kann das nicht. Er ist darauf angewiesen, dass wir ihm kommunale bzw. staatliche Hilfe zuteilwerden lassen. Deshalb haben wir einen Plan und dank des Landtags von Baden-Württemberg auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Das, was wir machen, ist zu 100 % Kommunalförderung. Jeder Euro, jeder Cent fließt unmittelbar in einen Landkreis und in eine Gemeinde. Es ist zu über 90 % Förderung des ländlichen Raums, der Fläche, und es ist eine Förderung, die insbesondere den mittelständischen Betrieben und den Familienbetrieben in Baden-Württemberg zugutekommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Ich glaube, damit kann man nicht falsch liegen. Ich bin sicher, wir liegen damit ziemlich richtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Hochschulen stark machen – neue Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs und Gründer – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf – wie üblich – die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre schön, wenn sie das mal machen!)

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Seemann zu ihrer ersten Rede. – Bitte schön, Frau Kollegin.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Abg. Stefanie Seemann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade haben wir über die Digitalisierung gesprochen. Das ist, wie wir mitbekommen haben, ein drängendes Thema, und es ist ein Thema, bei dem es einen ganz wichtigen Player gibt: unsere Hochschulen und Universitäten. Dass wir hier im Innovationsland Nummer 1 daheim sind, das ist doch zu einem großen Teil den Hochschulen und Universitäten in unserem Land zu verdanken. Der Erfolg der Forschung, der Erfolg der hervorragenden Lehre und nicht zuletzt der Erfolg des zunehmend wichtiger werdenden Wissenstransfers von den Hochschulen und Universitäten in Wirtschaft und Gesellschaft sind die Elemente, die Baden-Württemberg zukunftsfit machen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Konrad Epple CDU)

Das ist der Erfolg, an den jeder denkt, wenn er über die Hochschullandschaft hier im Ländle spricht. Ich bin mir daher sicher, dass ich für viele hier im Haus sprechen kann, wenn ich sage: Unsere Hochschulen und Universitäten haben die besten Bedingungen verdient.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Was aber gehört zu den besten Bedingungen? Wie machen wir die Hochschulen stark? Getrennt betrachtet bestehen Hochschulen zum einen aus Gebäuden und zum anderen aus den Menschen, die dort ein und aus gehen.

Starke Hochschulen brauchen eine starke Infrastruktur. Deshalb freue ich mich, dass wir im Doppelhaushalt 2018/2019 so viel Geld wie noch nie zuvor in die Hand nehmen wollen, um den Sanierungsstau im Hochschulbau abzubauen.

Allerdings – das wissen wir alle – ist es mit den Gebäuden nicht getan. Deshalb dränge ich auch darauf – auch wieder mit dem Hinweis auf die Debatte heute Morgen –, dass wir die

Forschungsinfrastruktur der Hochschulen zukunftsfit machen. Auch das ist eine große Baustelle.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gebäude sind das eine. Sie sind eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für starke Hochschulen. Die eigentliche Qualität macht sich an den Menschen fest, die an den Hochschulen und Universitäten in unserem Land arbeiten – sei es in Forschung und Lehre, sei es in der Verwaltung. Ihnen allen gilt mein Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Unsere Aufmerksamkeit gilt aber auch den 360 000 Studierenden, die in wenigen Tagen mit dem Beginn des Wintersemesters wieder in die Hörsäle und Bibliotheken ziehen. Hochschule bildet – aber Studierende bilden auch Hochschule. Mir ist es wichtig, dass wir Studierende nicht als Durchlaufposition ansehen. Wer an eine baden-württembergische Hochschule geht, wer sich im Studium einbringt, lernt nicht nur, bildet sich nicht nur, sondern wird Teil einer Gemeinschaft. Deshalb heißt Qualität der Hochschule und der Universität auch: engagierte und aktive, wissbegierige und offene Studierende. Studierende profitieren von Forschenden und Lehrenden, die mit ganzem Herzen bei der Sache sind und die nicht nur Fakten, sondern auch den Geist des Neuen vermitteln können.

Der Bund, insbesondere aber auch die Landesregierung sind daher zu Recht aktiv geworden. Fünf Punkte möchte ich hier ausführen.

Erstens: Mit dem Tenure-Track-Programm haben Bund und Länder ein sehr sinnvolles Instrument aufgelegt, das für die Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren einen riesigen Sprung nach vorn bedeutet. Deshalb freue ich mich, dass von den knapp 500 Tenure-Track-Professuren, die in der ersten Runde des Programms wissenschaftsgeleitet vergeben wurden, 65 nach Baden-Württemberg gegangen sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Sieben der Universitäten in unserem Land haben nun die Möglichkeit, Schwerpunkte zu setzen und ihre Profile mit jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu schärfen. Für diese bedeutet die Tenure-Track-Professur, dass Qualität und Planbarkeit verbunden werden. Das erhöht die Attraktivität erheblich.

Zweitens: Die Landesregierung hat jetzt ihren Entwurf der Landeshochschulgesetznovelle präsentiert. Hier werden die rechtlichen Grundlagen gelegt, um die Tenure-Track-Professuren so auszugestalten, dass sie auch tatsächlich etwas bringen. Zudem wird klargestellt, dass Familienfreundlichkeit auch für Landesbeamtinnen und Landesbeamte gilt, etwa mit der Möglichkeit der Verlängerung des Evaluierungszeitraums im Fall von Kinderbetreuung. Als Mutter von fünf Kindern freut mich dies besonders. Und wer sollte sich um die Vereinbarkeit von Kind und Wissenschaftskarriere kümmern, wenn nicht wir?

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Winfried Mack CDU)

(Stefanie Seemann)

Drittens: Eine weitere Maßnahme aus der anstehenden Novelle des Landeshochschulgesetzes ist ein bundesweites Novum. Promovierende sollen – ich finde das sehr gut und wichtig – nun als eigene Mitgliedergruppe geführt werden. Das ist nach der Einführung der Konvente und der Promotionsvereinbarung in der letzten großen LHG-Novelle nun ganz folgerichtig der nächste Schritt.

(Beifall bei den Grünen)

Die Promotion ist eine eigenständige Phase zwischen Studium und wissenschaftlicher Tätigkeit. Genau dieser Charakter bildet sich im eigenen Status für Promovierende ab.

Viertens: Ich habe bereits das Thema „Innovation und Wissenstransfer“ angesprochen. Beides zusammen ist eines der Leitmotive unserer grün-schwarzen Landesregierung. Neben dem ganz hervorragenden Programm zur Förderung der Gründerkultur in der Lehre kommt jetzt folgerichtig der nächste Schritt. Wer an einer Hochschule etwas erfunden hat, wer daraus ein junges Unternehmen machen möchte, der wird es zukünftig leichter haben, für eine Übergangszeit Räume und Geräte der Hochschule nutzen zu können. Hochschulen sind schon längst Inkubatoren.

Fünftens: Schließlich möchte ich noch auf den Erfolg der baden-württembergischen Pädagogischen Hochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften bei der bundesweiten Ausschreibung „Innovative Hochschule“ hinweisen.

Auch hier zeigt sich, wie stark die Hochschulen im Land sind, wie sehr die Vermittlung von Wissen in die Gesellschaft und – natürlich auch umgekehrt – die Bürgerwissenschaft und die Öffnung der Wissenschaft für gesellschaftliche Anliegen zur Zukunftsaufgabe werden.

Baden-Württemberg braucht starke Hochschulen. Wir tun einiges dafür, dass das so bleibt, nicht nur weil gut ausgestattete Hochschulen und Universitäten per se einen Wert darstellen – das tun sie, keine Frage –, sondern auch deswegen, weil Wissenschaft das Zukunftsressort dieses Landes ist

(Beifall bei den Grünen)

und die Stärke des Landes viel mit der Stärke und Qualität der baden-württembergischen Hochschulen zu tun hat.

In diesem Sinn – auch da, denke ich, stimmen mir hier viele zu – drücke ich unseren Universitäten ganz fest die Daumen. Denn am Ende dieser Woche wird bekannt gegeben, welche Universitäten sich auf der Grundlage ihrer Skizzen für Exzellenzcluster bewerben dürfen. Das wird eine wichtige Weichenstellung, der ich mit Zuversicht entgegensehe.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kompliment, Sie haben die Zeit eingehalten.

(Heiterkeit)

Für die CDU-Fraktion darf ich Frau Kollegin Kurtz das Wort erteilen.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am dritten Tag nach der Bundestagswahl beantragen die Grünen hier im Landtag eine Debatte über die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg. Ehrlich gesagt habe ich gedacht, dass die Menschen im Land vielleicht im Moment eher andere Fragen bewegen.

Ein Blick in den Pressespiegel von heute Morgen zeigt uns aber, dass die Hochschulpolitik die Öffentlichkeit doch stark beschäftigt. Die Hochschule Ludwigsburg sorgt leider wieder für negative Schlagzeilen. In Konstanz klagen Professoren gegen ihre Uni, weil man dort dem Wunsch – gerade der Grünen – nach einer Verpflichtung zu Open Access nachkommen will, und in Heilbronn wird – ich muss sagen: leider – die neue LHG-Novelle, die gerade in der Anhörung ist, heftig kritisiert.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Zu Recht!)

Ich bin aber weiterhin der Meinung, dass wir hier in Baden-Württemberg im Wissenschaftsbereich sehr gut aufgestellt sind, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir wissen aber auch, dass wir hier im Land nicht mehr ganz allein dafür verantwortlich sind, welche Perspektiven es für den wissenschaftlichen Nachwuchs bei uns gibt und wie wir Gründer und Start-ups noch besser fördern können. Sie wissen alle: Es gab vor drei Jahren eine Lockerung des sogenannten Kooperationsverbots im Grundgesetz. Seitdem wirkt der Bund bei unserer Hochschulpolitik kräftig mit – bisher allerdings, wie ich finde, nicht zu unserem Schaden. Wir konnten uns in den vergangenen vier Jahren wirklich nicht beklagen. Es flossen gewaltige Summen auch in unser Land. Ich denke, es ist auch der CDU-Bundesministerin zu verdanken, dass z. B. die Hochschulen für angewandte Wissenschaften noch stärker in den Blick genommen wurden. Denken Sie nur an das Programm „Innovative Hochschule“ in der neuen Exzellenzstrategie.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

Das ist ein eigenes Programm für die Fachhochschulen und die Pädagogischen Hochschulen. Ich freue mich sehr, dass da auch schon vier Anträge aus Baden-Württemberg erfolgreich waren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Bund unterstützt uns auch bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das ist ein Thema, das uns schon lange beschäftigt. Man muss ehrlich sagen: Wissenschaftspolitik lebt nicht nur von Innovationen, sondern gerade auch von langen Linien und stabiler Konstanz. Ich finde, es hat unserem Land gutgetan, dass es seit 1978, als ein eigenständiges Wissenschaftsministerium eingerichtet wurde, nur vier Wissenschaftsminister mit langjährigen Amtszeiten gab. Da gab es bei uns eine Konstanz, die sich bewährt hat.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das darf auch so bleiben!)

Schon lange stellen wir uns die Frage: Wie können wir die Besten bei uns behalten? Kluge Köpfe werden überall gesucht.

(Sabine Kurtz)

Der Wettbewerb im Wissenschafts- und Forschungsbereich ist härter geworden und ist wirklich nicht zu unterschätzen, meine Damen und Herren.

Seit der Zeit von Minister Frankenberg gibt es sogenannte Juniorprofessuren, die junge Wissenschaftler schon früh an die Hochschulen in unserem Land binden sollen. Dies wollen wir jetzt – die Kollegin Seemann hat es angesprochen – im Landeshochschulgesetz noch weiter ausbauen und sogenannte Tenure-Track-Professuren im Gesetz verankern. Das ist ein eigenständiger Karriereweg hin zur Professur. Man muss sich nicht erst habilitieren, um sich dann irgendwann mal auf eine frei werdende Professur bewerben zu können. Vielmehr können vielversprechende junge Wissenschaftler ausgewählt werden und bekommen dann die Zusage, nach einer Phase der Bewährung, der sogenannten Tenure-Track-Phase, eine W-3-Lebenszeitprofessur zu erhalten.

(Beifall des Abg. Manuel Hagel CDU)

Dadurch wird der Weg zur Professur berechenbar, und die Berufung erfolgt schon viel früher im Leben, als das bisher der Fall war.

In anderen Ländern ist dies schon länger so geregelt. Bei der Reise des Wissenschaftsausschusses in die USA im letzten Frühjahr ist uns sehr deutlich vor Augen geführt worden, dass wir vielversprechende junge Wissenschaftler an das Ausland verlieren, wenn wir ihnen nicht rechtzeitig solche verlässlichen Perspektiven in unserer heimischen Wissenschaft aufzeigen können.

Auch hier hilft uns jetzt der Bund – Kollegin Seemann hat es angesprochen –: Durch das Tenure-Track-Programm sollen 1 000 neue Professuren eingerichtet werden. Auch ich freue mich, dass wir da schon die ersten 65 bewilligt bekommen haben.

Bund und Land ziehen also an einem Strang, um die Hochschulen zu stärken und den wissenschaftlichen Nachwuchs wie auch die Gründer zu fördern. Wir – das darf ich an dieser Stelle sagen – sind daher sehr interessiert daran, dass die Wissenschaftspolitik in Berlin wieder in gute Hände kommt, nachdem, wie ich gehört habe, Frau Wanka gesagt hat, dass sie nicht mehr zur Verfügung stehe.

Unsere Innovationsfähigkeit und damit unser Wohlstand hängen entscheidend davon ab, ob es gelingt, ein attraktives Forschungsklima zu entwickeln und Wege zu ebnen, wie die Erkenntnisse aus den Hochschulen heraus in die Unternehmen überführt werden können und wie sie als Produkte auf den Markt gelangen und dort auch erfolgreich verkauft werden können.

Auch die Frage, wie Wissenschaft und Wirtschaft zueinander finden, hat schon die früheren CDU-Wissenschaftsminister intensiv beschäftigt. Aber – das müssen wir wohl ehrlich sagen – in Zeiten der Digitalisierung – dieses Thema haben wir vorhin breit besprochen –, der Globalisierung und des verstärkten internationalen Wettbewerbs ist dieser Technologietransfer eine noch drängendere Frage, der wir uns stellen müssen.

Ich meine, wir können sehr froh sein, dass wir einen starken industriellen Sektor bei uns in Deutschland und besonders in

Baden-Württemberg haben. Es ist einerseits ein Hindernis für junge Menschen, sich selbstständig zu machen, weil dort natürlich stabile und verlässliche Beschäftigungsverhältnisse winken. Aber die Industrie bietet auch enorme Chancen, wenn wir sie eben mit diesen neuen digitalen Möglichkeiten verbinden können. Bei uns werden noch 30 % des Bruttoinlandsprodukts in der Industrie erwirtschaftet. In den USA, in Frankreich, in England sind es glatt zehn Prozentpunkte weniger. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns das vor Augen führen.

Deswegen hat z. B. die Universität Stuttgart auf dem Vaihinger Campus die Arena 2036 aufgebaut, übrigens auch vom Bund und sogar von der EU mitfinanziert. Das ist eine Forschungsplattform für Mobilität. Sie versteht sich als eine Art Forschungsfabrik, eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Industrie und als Impulsgeber für die nächsten Fahrzeuggenerationen. Bis zum Jahr 2036 – das ist dann das 150-Jahr-Jubiläum des Automobils – soll dort geforscht werden, wie man die gesamte Wertschöpfungskette des künftigen voll digitalisierten Fahrzeugs neu denken, aber auch umsetzen kann. Die Universität Stuttgart hat auch eigens eine Tochtergesellschaft gegründet, eine Technologietransfergesellschaft, die bei Ausgründungen, bei Existenzgründungen unterstützen soll. Ich glaube, das sind ganz wichtige Maßnahmen, die schon vor einiger Zeit auf den Weg gebracht wurden.

Ich denke, wenn solch ein Geist an einer solchen Hochschule weht, dann überträgt er sich auch auf die Studierenden und ermutigt dann zur Selbstständigkeit und gibt vielleicht auch Anstöße dazu, ein eigenes Unternehmen zu gründen.

Die Möglichkeiten der Hochschulen, diese Unternehmensgründungen weiter zu fördern – das ist eben auch schon angesprochen worden –, wollen wir jetzt im Hochschulgesetz noch besser verankern und die Hochschulen wirklich berechtigen, diesen jungen Wissenschaftlern ihre Infrastruktur, die Labore, die Werkstätten, die Maschinen, die Büros zur Verfügung zu stellen, damit sie dort wenigstens einmal drei Jahre am Anfang ihrer Unternehmensgründung diese Möglichkeiten in einem geschützten Raum nutzen können. Wir haben auch damit schon gewisse Erfahrungen. Wir haben vor zwei Jahren einmal in Karlsruhe das CyberForum besucht, wo sich Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmer, Gründer, aber auch Kreative, Studierende, Business Angels und auch Auszubildende miteinander vernetzen.

Ich glaube, die Zukunft liegt in dem vernetzten Zusammenarbeiten. Ich denke, wir sind gut beraten, auf diesem Weg weiter voranzuschreiten. Bleiben wir dran! Die Konkurrenz schläft nicht. Das gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern eben auch für die Wissenschaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Das heutige Thema der Grünen lautet: „Neue Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs und Gründer“. Wozu diese Debatte? Der Versuch, sich ein Image zuzulegen, das nicht dem

(Dr. Rainer Balzer)

eigentlichen Profil der Grünen entspricht. Wir erleben in der Dieseldebatte die grundsätzliche Technikfeindlichkeit, eigentlich den Kampf der Grünen seit vielen Jahren gegen Autos und gegen den Individualverkehr. Strom kommt bekanntlich aus der Steckdose; deswegen brauchen wir auch keine Dieselaautos mehr. Geld kommt vom Bankkonto usw.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und wo kommen Sie her?)

Wie sehen Perspektiven für Gründer heute aus? Das, was der Gründerkultur entgegensteht,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

ist eine allgemeine Bedenkenträger- und Bremsermentalität, die sich gerade in den vergangenen Jahren unter der grünen Regierung breitgemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Beispiele gefällig?

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Kabelloses Telefon, Funksignalmasten für Handyverstärkung – gefährliche Strahlung! Die Wirkung ist zwar nicht nachweisbar, aber das macht es ja nur noch schlimmer.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Manche haben es schon gemerkt!)

Drohnen – was da alles passieren kann! Da muss sofort ein Führerschein für Drohnen her und ein Berg von Verordnungen, bevor überhaupt welche abgehoben haben.

Und jetzt wollen Sie Gründer heranziehen. Haben Sie möglicherweise erkannt, dass die Stellen im öffentlichen Dienst nicht unendlich vermehrbar sind

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das sagen gerade Sie!)

und von den Unternehmern oder von den Unternehmensgründern bezahlt werden?

Für Unternehmertum sind ganz andere Eigenschaften gefragt: das genaue Gegenteil des ängstlichen Bedenkenträgers. Hier geht es um Intelligenz, um Schaffenskraft und um den unbedingten Willen, sein Schicksal selbst zu gestalten und selbst in die Hand zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was wissen Sie denn vom Unternehmertum? Was hat das mit Ihnen zu tun?)

Aber fangen wir, für Sie, ganz vorn an. Irgendwie ist es immer noch in den grünen Köpfen drin: Der Unternehmer ist ein böser Kapitalist – früher ein dicker Mann mit Zigarre und Zylinder, der sich am Anblick der ausgemergelten Arbeiter freute, und heute ein smarterer Sonnyboy, der mit seinem Laptop auf einer Yacht sitzt oder in einem dicken Porsche durch die Fußgängerzone kurvt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sind Sie Unternehmer?)

Wir sehen in Unternehmern stattdessen die Leute, die unsere Welt tatsächlich ein Stück besser machen. Zumindest gilt das materiell; denn sonst könnten sie ihre Produkte gar nicht verkaufen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Genau so ist es!)

Meine Damen und Herren, die Gründer und die Führungspersonen der Firma Miele haben wahrscheinlich mehr für die Befreiung der Frauen, für die Frauenemanzipation getan als alle Sit-ins der Grünen in den Siebzigerjahren zusammen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir wären einem positiven Unternehmerbild in unserem Land deutlich näher, wenn in den Schulen ein positives Bild der Gründer und der Erfinder dargestellt würde. Davon sind die Schulen, davon ist der Wirtschaftskundeunterricht derzeit leider meilenweit entfernt.

(Beifall bei der AfD)

Wenn ich in die neuen Lehrpläne, in Querschnitte und Leitlinien schaue, dann finde ich keine Korrektur des Bildes, das Sie zeichnen. Es überwiegt eine äußerst kritische Distanz gegenüber dem Unternehmertum.

Im Weiteren müssen wir die überzogene Bürokratie für Gründer angehen. Nur nebenbei: Ein Start-up wie Hewlett-Packard – das Stichwort Garage soll an dieser Stelle genügen – wäre bei uns gar nicht möglich; der Arbeitsschutz hätte dies verhindert.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Lesen Sie auch einmal die EU-Richtlinie zur Arbeit an Bildschirmgeräten – so lautet der Titel. Da gibt es einen äußerst detaillierten technischen Anhang zu den Geräten, zur Arbeitsumgebung und zu der Mensch-Maschine-Schnittstelle.

(Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Die Entwicklung der Technik verlief deutlich schneller als die Entwicklung der Gesetze. Jetzt stellt diese Regelung für Unternehmen und Mitarbeiter nur noch eine unnötige bürokratische Belastung ohne jeden gesundheitlichen Nutzen dar. Sie sollte einfach abgeschafft werden; das wäre eine gute Idee.

(Beifall bei der AfD)

Betrachten wir die Regelungen zum Mindestlohngesetz – im Kern ein guter Gedanke, aber eben nur im Kern. Heute ist dies ein einziges bürokratisches Monstrum. Minutengenaue Aufzeichnungen der Arbeitszeiten sind erforderlich, Haftung für Subunternehmer mit der Folge unendlich vieler sogenannter Freistellungserklärungen – falls der eine oder andere weiß, was das ist. Zudem ist man sich als Unternehmer nie sicher – nie! –, ob das wirklich gerichtsfest ist. Das ist eine Zumutung für jedes kleine und mittlere Unternehmen; große können es sich leisten.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Rainer Balzer)

Wie soll ein Gründer, ein ehemaliger Student, da durchblicken? Wir brauchen einen besseren ordnungspolitischen Rahmen zur Erleichterung von Neugründungen. Unser Vorschlag: An jeder Hochschule – ich betone: an jeder – sollte ein Student jedweden Studienfachs – jedweden Studienfachs! – und jedweder Fachrichtung die Möglichkeit haben und diese auch nutzen müssen, einen Schein in Existenzgründung zu machen,

(Beifall bei der AfD)

und zwar auch und vor allem in den Fächern, für die Firmen Gründungen bisher eher untypisch sind. Sie wissen sicher, welche Fächer ich meine. Die besten Köpfe aus allen Studiengängen sollten animiert werden, ganz Neues zu schaffen, und zwar in einer eigenen Firma.

Natürlich brauchen Unternehmen – das ist das Nächste – Startkapital, und zwar normalerweise deutlich mehr, als es sich die Kollegen von der Sozialdemokratie einmal so angedacht haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum?)

20 000 € reichen vielleicht für eine hübsche, romantische Töpferstube, aber sicherlich nicht für ein Technologieunternehmen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wir wissen alle: Es gibt viele Förderprogramme auf verschiedenen Ebenen, Förderungen bei Krediten, bei Darlehen. Das Land Baden-Württemberg gibt 5 Millionen € für Risikokapital aus. Dieses Geld könnte man allerdings auch anteilig an die Hochschulen vergeben. Hierfür gibt es einen Fachausdruck: Subsidiarität. Die Hochschulen könnten vor Ort viel leichter entscheiden, welche Idee vielversprechend ist und ob auch der Kopf, der Erfinder, als Unternehmer geeignet ist. Denn – das sei Ihnen ins Stammbuch geschrieben – auch bei Innovationen gilt leider: Der Verkauf, der Umsatz ist zum Schluss entscheidend.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nein! Der Gewinn ist entscheidend! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Ohne Umsatz kein Gewinn!)

Eine Erfindung, die nicht marktfähig ist, ist leider nichts anderes als ein Hobby. Damit Fördergelder nicht verpulvert werden, sollten die Entscheider vor Ort auch ein Interesse am Erfolg haben – erstaunlich, dass Sie Gewinn und Umsatz unterscheiden können, aber durchaus erfreulich –,

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den Grünen)

sei es durch eine Pflichtbeteiligung oder durch einen Anteil am Unternehmen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wie können die Hochschulen das eingesetzte Kapital mit Gewinn zurückerhalten, um noch besser neue Gründungen zu unterstützen? Da gibt es schon Beispiele; man muss sie nicht neu erfinden. Gehen Sie nach Stanford in die USA, die Keimzelle des Silicon Valley. Intel, Apple und Google sind genau nach diesem Muster gegründet worden. Sicher haben Sie davon schon gehört.

Wenn wir diese Aufgaben angehen – in den Schulen Interesse schaffen, Ausbildung an der Hochschule und Zusammenbringen mit dem Kapital –, dann können wir möglicherweise, wenn es nicht zu spät ist, sicherstellen, dass die Produktionstechnik der Zukunft weiterhin aus Baden-Württemberg kommt.

Wir haben es vorhin gehört: In England sieht es wesentlich schlechter aus. Wenn man dort an der Ostküste unterwegs ist und die dortigen Arbeitslosenzahlen beachtet, weiß man, wovon ich rede.

Natürlich gilt auch: Nicht jeder junge Wissenschaftler ist zum Unternehmer geboren. Wir wollen auch für diejenigen, die sich mehr für Forschung interessieren oder in der Lehre bleiben wollen, attraktive Perspektiven schaffen. Derzeit verlassen über 100 000 junge Leute – Wissenschaftler, Ärzte und Techniker – unser Land. Dieses Problem muss angegangen werden. In den USA sind die Gehälter für Universitätsdozenten höher und feste Stellen – zumindest derzeit – leichter zu erhalten. Dies stärkt den Mittelbau. Zur Förderung junger Professoren muss ich nichts mehr sagen; Frau Kurtz hat es vorhin schon erläutert.

Wir möchten aber diejenigen Studienfächer stärken, die für die Wirtschaft in unserem Land wichtig sind: die Ingenieurwissenschaften und die technischen Berufe. Wir sind weit davon entfernt – nur keine Angst –, die Bedeutung der Geisteswissenschaften und der Kunst zu bestreiten. Doch einige gesellschaftliche Fragestellungen und Fächer erregen Skepsis, und es erhebt sich die Frage, ob wir es hier mit Wissenschaft zu tun haben oder mit einer Modeerscheinung für unterbeschäftigte, realitätsferne Intellektuelle.

Die Genderwissenschaften haben sich weit entwickelt. Es geht um Selbstverständnis und um Identitätsfindung im nachkolonialen Zeitalter. Denn dieses Zeitalter muss unsere Sichtweise natürlich verändern: „Postcolonial Studies“ und „Critical Whiteness“ heißen diese Studien, die mitunter auf das Unverständnis derjenigen Personen treffen,

(Lachen der Abg. Sabine Kurtz CDU)

die ihren Lebensunterhalt mit konkreter Arbeit verdienen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht könnte man auch mal „Postdemocratic Studies“ oder „Fake-News-Studies“ betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der SPD)

Dann braucht man nur noch Twitter und Facebook, und man kann dabei der Realität getrost aus dem Weg gehen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Leider sind es die Grünen gewesen, die diese merkwürdigen Treibhausgewächse gezüchtet haben.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Wir wollen diese Genderlehrstühle abschaffen, schließen.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

(Dr. Rainer Balzer)

Denn sie bringen keinerlei Mehrwert.

(Beifall bei der AfD)

Wenn jemand dies als Selbstfindungsaufgabe sonntagmittags betreiben will, soll er das gern tun. Aber es ist nicht Aufgabe des Steuerzahlers, dies zu finanzieren.

(Beifall bei der AfD – Bravo-Rufe von der AfD)

Die Gründer heute sind allerdings nicht nur Studenten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege!

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Zwei Sätze noch.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Zwei Sätze.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Aus den handwerklichen Ausbildungsberufen gehen sehr viele Unternehmensgründungen hervor, die sehr viele Arbeitsplätze schaffen. Wir sollten hier unterstützen. Meine Frage ist: Warum kostet eigentlich die Meisterausbildung Geld?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Dazu habe ich eine Frage an die SPD. Sie haben plakatiert: Gerechtigkeit.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Fünfter Satz!)

Wenn das Studium kostenlos ist, müsste es der Meisterbrief auch sein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sechster Satz! – Abg. Daniel Born SPD: Lesen Sie unser Programm!)

Dafür müssen wir uns einsetzen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Rivoir das Wort.

Abg. Martin Rivoir SPD: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte in der Tat, als ich am Montag den Titel der Aktuellen Debatte „Neue Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs und Gründer“ gelesen hatte, ein Déjà-vu-Erlebnis. Denn vor knapp zehn Monaten, nämlich genau am 10. November 2016, stand ich schon mal hier. Da war auch eine Aktuelle Debatte, ebenfalls beantragt von den Grünen, mit dem Titel „Studierst du noch oder gründest du schon? – Hochschulen als Quelle der Gründerkultur“.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: So wichtig ist das Thema!)

Irgendwie hat das Ganze hier so etwas von dem Motto „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Denn auch heute, meine Damen und Herren, werden wir vermutlich wieder – wie damals im November – viel Eigenlob der Wissenschaftsministerin zur neuen Gründerkultur an unseren baden-württembergischen Hochschulen hören. Ich weiß schon, was da kommt. Man

muss es wahrscheinlich nur im Protokoll der Sitzung vom November letzten Jahres nachlesen. Es wird wahrscheinlich um die Förderlinie Gründungskultur im Rahmen des „Fonds Erfolgreich Studieren in Baden-Württemberg“ gehen. Letztes Jahr wurden da 8 Millionen € für Projekte bewilligt. Das ist alles wunderbar.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut! Das freut uns!)

Aber, Frau Ministerin, wenn ich Sie im letzten Wissenschaftsausschuss richtig verstanden habe, sind diese 8 Millionen € Bundesmittel zur Qualitätssicherung vorgesehen, also eigentlich kein Landesgeld, sondern Bundesgeld. Frau Ministerin, auch hier schmücken Sie sich mit fremden Federn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sicherlich wird dann auch gleich das gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten im vergangenen Jahr feierlich eröffnete Cyber Valley wieder umfangreich Erwähnung in den Ausführungen finden. Sie werden wahrscheinlich zum Programm „Junge Innovatoren“ sprechen. Auch das können wir alles im Protokoll vom letzten Jahr nachlesen.

Dass Sie mich nicht falsch verstehen: Das alles hat seine Richtigkeit, ist gut und vernünftig und wird auch von uns außerordentlich begrüßt. Wir müssen aber in diesem Zusammenhang betonen, dass es auch darum geht, diese Förderkultur an unseren Hochschulen zu einer Daueraufgabe zu machen. Wir haben im Moment nur eine aktuelle Projektförderung, die zeitlich befristet ist. Diese Projektförderung bedarf der Überleitung in eine Dauerförderung. Das hat auch etwas mit den langfristigen Perspektiven für das Personal im Mittelbau zu tun und mit Professuren, die wir dann dort brauchen, z. B. im Fachgebiet „Existenzgründung und Unternehmertum“. Auch dort müssen wir neue Schwerpunkte setzen.

Also, meine Damen und Herren, das ist alles schön und gut an dieser Stelle.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Perfekt!)

Warum eine Aktuelle Debatte? Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es wieder einmal der verzweifelte Versuch ist, positive Schlagzeilen für das MWK und die Ministerin zu produzieren.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Noch mehr positive Nachrichten!)

Anscheinend ist die Gründerkultur in Baden-Württemberg das einzige vorzeigbare Projekt, über das hier im Landtag von Baden-Württemberg diskutiert werden kann, sonst hätten Sie es ja nicht schon wieder innerhalb von wenigen Monaten hier auf die Tagesordnung gesetzt.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie finden es also nicht wichtig!)

Das Thema wird offensichtlich als Gegenpol zu den negativen Schlagzeilen, die das MWK die ganze Zeit produziert, gesehen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

(Martin Rivoir)

Was haben wir denn an Schlagzeilen, meine Damen und Herren? Die jüngste Sitzung des Untersuchungsausschusses zu der nicht rechtmäßigen Zulagengewährung in Ludwigsburg hat wieder gezeigt, wie sehr Ihr Haus, Frau Ministerin, die Thematik Leistungszulagen im Frühjahr 2012 unterschätzt hat. Diese Sitzung hat auch gezeigt,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie waren doch gar nicht dabei!)

dass ein ehemaliger Rektor einer baden-württembergischen Verwaltungshochschule Rechtsetzung und Rechtsprechung selbst übernehmen konnte, ohne dass das Ministerium nach Kenntnis dieser Vorgänge unmittelbar – wie es notwendig gewesen wäre – ein eigenes Verfahren gegen den Altrektor eingeleitet hat.

Diese Sitzung hat eben gezeigt, wie wichtig und richtig es ist, die Aufarbeitung in einem eigenen Untersuchungsausschuss, so, wie er von uns beantragt worden ist, stattfinden zu lassen.

Die ganze Zulagengeschichte, auch in Konstanz, trägt im Moment wirklich nicht zu einem Imagegewinn der baden-württembergischen Hochschulen und des MWK bei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Miesmacherei auch nicht!)

Es kommt doch eines nach dem anderen. Die gestern bekannt gewordenen neuen Vorkommnisse an der Verwaltungshochschule Ludwigsburg verursachen eben weitere negative Schlagzeilen.

Aber damit ist nicht das Ende erreicht. Auch das Thema „Studiengebühren für internationale Studierende“ poppt immer wieder hoch. Die meisten Hochschulen im Land werden wohl in diesem und auch im kommenden Semester sozial schwache oder besonders begabte internationale Studierende eben nicht von den Studiengebühren befreien können. Warum? Schlichtweg deswegen, weil Ihr Haus, das MWK, wie wir hören, erst Ende Juli dieses Jahres die Handreichung zum Verfassen einer entsprechenden Satzung an die Hochschulen gegeben hat. Das war für die meisten Hochschulen schon zu spät, um die Satzung zu entwerfen und dann durch die Gremien zu bekommen.

Meine Damen und Herren, das bedeutet bei genauer Hinsicht, dass das Instrument, mit dem Sie angeblich die Sozialverträglichkeit der aus unserer Sicht unsozialen und diskriminierenden Studiengebühren erreichen wollen, aufgrund von Verzögerungen im MWK nicht angewendet werden kann. Das ist der eigentliche Skandal in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist der Beweis, dass dieses Gesetz mit heißer Nadel gestrickt und nicht sauber durchgearbeitet worden ist.

Jetzt liegt uns der Entwurf zum neuen LHG vor. Bereits seit Sommer rumort es, denn Sie planen, den Verfassten Studiendenschaften das politische Mandat zu entziehen –

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das macht doch keinen Sinn! Das wissen Sie genauso!)

eine Forderung der CDU; die Grünen laufen hinterher und machen das.

Ein anderes Thema im LHG, das für Unruhe sorgt, ist die neu zu etablierende Urabwahl der Rektoren. Gemeinsam mit den Rektoren und Präsidenten unserer Hochschulen, meine Damen und Herren, sehen wir darin eine große Gefahr. Die Zahl der Abwahlversuche in Baden-Württemberg wird, vermute ich einmal, stark ansteigen. Die Hürde, dass 10 % aller Professorinnen und Professoren einer Hochschule reichen, um ein entsprechendes Verfahren einzuleiten, erscheint uns viel zu niedrig.

Die Liste der negativen Schlagzeilen, Kolleginnen und Kollegen – Ludwigsburg, Konstanz, Studiengebühren, LHG –, lässt sich fast beliebig fortsetzen. Es ist ein einziger Steinbruch von unfertigen Projekten, den Sie, Frau Ministerin, bzw. Ihr Haus schlampig, überhastet und auch planlos angegangen sind.

(Lachen des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Die heutige Debatte, meine Damen und Herren, bringt die Hochschulen in unserem Land keinen Schritt weiter. Sie zeigt aber vor allem eines: Sie, Frau Ministerin, sind gut darin, sich mit fremden Federn zu schmücken. Unschöne Geschichten versuchen Sie schnell unter den Teppich zu kehren, und wenn es um handwerklich solide Arbeit geht, dann knirscht es bei Ihnen gewaltig im Gebälk.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion hat Kollege Weinmann das Wort.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es drängt sich erst beim dritten oder vierten Blick auf, warum in Anbetracht vieler brisanter landes-, bundes- und geopolitischer Themen die Grünen sich für ein Thema entschieden haben, das seine Aktualität durch die Vorstellung eines Gesetzentwurfs erfährt, der in den nächsten Wochen in der Anhörung und im parlamentarischen Verfahren noch in geradezu epischer Breite diskutiert werden wird.

Bei genauem Hinsehen erklärt sich dies dadurch, dass mit der Vielzahl der auf den ersten Blick interessanten und durchaus diskussionswürdigen Änderungen, auf die heute im Rahmen der Aktuellen Debatte das Augenmerk gelenkt werden soll, der eigentliche Aufgabenkern der Novelle überlagert werden soll. Denn das Ziel, in Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs vom 14. November 2016 die Wissenschaftsfreiheit in der Hochschulleitung deutlicher abzubilden, die Hochschulleitung zu stärken, wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geradezu konterkariert.

Einerseits führt die Regelung, wonach bereits 10 % der Professorenschaft ein Abwahlverfahren gegen jedes Rektoratsmitglied einleiten können, dazu, dass gerade mutige und innovative Wege nicht mehr beschritten werden. Vielmehr wird hier ohne Not eine Streitkultur gefördert, die dazu führen wird, dass sich die Hochschulen mit sich selbst beschäftigen, statt sich inhaltlichen und strukturellen Aufgaben zuzuwenden.

(Nico Weinmann)

Die Entziehung der Stimmrechte und die damit einhergehende Entmachtung von Prorektoren und Dekanen werden zudem dazu führen, dass das Interesse von Wirtschaft und Verbänden, sich im Hochschulrat zu engagieren, abnehmen und insoweit die gewünschte Verzahnung von Wissenschaft und Praxis gefährdet wird. Hierüber und noch zu weiteren Punkten zu der Novelle werden wir jedoch im Rahmen der Anhörung und des weiteren parlamentarischen Verfahrens noch hinreichend reden.

Gleichwohl ist der Gesetzentwurf in Bezug auf die die Kernaufgabe begleitenden Änderungen – ich sagte es bereits – interessant und diskussionswürdig, wenngleich auch hier einige Schwächen erkennbar sind.

Wir sind uns einig: Die Hochschulen zu stärken muss im Sinne aller Akteure sein. Hochschulen sind Grundlage für Innovation, Wirtschaftswachstum, Zukunft. Dafür brauchen die Hochschulen Freiraum, Unabhängigkeit, wissenschaftsfreundliche und forschungsaktivierende Rahmenbedingungen, auch im Sinne einer zuverlässigen Finanzierung.

Lassen Sie mich ganz kurz auf wenige – auch heute schon angesprochene – Punkte eingehen. Mit dem Thema „Gründer an Hochschulen“ greift das MWK nun die Möglichkeit auf, die Hochschulen bei sogenannten wissenschaftsgeleiteten Existenzgründungen zu unterstützen. Vorgesehen ist, Mitglieder der Hochschulen oder Absolventen durch Mitnutzungsmöglichkeiten vorhandener Hochschulressourcen zu unterstützen. Damit sind in erster Linie der Zugang zu Bibliotheken, Laboren und Räumen sowie die Bereitstellung von IT-Infrastruktur gemeint. Der Charme dieser Idee liegt darin, dass sie praktisch ohne zusätzliche Kosten, also kostenneutral für den Landeshaushalt darstellbar ist. Das ist innovativ – aber ein großer Wurf sieht anders aus.

Sinnvoll wären beispielsweise flankierend, wie von uns bei den letzten Haushaltsberatungen beantragt, eine Aufstockung des Förderprogramms „Junge Innovatoren“ oder eine Novellierung, eine Anpassung an die veränderten Gegebenheiten bei Innovationsgutscheinen, die kleine und mittlere Unternehmen bei gemeinsamen Forschungsprojekten mit den Hochschulen einlösen können.

Die Einrichtung einer eigenständigen Tenure-Track-Professur im Gesetzentwurf begrüßen wir hingegen ausdrücklich.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist ein klares Lob!)

Das MWK erkennt, dass sich der Weg von der Promotion zur Professur in den letzten Jahren stark verändert hat. Wir erachten den Ausbau des Tenure-Track-Verfahrens als geboten; denn anders als die Juniorprofessur ohne Tenure-Track bietet es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine größere Planungssicherheit für die Laufbahn, ohne jedoch die Leistungsanreize zu streichen.

Die hiesigen landesgesetzlichen Regelungen zum Tenure-Track bleiben jedoch ein zahnloser Tiger, solange die Aufgabenstellung nicht entsprechend finanziell untermauert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Die 65 neuen Tenure-Track-Professuren aus dem Bund-Länder-Programm sind natürlich sehr erfreulich, stellen gleichwohl

aber nur das Abbild des Königsteiner Schlüssels dar. Einen eigenen Impuls des Landes vermissen wir hingegen.

Als positiv erachten wir auch die Mitsprache des wissenschaftlichen Nachwuchses durch Schaffung einer eigenen Vertretung der Doktoranden innerhalb der Hochschulgremien. Dies ist grundsätzlich eine vernünftige Idee, da die Doktoranden bisher entweder zur Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter oder zu den Studierenden gezählt haben, beide Gruppen aber eine ganz andere Interessenlage haben als die Doktoranden.

Unabhängig von der Einbindung der Doktoranden in den Senat hätten wir uns aber auch einen mutigeren Schritt hin zu einem Promotionsrecht an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften gewünscht. Im Kern geht es um die Qualitätssicherung, die derzeit vornehmlich durch Kooperationsprojekte zwischen den Hochschularten als gewährleistet angesehen wird. Die FDP/DVP-Fraktion hat sich bereits in der letzten Legislaturperiode für das „Baden-Württemberg Center of Applied Sciences“ starkgemacht, in dem die Spitzen der angewandten Forschung zusammengeführt werden. Hier sehen wir das Potenzial für einen HAW-Verbund mit Promotionsrecht, der eine starke qualitätssichernde Instanz darstellen würde.

Von dieser Idealvorstellung, Frau Ministerin, ist der vorliegende Gesetzentwurf weit entfernt. Der Gesetzentwurf sieht eine Assoziierungsmöglichkeit für HAW-Professoren an die Universitäten vor, deren Ausgestaltung den jeweiligen Universitäten überlassen bleibt. Mit diesem Vorschlag bleibt das MWK sogar hinter der Weiterentwicklungsklausel in § 76 Absatz 2 des Landeshochschulgesetzes zurück. Denn wenn die Ausgestaltung der neuen Assoziierung allein den Universitäten überantwortet wird, steht zu befürchten, dass diese neue Möglichkeit eher eine theoretische Größe bleiben wird. Sie, sehr verehrte Ministerin, haben selbst in einem Interview gegenüber der „Südwest Presse“ eingeräumt, dass es eine – ich zitiere – „nicht sehr stark entwickelte kooperative Kultur zwischen Universitäten und den HAWs“ gibt und es unstrittig mehr Zusammenarbeit geben muss. Am Königsrecht der Universitäten möchten Sie dennoch nicht rütteln.

Andere Länder, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigen sich hier durchaus aufgeschlossen. Schauen Sie nach Hessen. Schwarz-Grün hat sich dort vom Promotionsprivileg der Universitäten verabschiedet – der dortige CDU-Minister Rhein hält dieses für nicht mehr zeitgemäß –, und so konnte die FH Fulda bereits im Oktober 2016 das erste Promotionszentrum eröffnen.

Natürlich gäbe und gibt es zahlreiche weitere Punkte, wie unsere bereits guten und starken Hochschulen zukunftsfähig gemacht werden können. Mit Blick auf die Innovationskraft unseres Landes und den internationalen Wettbewerb um die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind exzellente Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und Entwicklungsperspektiven im deutschen Wissenschaftssystem essenziell.

Die an sich guten Perspektiven dürfen daher nicht durch demotivierende Gesetzesänderungen gefährdet werden.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Schöne und Faszinierende an der Wissenschaft ist, dass sie immer wieder solche Momente hervorbringt, in denen etwas völlig Unerwartetes und völlig Überraschendes passiert. Da werden Experimente gemacht, und auf einmal kommt eine Erkenntnis oder Einsicht heraus, mit der vorher niemand gerechnet hat – ganz anders, als man an das Thema herangegangen ist.

Solche spannenden Entwicklungen, solche spannenden Momente sind z. B. bei der Entdeckung des Penicillins oder der Röntgenstrahlen passiert. Solche Momente können auch bei Reden passieren, Herr Kollege Rivoir. Die sind manchmal überraschend anders, als man gedacht hat.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das hoffe ich doch!)

Deswegen lohnt es sich, heute genau hinzuhören – nicht, dass Sie noch einmal einen falschen Bezugspunkt für Ihre eigene Rede wählen. Ich glaube, Sie erfahren heute ein bisschen was Neues.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Endlich!)

Mir ging es selbst so – das möchte ich gern zugeben –, als im vorletzten Jahr das Urteil durch den baden-württembergischen Verfassungsgerichtshof erlassen wurde, der uns aufgetragen hat, in Baden-Württemberg das Landeshochschulgesetz anzupassen und dabei das Thema Wissenschaftsfreiheit in der Hochschulgovernance deutlicher abzubilden. Das war für mich eine unerwartete Aufgabenstellung.

Bei der näheren Befassung mit der Aufgabe habe ich aber schnell gemerkt: Das ist eine gute und willkommene Chance, und es bereitet mir Freude, mit der Novelle des Gesetzes der Wissenschaftsfreiheit im 21. Jahrhundert Gestalt zu geben. Ich bin überzeugt, dass wir mit dem, was wir in diesen Tagen freigegeben haben, genau das zeigen. Es geht uns darum – mit dieser Handschrift, diesem Duktus haben wir das Gesetz erarbeitet –: Wir wollen eine starke, dynamische und selbstbewusste Wissenschaft in unserem Land. Wir wollen, dass diese starke, dynamische und selbstbewusste Wissenschaft über sich selbst hinaus in die Gesellschaft hinein strahlt, Impulse setzt, unser Land robust macht und für eine Welt im Wandel gut aufstellt ist.

Lassen Sie mich deswegen heute noch einmal ein paar Grundgedanken erläutern, bevor wir in die Details gehen; dazu werden wir später viel Gelegenheit haben.

Das Thema „Starke Wissenschaft“: Es geht uns um starke Wissenschaft, und zwar in einem doppelten Sinn. Wissenschaft lebt von der Stärke, von dem Selbstbewusstsein und dem Mut der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst, der Individuen, die sich dem Thema widmen, und sie lebt auch davon, dass die Institutionen als Ganzes selbstbewusst, eigenständig und stark agieren können.

Wir brauchen also beides: das starke Individuum, das Wissenschaftsfreiheit leben kann, und die Institution, die frei von Abhängigkeiten und staatlichen Übergriffen entscheiden kann,

wie sie agiert. Wissenschaftsfreiheit steht also auf zwei Beinen. In diesem Geist haben wir die Hochschulgesetznovelle gemacht.

Den Kollegen aus der AfD möchte ich bei dieser Gelegenheit einmal sagen: Setzen Sie sich an diesem Punkt einmal mit der Verfassung – egal, ob Landesverfassung oder Grundgesetz – auseinander. Da stehen ein paar gute Sätze zum Thema Wissenschaftsfreiheit drin. Es geht z. B. gar nicht, wenn Politiker, Abgeordnete daherkommen und sagen, welchen Lehrstuhl sie gern streichen würden, wenn sie an der Macht wären.

(Abg. Anton Baron AfD: Das erzählen Sie immer! – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Das widerspricht glatt der Verfassung, sowohl der Landesverfassung als auch der Bundesverfassung. Da würde ich Ihnen raten: Ein bisschen mehr Verfassungstreue steht Ihnen gut an, wenn Sie hier im Parlament sind.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Stefan Räßle AfD: So ein Blödsinn! Wo steht Gender in der Verfassung?)

Wir haben uns beim Thema Wissenschaftsfreiheit entschieden, diesen Doppelschritt zu machen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Klos?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich würde gern am Ende die Gelegenheit dazu geben, aber jetzt nicht.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Also keine Zwischenfrage. Dann fahren Sie fort, und wir lassen wieder Ruhe einkehren.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Genau. – Also: Wir machen den Doppelschritt. Die individuelle Freiheit des Wissenschaftlers stärken wir, aber wir stärken auch die institutionelle Freiheit. Deswegen war es mir ein ganz großes Anliegen, dass wir die Kompetenz der Rektorate nicht schwächen. Wir brauchen starke, handlungsfähige, selbstbewusste Rektorate. Das Urteil hat uns dabei zwei Alternativen vorgegeben: Entweder wir verlagern Kompetenzen der Rektorate in die Senate und schwächen damit die Rektorate, oder wir schaffen für den Fall einer tiefen Vertrauenskrise die Möglichkeit, dass die Professorenschaft eigenständig hauptamtliche Rektorsratsmitglieder abwählen kann.

Wir haben uns für den zweiten Weg entschieden. Wir haben eine ordentliche Hürde eingebaut und uns dafür entschieden, keine Kompetenz zu verlagern – raus aus den Rektoraten und hinein in die Senate –, weil wir dies für nicht zukunftstauglich halten. Wir brauchen auch in der Zukunft starke, strategische- und handlungsfähige Rektorate. Genau so ist das neue Hochschulgesetz gestrickt.

Zum Thema „Kompetenz verlagern“ nur eine Seitenbemerkung an den Kollegen Rivoir: Wir haben auch den Studierenden in Verfassten Studierendenschaften keine – ich unterstreiche: keine – Kompetenz weggenommen. Im Hochschulgesetz

(Ministerin Theresia Bauer)

ist eine Liste von Kompetenzen und Zuständigkeiten aufgeführt, die sie haben. Und keine dieser Kompetenzen ist ihnen genommen worden. Es ist ein Halbsatz gestrichen worden, wodurch präzisiert – –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Hat für Aufregung gesorgt!)

– Hat für Aufregung gesorgt. Es haben auch welche geholfen, dass die Aufregung wächst. Aber schauen Sie sich einfach den Gesetzestext an. Keine Kompetenz ist weg. Stattdessen fehlt ein Halbsatz, der dazu geführt hat, dass manche in der Vergangenheit leider gedacht haben, sie könnten mit dem Geld der Verfassten Studierendenschaften zu Demonstrationen fahren und mobilisieren. Das geht nicht; das ging auch schon damals nicht.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Dies haben wir auch schon in früheren Debatten klargestellt. Wie gesagt: Nicht eine einzige Kompetenz, die sie hatten, haben sie in dieser Legislaturperiode weniger. Deswegen kann man die Aufregung gern einstellen und den Studierenden helfen, das Mandat der Verfassten Studierendenschaften auch in Zukunft selbstbewusst anzunehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Zum Thema Gründen ist ganz zu Recht festgestellt worden: Das Gründerthema, die Frage, welchen Nährboden, welchen Spirit, welchen Geist es in unserem Land gibt, um neue Wege zu beschreiten, verbindet unsere Landesregierung. Wir arbeiten miteinander an den Fragen, wie wir dies befeuern können, unterstützen können. Ich verweise auch darauf: Die Kollegin Wirtschaftsministerin hat auch da sehr schöne und ambitionierte neue Initiativen entfaltet. Aber auch im Wissenschaftsministerium haben wir einiges auf den Weg gebracht. Es ist von meinen Vorrednern freundlicherweise schon darauf verwiesen worden, was wir gemacht haben.

Neu hinzu kommt jetzt mit dem neuen Hochschulgesetz die Möglichkeit für Absolventen unserer Hochschulen, ob als Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter, Doktoranden – wie auch immer –, bis zu drei Jahre auf Infrastruktur und Labors, Räumlichkeiten zurückzugreifen. Alle, die ihre Tätigkeit an der Hochschule eigentlich abgeschlossen haben, können nun für den Fall einer Gründung, die sie aus ihrer Phase an der Hochschule heraus auf den Weg bringen wollen, in der Hochschule verbleiben und können durch die Infrastruktur der Hochschule unterstützt werden, den Schritt in die Selbstständigkeit zu gehen. Das ist neu, das ist gut, das wird gebraucht, und es ist im Gespräch mit denen entstanden, die genau diese Prozesse schon durchgemacht haben und die uns sehr genau erläutern konnten, an welcher Stelle Unterstützung Sinn macht. Genau so gehen wir dies jetzt an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein dritter Aspekt, der mir wichtig ist, wenn wir über selbstbewusste Wissenschaft reden: Wir reden da im Wesentlichen über Menschen, nicht nur über Strukturen und Gebäude. Wir reden über Menschen, die sich etwas zutrauen müssen, die mutige Wege gehen müssen und die manchmal auch gegen den Mainstream angehen müssen und Dinge beforschen, die dann schwer aussprechbar sind, die man in der Öffentlichkeit

nicht versteht, z. B. Gender oder Postkolonialismus. Es können auch einmal neue Generationen von Mikroskopie sein oder was auch immer. Häufig sind die Forscher, die mutig sind, auf einem Weg, der angefeindet und nicht verstanden wird.

Wir wollen diese Wege und diese Freiräume schaffen, und wir wollen sie schützen. Deswegen wollen wir insbesondere die junge Generation der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen stärken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir machen das – hören Sie genau zu – konkret mit zwei neuen Schritten. Erstens: Die Tenure-Track-Professur – dieses Thema ist hier schon angesprochen worden – ist eine Verbesserung der alten Juniorprofessur, weil junge Leute früher in eine selbstständige und eigenverantwortliche Position berufen werden. Früher lag das durchschnittliche Berufungsalter in Deutschland bei über 40 Jahren. Vorher ging man durch den Schlauch und wusste nicht, ob man bleibt oder ob es einen auf dem Weg in eine Lebenszeitprofessur „rupft“. Wir machen den Zeitpunkt der Berufung früher, geben den jungen Leuten die Möglichkeit, eigenständig zu forschen und zu lehren, ihre Themen selbst zu suchen, ob sie verstanden werden oder nicht. Und wenn sie sich in der Qualität bewährt haben, bekommen sie eine Lebenszeitprofessur. Das ist die neue Qualität, die wir im Gesetz jetzt herstellen.

Übrigens: Den Vorläufer dieser Tenure-Track-Professur haben wir mit dem letzten Hochschulgesetz als erstes Land auf den Weg gebracht. Jetzt konturieren wir einfach ein bisschen genauer.

(Vereinzelte Beifall)

Nun zu dem guten Abschneiden beim Tenure-Track-Professuren-Programm von Bund und Ländern. Lassen Sie uns nicht unter den Scheffel stellen, dass dies immer gemeinsame Aktivitäten von Bund und Ländern sind, kofinanziert von den Ländern. Auch die neuen Tenure-Track-Professuren, die wir jetzt eingeworben haben, werden in der Anfangszeit vom Bund finanziert und danach von uns. Das Land finanziert sie wesentlich länger. Tragen Sie also bitte nicht dazu bei, das Licht des Landes, wenn es um den Anteil der Länder geht, unter den Scheffel zu stellen. Wir haben jeweils einen Anteil an diesem Programm – aus gutem Grund.

Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, bei dem alle Universitäten, die einen Antrag gestellt haben, ihren Antrag auch durchgebracht haben. Von 34 Universitäten, die in dieser ersten Bewilligungsrunde durchgekommen sind, sind sieben aus Baden-Württemberg. Alle Universitäten aus Baden-Württemberg, die sich beworben hatten, haben es geschafft. Der Grund ist nicht der schöne Einzelantrag, sondern der Grund ist, dass es gelungen ist, Personalentwicklungskonzepte vorzulegen. Die Universität übernimmt also Verantwortung für das gesamte Thema Personalentwicklung und für eine Verbesserung der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses. Wegen dieser Personalentwicklungskonzepte haben unsere Universitäten dann im Einzelnen so gut abgeschnitten. Lassen Sie uns bitte diesen Erfolg aus Baden-Württemberg nicht kleinreden, sondern geben Sie unseren Universitäten einen

(Ministerin Theresia Bauer)

starken Applaus für diese Leistung, die kein anderes Bundesland so hinbekommen hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zurufe von der AfD)

Das Gesetz hat eine zweite neue Qualität, bei der es um die junge Generation geht: In Kontinuität zu der Stärkung der Doktoranden und Doktorandinnen in der letzten Legislaturperiode haben wir uns jetzt dazu entschlossen, dass wir diese Gruppe, die einen enormen Aufwand betreibt und große Verantwortung für die Forschungserfolge unserer Universitäten trägt und auch den ersten Schritt in eine selbstständige wissenschaftliche Tätigkeit in der Phase der Promotion macht, sichtbarer machen wollen. Wir wollen ihnen mehr Gewicht in der Hochschule geben und für bessere Möglichkeiten sorgen, zu intervenieren und mitzureden, wenn es um die Zukunft der Hochschulen geht.

Wir sind bundesweit das erste und bislang einzige Land, das einen Status für die Gruppe der Doktoranden einführt. Kein anderes Land hat bislang diesen Schritt gemacht. Wir wollen die Stimme der Doktoranden hören, wir wollen sie sehen, aber wir wollen nicht, dass sie sich wie bisher zerreiben zwischen der Zugehörigkeit zur Gruppe der Studierenden und der des wissenschaftlichen Mittelbaus. Wir wollen ihre eigene Perspektive vernehmen und ihnen deswegen Gewicht verleihen. Wir sind bundesweit die Ersten, und ich bin mir sicher, andere werden sich den Weg anschauen und ihm folgen. Mit dieser Stärkung der jungen Wissenschaft stärken wir auch die neuen Perspektiven, den nicht verbrauchten Blick auf das, was in Forschung und Lehre nötig ist, und wir werden eine andere Diskussionskultur und andere Sichtweisen in den Hochschulen etablieren.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die neuen Gedanken, die wir mit der anstehenden Hochschulgesetznovelle auf den Weg bringen. Ich glaube, sie passen gut in die Zeit, sie stärken unseren Hochschulen den Rücken und werden daher von unseren Hochschulen aktiv und in Gänze begrüßt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort dem Kollegen Salomon.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will noch kurz etwas sagen. Mir bleibt leider nicht ganz so viel Zeit, etwas anzufügen.

Der Kollege Rivoir hat gesagt, er wisse schon alles, was in der Debatte drankommt, das Thema war vor ein paar Monaten schon einmal hier im Landtag.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Aber ich unterstreiche noch einmal – das zeigt auch die Digitalisierungsdebatte, die wir heute Morgen geführt haben –: Wir brauchen starke Hochschulen, die unser Land zukunftsfit machen, die in den wesentlichen Fragen, die das Land beschäftigen – das wurde auch schon erwähnt: in der Produktion, in der Digitalisierung –, die Wirtschaft vorantreiben und

Innovationen befördern. Daher ist es wichtig, dass wir die Debatte führen über unsere Hochschulen, über die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und vor allem auch über die Gründerinnen und Gründer in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen)

An dieser Stelle auch ein Dank an meine Kollegin Stefanie Seemann, denn sie hat das Debattenthema genau getroffen.

Wir haben das Thema der Debatte bewusst so gewählt und hier keine Diskussion über das Gesetz aufgemacht, Herr Weinmann. Natürlich kommt das noch, aber es ist doch wirklich wichtig, über diese Themen zu sprechen – auch nach der Bundestagswahl und nach einem Bundestagswahlkampf, in dem das Thema Wissenschaft von den beiden großen Parteien zu unserem großen Bedauern nicht behandelt wurde. Auch in den Debatten kam das Thema nicht vor. Das Thema ist für unser Land wichtig. Deswegen ist es an dieser Stelle richtig.

Einen Satz möchte ich noch loswerden – auch wenn ich es eigentlich nicht gern mache –, in diesem Fall zu Herrn Balzer. Vielleicht sollten Sie Ihren Kommentar zu dem Thema „Frauen und Miele“ noch mal zurechtrücken. Denn es hat mich sehr stark an den „Hexenhammer“ erinnert,

(Beifall des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

den Herr Podeswa in diesem Parlament schon angesprochen hat. Und das geht meines Erachtens überhaupt nicht; das ist nicht demokratisch und entspricht nicht der Würde dieses Hauses.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich der Kollegin Kurtz das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Es scheint ja bei dieser Debatte doch ein bisschen darum zu gehen, die Änderung des Landeshochschulgesetzes hier schon einmal vorab zu diskutieren. Auch das Thema „Verfasste Studierendenschaft“ ist eben angesprochen worden. Die Ministerin betont ja immer: „Da ändert sich nichts.“ Zu Recht verweist sie auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 1979; es hat ausdrücklich gesagt, dass die Verfasste Studierendenschaft kein allgemeinpolitisches Mandat hat. Und genau dies haben wir jetzt noch einmal präzisiert.

Das Gesetz von Grün-Rot war halt schlecht gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Was war überhaupt gut gemacht?)

Ich weiß nicht, warum Sie so subtil dieses allgemeinpolitische Mandat doch wieder hineinschreiben mussten, sodass es Missverständnisse gab und man junge Leute auch auf falsche Fährten gesetzt hat.

Insofern bin ich sehr dankbar, dass wir uns jetzt darauf einigen konnten, diesen Begriff des allgemeinpolitischen Mandats aus dem Gesetz herauszunehmen und hier noch einmal ganz deutlich zu machen: Wir schätzen das Engagement von Studierenden an den Hochschulen, wenn sie sich für die eige-

(Sabine Kurtz)

nen Belange einsetzen, ganz im Sinne von: „Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ Aber Missbrauch soll nicht mehr möglich sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Rivoir.

Abg. Martin Rivoir SPD: Herr Salomon, es ist völlig richtig, dass wir hier über das Thema „Gründung und Hochschulen“ reden; ich habe das ja in meinen Ausführungen auch dargestellt. Alles ist gut.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Okay, gut!)

Bloß: Weder die Ministerin noch Frau Seemann haben über dieses Thema gesprochen. In der Schule würde das eigentlich heißen: „Setzen, Sechs!“ – schlichtweg Thema verfehlt. Wir hätten dann auch eine andere Aktuelle Debatte, eine zum Landeshochschulgesetz, führen können; überhaupt kein Problem.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das Thema, das hier angesagt war, war falsch gesetzt. Ich behaupte nach wie vor und bleibe dabei: Es ist nur gesetzt worden, um von Missständen im MWK und von Fehlentscheidungen der Ministerin abzulenken. Darum ging es hier heute früh.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, inzwischen hat eine Delegation mit Parlamentariern aus Serbien unter der Leitung von Frau Professorin Dr. Aleksandra Tomic auf der Besuchertribüne Platz genommen. Frau Tomic ist Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Budget sowie Präsidentin des Forums für die Energiestrategie Serbiens. Die serbischen Gäste interessieren sich insbesondere für die Energie- und Umweltpolitik unseres Landes. Die Delegation wird begleitet von Herrn Bozidar Vucurovic, dem Generalkonsul der Republik Serbien in Stuttgart.

Im Anschluss an diese Plenarsitzung findet ein Treffen mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Europa und Internationales, Herrn Kollegen Willi Stächele, und weiteren Mitgliedern des Ausschusses statt. Morgen diskutieren die Gäste mit Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft unter der Leitung von Frau Vorsitzender Gabi Rolland. Darüber hinaus steht neben Gesprächen im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft auch die Besichtigung des Bioenergiedorfs Pfalzgrafenweiler auf dem Programm.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Tomic, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des serbischen Parlaments, sehr geehrter Herr Generalkonsul, ich heiße Sie in der Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg herzlich willkommen und

wünsche Ihnen weiterhin einen informativen und erfolgreichen Aufenthalt in unserem Land. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und dessen Vollzugsverordnung – Drucksache 16/2333

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/2597

Berichtersteller: Abg. Daniel Born

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache darf ich dem Kollegen Walter das Wort für die Fraktion GRÜNE erteilen.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schulen in freier Trägerschaft leisten hervorragende Arbeit. Viele Reformen, die später im öffentlichen Bildungssystem umgesetzt wurden, gingen aus Initiativen und Leistungen der Schulen in freier Trägerschaft hervor. Das ist ein Grund, warum die Schulen in freier Trägerschaft eine sehr hohe Wertschätzung bei der Landesregierung genießen. Wir sind deshalb froh und stolz, dass nun endlich nach vielen Jahren der Diskussion eine Anhebung der Kopfsatzzuschüsse nach dem Bruttokostenmodell auf 80 % festgesetzt werden kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wie schon in der ersten Lesung gesagt wurde, ist dies wirklich ein Meilenstein in der Geschichte des Bildungswesens in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, dieses Modell ist kein Almosen eines barmherzigen Staates, sondern, wie schon gesagt, die verdiente Anerkennung für die geleistete Arbeit.

Die Schulen in freier Trägerschaft schaffen mehr Pluralität im Bildungswesen. Sie sind Ausdruck einer aktiven Zivilgesellschaft. Wie wir wissen, engagieren sich viele Eltern nicht nur finanziell, sondern verbringen auch viel Zeit damit, die Schulen ihrer Kinder zu einem Ort des Gemeinsinns und des Gemeinwohls zu machen.

Ich habe schon bei der ersten Lesung darauf hingewiesen – ich möchte die Zahl trotzdem noch einmal nennen, weil sie so beeindruckend ist –, dass in meinem Wahlkreis beim Neubau der Grundschule der Waldorfschule die Eltern 9 000 Stunden ehrenamtliche Arbeit geleistet haben. Dass man solche Bürgerinnen und Bürger hat, ist schon etwas, worauf auch die Regierung stolz sein kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

(Jürgen Walter)

Der vorliegende Gesetzentwurf gibt den Schulen eine verlässliche Perspektive für die Zukunft. Es war ein langer Kampf. Die Schulen in freier Trägerschaft mussten lange darum kämpfen. Lange Zeit ging es nur in kleinen Schritten voran. Aber schon unter Grün-Rot wurden die Siebenmeilenstiefel angezogen. In diesen fünf Jahren wurden die Zuschüsse um 72 Millionen € erhöht. Auch in der laufenden Legislaturperiode, meine Damen und Herren, wird die Grundförderung um mehr als 15 Millionen € erhöht.

Nur so war es möglich, dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs gerecht zu werden. Zur Erinnerung: In dem Urteil wurde gefordert, dass der Gesetzgeber dafür Sorge zu tragen hat, dass sowohl der Unterricht als auch die Lernmittel unter Berücksichtigung einer zumutbaren, sozial verträglichen Eigenleistung unentgeltlich sein müssen. Diesen Auftrag, meine Damen und Herren, erfüllen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf.

Ein wichtiger Bestandteil – das möchte ich noch erwähnen – sind die Ausgleichszahlungen für nicht erhobenes Schulgeld. 90 % werden erstattet, sofern es sich nicht um Sonder- oder Profilleistungen handelt. Diese Regelung, meine Damen und Herren, kostet jährlich 50 Millionen €. Auch das zeigt die hohe Wertschätzung, die die Privatschulen bei der Landesregierung genießen.

Der Staatsgerichtshof hatte, wie schon erwähnt, eine sozial verträgliche Lösung bei den Eigenmitteln gefordert. Deswegen haben wir festgeschrieben, dass der monatliche Beitrag 160 € nicht übersteigen soll bzw. bei einem prozentualen Schulgeld, das am Einkommen ausgerichtet ist, 5 % des Einkommens nicht übersteigen soll.

Lassen Sie mich zum Schluss ein Wort zu den Schulen für Physiotherapeuten sagen. Mit dem von den Regierungsfraktionen vorgelegten Entschließungsantrag machen wir deutlich, dass wir eine Lösung des Problems innerhalb des vorliegenden Gesetzentwurfs wollen – möglichst schnell.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da sind wir aber voll beruhigt!)

Meine Damen und Herren, was wir nicht wollen – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Haußmann? – Kollege Haußmann, bitte.

(Abg. Raimund Haser CDU: War das ein Ja? – Heiterkeit)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Walter, ich habe mir den Entschließungsantrag aufmerksam durchgelesen. Frage: Wenn dabei, wie Sie ja auch vermuten, herauskommt, dass die Kopfsätze nicht ausreichend sind, wie es bisher ermittelt wurde – es liegt ja ein Gutachten der Sozialministerin der letzten Landesregierung vor, das dies auch bestätigt –, was ist denn dann die Schlussfolgerung aus dem Entschließungsantrag? Da fehlt mir noch ein wenig die Substanz. Sie können mir sicherlich erläutern, wie Sie mit einem Gutachten umgehen,

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Das bereits vorliegt!)

das bestätigt, dass die Kopfsätze für die Physiotherapieschulen höher sind.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Kollege Haußmann, prinzipiell ist man gut beraten, Zwischenfragen dann zu stellen, wenn der Redner zu dem, was man fragt, schon Stellung genommen hat, denn dann erledigt sich vielleicht die Zwischenfrage.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sie wollten ja schon zum Schluss kommen!)

Ich komme ja noch zu dem Antrag.

Zunächst komme ich zu dem Antrag von SPD und FDP/DVP. Sie wollen eine Kommission, wir wollen eine schnelle Lösung.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Die könnten wir jetzt schon treffen!)

Deswegen können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Es steht aber noch mehr in dem Antrag!)

Der Antrag besagt ja, dass wir gewissenhaft – – Herr Kollege Goll, jetzt ganz ruhig bleiben.

(Zuruf von der SPD: Gall!)

– Gall. Sorry.

(Zurufe von der SPD)

– Ihr seid doch alle keine Rookies. Jetzt bleibt doch mal entspannt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, diesem Antrag der Opposition können wir so nicht zustimmen. Wir wollen erstens – das ist doch die ganz wichtige Botschaft; dazu habe ich ja schon geredet –, dass die Anhebung des Kopfsatzzuschusses nach dem Bruttokostenmodell auf 80 % nun möglichst schnell umgesetzt wird. Wir wollen keine weitere Verzögerung bei der Umsetzung dieses Gesetzes.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist – das habe ich schon gesagt –: Wir wollen keine Kommission, sondern wir wollen auch für die Physiotherapeuten eine schnelle Lösung.

Lassen Sie mich jetzt noch einen Satz sagen: Die Zuschüsse für die Gesundheitsschulen insgesamt – Kollege Stoch kann das bestätigen – wurden schon 2014 von 19,7 Millionen € auf 24 Millionen € erhöht, und 2019 werden wir nach dem jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf bei 28,8 Millionen € stehen. Das heißt, auch da wird es noch einmal zusätzlich Geld geben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hinderer?

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Gern, ja. Das soll uns kein Hinderungsgrund sein.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: No jokes with names, man!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Hinderer, bitte.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Vielen Dank, Herr Walter. Ich werde Sie auch nicht lange aufhalten. Sie wollen keine Zeit verlieren, wir auch nicht. Insofern frage ich: War Ihnen bei der Beratung des Gesetzentwurfs das Gutachten, das bereits Sozialministerin Altpeter auf den Weg gebracht hat und das vorlag, bekannt? Und war Ihnen bekannt, dass bereits in der letzten Legislaturperiode zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Physiotherapeuten stattgefunden haben, bei denen genau dies Thema war und bei denen zumindest auch die heutige Staatssekretärin Mielich regelmäßig mit anwesend war?

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Warum nicht im Sozialausschuss? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Walter, kurze Antwort und dann Blick auf die Redezeit.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die kürzeste Antwort heißt: Es ist uns alles bekannt gewesen, selbstverständlich.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Umso schlimmer! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie haben die Frage des Kollegen Haußmann nicht beantwortet!)

Meine Damen und Herren, ich danke allen, die bei der Beratung des Gesetzentwurfs mitgewirkt haben.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie haben die Frage nicht beantwortet!)

– Ich habe die Frage beantwortet.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein, haben Sie nicht!)

Ich danke der Regierung, namentlich dem Kultusministerium, ich danke den Kolleginnen und Kollegen der CDU

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Kretschmann auch danken!)

und natürlich all denen, die aufseiten der Schulen in freier Trägerschaft daran mitgewirkt haben. Es war ein sehr offener Dialog. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Mann, ist das peinlich!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich der Kollegin Felder.

Abg. Sylvia Felder CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen der vergangenen Woche zum vorliegenden Gesetzentwurf haben zwei Din-

ge gezeigt. Erstens gibt es in diesem Haus einen breiten Konsens über die Zielsetzung und die Notwendigkeit zur Änderung des Privatschulgesetzes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Denn wir leisten inhaltlich damit einen wertvollen Beitrag zur Wahlfreiheit und zur Vielfalt unseres Bildungsangebots in diesem Land. Verschiedenheit, Unterschiedlichkeit, ein differenziertes Angebot an Bildung sind nicht nur der Charme des Privatschulgesetzes, sondern viel mehr. Das Ermöglichen von Vielfalt ist gerade die Voraussetzung dafür, dass Bildung gelingt. Dass jedes Kind in seiner Einzigartigkeit, in seiner unverwechselbaren Neigung die entsprechende Möglichkeit findet, das ist für unser Land typisch. Das verankern wir in diesem Gesetz.

Es geht dabei nicht um einen Ersatz oder einen Wertigkeitsunterschied zum herkömmlichen, leistungsfähigen staatlichen Schulsystem mit Haupt- und Werkrealschulen, Gemeinschaftsschulen, Realschulen, Gymnasien sowie Berufsschulen. Es geht um Schulen in freier und kirchlicher Trägerschaft, um Waldorfschulen und Internate. Diese haben vielfach eine eigene Identität, setzen inhaltliche Akzente, die unser Bildungsangebot vielfältig, attraktiv und damit besonders machen. Das Bild der Einzigartigkeit und schöpferischen Individualität von Kindern und Jugendlichen setzen wir fort im Spiegel eines genau so differenzierten Bildungsangebots.

Ein Zweites haben unsere Beratungen gezeigt: Die finanzielle Ausstattung ist elementar, um genau diese Freiheit zu ermöglichen und Qualität zu garantieren. Vielfalt ohne einen Qualitätsanspruch wäre nur eine bunte Ansammlung von Verschiedenheit, aber noch kein Konzept, schon gar keines, das dem Anspruch Baden-Württembergs gerecht würde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ja, meine Damen und Herren, es ging und geht bei den Beratungen ums Geld, denn wir erhöhen die Grundförderung für alle freien Schulen auf 80 % garantiert, und ja, das belastet den Landeshaushalt mit rund 15 Millionen € pro Jahr. Chancen ermöglichen setzt voraus: Zugang schaffen.

Der im Gesetz vorgesehene Ausgleichsanspruch im Volumen von bis zu weiteren 50 Millionen € ist ebenfalls eine Voraussetzung für Planbarkeit und Verlässlichkeit, ohne den die freien Träger nicht in Vorleistung treten könnten. Der beabsichtigte Deckel bei 90 % der Kosten ist fair, denn mit den 10 % Eigenleistung können die Schulen ihre Eigenständigkeit betonen und stehen auch in der Pflicht, eigene Leistungen zu erbringen. Das gelingt diesen Schulen in hohem Maß, weil eine starke Identifikation gegeben ist: Leidenschaft für gute Bildung, so wie es übrigens die generelle Maxime für das Schulressort und seine Ministerin ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Mit diesem Gesetz geben wir die finanzielle Grundlage für eine weitere Öffnung der freien Schulen. Alle Schülerinnen und Schüler sollen unabhängig von den Besitzverhältnissen ihrer

(Sylvia Felder)

Eltern eine freie Schule besuchen können. Auch das ist ein zentrales Anliegen des Privatschulgesetzes. Noch einmal: Wir reden bei der Förderung über Geld, aber in Wirklichkeit reden wir über das Ermöglichen einer verlässlichen Zukunft für diese Schulen.

Ein Letztes: Dieses Grundmodell der verlässlichen kooperativen Finanzierung muss für alle Schulen gelten. Ich meine die Privatschulen für Physiotherapie, Logopädie und Ergotherapie, die im Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums liegen

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Hört, hört!)

und die bei unseren Beratungen ins Scheinwerferlicht geraten sind, wobei hier noch hinzukommt – das möchte ich ausdrücklich betonen –, dass wir gesundheits- und sozialpolitisch sowie mit Blick auf den demografischen Wandel ein sehr hohes Interesse an den Absolventinnen und Absolventen dieser Schulen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Dann macht doch mal was! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sprechen Sie jetzt für die Koalition oder für die CDU?)

– Für alle.

Auch diese Schulen in freier Trägerschaft – so der einhellige Tenor im Bildungsausschuss – bedürfen einer ihrer spezifischen Kostenstruktur angemessenen finanziellen Förderung. Das vom Sozialministerium in Auftrag gegebene Gutachten vom März 2016 legt eine strukturelle Anhebung der Kopfsätze für die freien Schulen in den Gesundheitsfachberufen nahe. Insofern brauchen wir auch kein neues Gutachten. Es muss nämlich genau jetzt gehandelt werden, und deswegen lehnen wir den Antrag von SPD und FDP/DVP in diesem Punkt ab.

(Beifall der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Das Sozialministerium kann im Zuge der Novellierung des Privatschulgesetzes die Initiative ergreifen und einen angemessenen und belastbaren Kopfsatz definieren. Die CDU versteht sich als verlässlicher und fairer Partner der freien Schulen. Die CDU-Fraktion steht daher hinter einer erforderlichen Erhöhung der Kopfsätze und wird auch dem vorliegenden Entschließungsantrag von Grünen und CDU zustimmen, weil wir auf schnelle Lösungen auf der Grundlage des vorliegenden Gutachtens bauen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Dr. Balzer.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Hat er seine Siemens-Geschirrspülmaschine schon eingeschaltet?)

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das war Miele. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Hier wird ein Gesetz beraten und vermutlich auch verabschiedet, das, gelinde gesagt, noch etwas unausgegoren ist.

(Zuruf von der SPD: Wie immer!)

Wir haben in der vergangenen Woche eine Ausschusssitzung erlebt, die durchaus erlebnisreich – böse Zungen sagen: etwas chaotisch – war. Ich hätte das nicht geglaubt, wenn ich es nicht selbst erlebt hätte: Selbst das Auszählen von acht oder neun Stimmen per Handzeichen wurde zu einer großen Aufgabe.

Es kann ja wohl nicht sein, dass – so ist anzunehmen – die Regierungsfractionen eine öffentliche Anhörung zum Thema Physiotherapieschulen verhindern wollten. Denn gerade die Physiotherapieschulen haben durch dieses Gesetz – zumindest bis jetzt – Nachteile, da der errechnete Kopfsatz im Bruttokostenmodell für sie nicht kostendeckend ist. Sind hierfür Haushaltsgründe maßgeblich?

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Ja!)

Zudem sind die Kostenzuschüsse für die Physiotherapieschulen im Haushalt des Sozialministeriums eingestellt. Das scheint die Kommunikation schwierig gemacht zu haben. Aber im Zeitalter der Digitalisierung – davon war heute viel die Rede –, im Zeitalter von Telefon und Internet sollte es doch möglich sein, sich zwischen den Ministerien abzustimmen, damit nicht vom Kultusministerium aus ein Privatschulgesetz verabschiedet wird, das die Physiotherapieschulen in ihrer Existenz bedroht.

Sowohl die finanziellen Möglichkeiten der Schüler bzw. deren Eltern als auch das im Grundgesetz verankerte Sonderschulverbot setzen der Höhe des Schulgelds enge Grenzen. Hier muss dringend nachgearbeitet werden.

Die Alternative für Deutschland hat sich von Anfang an für eine Stärkung der Schulen in freier Trägerschaft ausgesprochen. Die Erhöhung der Zuschüsse auf 80 % der Bruttokosten ist sinnvoll und richtig. Eine Erhöhung der Finanzierung auf 90 % bei einem vollständigen oder teilweisen Schulgeldverzicht ist jedoch problematisch. Begründung: Die Formulierung ist nebulös. Man kann den Eindruck haben, hier auf einem Trojanischen Pferd zu reiten, das den privaten Schulen mehr schadet als nutzt.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Das Trojanische Pferd kommt mit dem Argument der sozialen Gerechtigkeit daher. Wer kann sich diesem Argument verschließen? Naturgemäß kaum jemand. Welche Schule könnte es den Eltern gegenüber rechtfertigen, die zusätzlichen 10 % Kostenzuschuss abzulehnen und dafür die Eltern in Anspruch zu nehmen?

Selbstverständlich werden die Schulen dadurch unter Druck geraten. Der Forderung, dass jedes Kind, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, sich eine solche Schule leisten können muss, kann man sich als Argument auch nicht verschließen. Doch die entscheidende Frage ist: Woher kommen dann die restlichen 10 %? Sind es wieder die reichen Eltern? Dann könnte ein Schüler, dessen Eltern regelmäßig größere Summen spenden oder überweisen, es ein wenig schwerer haben, schlechte Noten zu bekommen,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Kollege Balzer, es gibt eine staatliche Kontrolle!)

(Dr. Rainer Balzer)

und es könnte für ihn auch ein wenig schwieriger werden – das ist natürlich nur eine üble, fast bössartige Unterstellung –,

(Zuruf: Von Ihnen!)

durch eine Prüfung zu fallen. Eventuell könnte auch das Sozialverhalten diesem Schüler gegenüber zu wünschen übrig lassen.

(Abg. Georg Nelius SPD: Man darf nicht immer von sich auf andere schließen!)

Laut einem Gerichtsurteil ist ein Eigenleistungsanteil von mehr als 4 % privaten Schulen nicht zuzumuten. Wer wird stattdessen einspringen? Unternehmen könnten ein Interesse daran haben, dass in ihrem Umfeld gut ausgebildete Menschen heranwachsen. Das ist sicher sinnvoll. Aber ist es klug, eine Schulausbildung einseitig auf ein bestimmtes Ziel hin auszurichten? Dieser Fall wird dadurch aber wahrscheinlicher.

Noch problematischer ist es, wenn undurchsichtige Geldgeber auf den Plan treten, wenn Schulen vom Ausland aus finanziert werden

(Zuruf von der SPD: Das gilt für den AfD-Wahlkampf wahrscheinlich auch!)

oder durch Stiftungen, deren Agenda im Dunklen liegt.

Wie aus der Antwort zu unserer Kleinen Anfrage zu muslimischen Schulen hervorgeht – für die ich mich ausdrücklich bedanken möchte –, waren dem Land Baden-Württemberg 2014 sechs Schulen in freier Trägerschaft bekannt, die auf die Bildungsideale Güdens – Türkei – zurückgingen. In dieser Frage möglicherweise besser informiert war der türkische Geheimdienst. Er zählte 30 Bildungseinrichtungen jeglicher Art mit samt den Namen der Verantwortlichen und deren Anschriften, Telefonnummern und E-Mail-Adressen auf, die von dort finanziert werden – bei uns in Deutschland.

(Abg. Nese Erikli GRÜNE: Jetzt verteidigen Sie auch noch Herrn Erdogan, oder wie? Unglaublich!)

Es geht mir bei aller Wichtigkeit dieses Themas nicht um – Stellen Sie sich einfach vor, Herr Soros persönlich – wie wir alle wissen, ist er ein großer Philanthrop – entdeckt plötzlich seine Begeisterung für die privaten Schulen, etwa für die Waldorfschulen. Nehmen wir an, er erklärt sich großzügig bereit, für die fehlenden 10 % aufzukommen. Ist das in unserem Sinn? In wessen Sinn wäre das?

Bedenken Sie: Das Stiftungswesen ist ein Thema für sich. Stiftungen mit undurchsichtiger Herkunft und unklaren Zielsetzungen gibt es viele. Auch die Bertelsmann Stiftung ist nicht über alle Zweifel erhaben. Hier wird von einem Großkonzern massiv Einfluss auf die Politik ausgeübt.

Man fragt sich: Wer hat die Damen und Herren des Ministeriums auf dieses Konstrukt gebracht? Unklare Auswirkungen, unklare Zielsetzungen.

Wir sprechen uns dafür aus: Die freien Schulen – da schließe ich mich meiner Vorrednerin an – müssen ihre Freiheit bewahren können. Sie sollten nicht in ein politisch-ideologisch konformes Korsett gepresst werden.

Eines möchte ich aber als Letztes sagen: Die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen hat darum gebeten, den Gesetzestext so zu ändern, um die Rechtsauffassung deutlich zu machen:

Schulen ..., die auf ein Entgelt für Unterricht und Lernmittel in Höhe von 10 Prozent der Kosten ... verzichten, erhalten insoweit auf Antrag einen Ausgleich in Höhe des nicht erhobenen Entgelts.

Schulen, die auf Schulgeld in Höhe von 10 % verzichten, bekommen dieses Schulgeld ersetzt, dürfen aber weiterhin Schulgeld in Höhe der restlichen 10 % erheben. So kann die Unabhängigkeit von externen Geldgebern gewahrt werden.

Die Auswirkungen der insgesamt etwas nebulös formulierten Gesetzeslage bezüglich der 90-%-Kostenerstattung kann niemand genau vorhersagen. Anders ist allerdings wiederum der Antrag der FDP/DVP nicht zu verstehen, die eine unabhängige Institution mit der wissenschaftlichen Begleitung der vorgesehenen Regelung beauftragen will, um gegebenenfalls Nachbesserungen vorzunehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Lieber Herr Kollege.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Letzter Satz.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Letzter Satz.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Auf die Gefahr der massiven Bürokratisierung durch die Berichtspflicht habe ich in der Ersten Beratung bereits hingewiesen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der Tat könnte das heute ein Meilenstein der Privatschulfinanzierung im Land sein. Denn endlich sollen die freien Schulen auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt werden – ein Ziel, für welches sich auch die SPD seit Langem eingesetzt hat.

Daher werden wir heute dem Grundanliegen zustimmen. Aber das kann nur ein Zwischenschritt sein. Denn es gibt ein sehr großes Aber. Die tatsächliche Durchsetzung des Sonderungsverbots ist fraglich, da die möglichen Höchstsätze für einkommensschwache Familien auch weiterhin – so die Gefahr – unerschwinglich sein werden.

Die Physiotherapieschulen werden in ihrer Existenz gefährdet. Ein Antrag von SPD und FDP/DVP zur heutigen Beratung zeigt hier einen Ausweg auf – im Gegensatz zu dem vorliegenden Scheinantrag der Regierungskoalition auch mit einer klaren Perspektive für eine Erhöhung.

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

In Ihrem Antrag dagegen steht: prüfen, berichten, darstellen. Das ist, meine Damen und Herren, im Grunde leider ein Nullantrag à la „Schauen wir mal, was rauskommt“.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Damit ist das Gesetzgebungsverfahren ein Stück weit – entschuldigen Sie den lapidaren Ausdruck – völlig schräg.

Zu den einzelnen Punkten: Eine Analyse von Wrase, Jung, Helbig vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin gesteht dem Gesetzentwurf – das sei Ihnen heute durchaus zugestanden – in Teilen zu, vorbildhaft zu sein.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dies gilt insbesondere mit Blick auf die 160-€-Deckelung des Schulgelds und die angekündigten Überprüfungen.

Jedoch zeigen die Autoren auch eine unsoziale Schlagseite auf. Es fehlt bisher eine Geschwisterregelung. Hier, Frau Ministerin, haben Sie bis zum Jahresende eine Nachbesserung zugesagt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es fehlt an Transparenz, unter welchen Bedingungen die Schulen das Schulgeld reduzieren können und wann sie es komplett erlassen können. Zwar ist festgelegt, dass das Schulgeld 5 % des Nettoeinkommens einer Familie nicht übersteigen sollte. Aber die Autoren weisen zu Recht darauf hin, dass es ein Unterschied ist, ob ein Haushalt etwa über 5 000 € im Monat verfügt oder über 1 000 € bis 2 000 €. Eine Lösung könnte hier sein, das frei verfügbare Haushaltsnettoeinkommen heranzuziehen. Dies ergibt sich beispielsweise nach dem Abzug von Basiskosten für Miete, Bekleidung oder Lebensmittel. Eine solche soziale Regelung wird von Ihnen abgelehnt –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die gibt es doch schon lange!)

wenig erstaunlich, wenn zwei konservative Parteien regieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen, dass die Förderung der Privatschulen mit 80 % nach dem Bruttokostenmodell gesetzlich verankert wird. Ein wirklich nachhaltiges Finanzierungsmodell muss jedoch zusätzliche Kosten für die Ganztagschulen und die Schulsozialarbeit berücksichtigen. Die Frage, wie diese pädagogisch sinnvollen Maßnahmen an freien Schulen sonst finanziert werden können, wird heute leider zulasten der Bildungsqualität weiter aufgeschoben. Daher kann das heute nur ein Zwischenschritt sein.

Ein wesentlicher Strickfehler liegt in der Fehlzurordnung der Physiotherapieschulen in die Kategorie „Übrige Berufskollegs“. Der Zuschuss soll jetzt nach Gesetz 5 525 € pro Schüler und Jahr betragen. Bereits 2015 hatte allerdings ein Gutachten für das Sozialministerium einen notwendigen Zuschussbetrag von ca. 7 500 € erbracht. Nach Berechnungen der Physiotherapieschulen liegt dieser Betrag sogar noch höher. In jedem Fall verbleibt eine Deckungslücke von mehreren Tausend Euro. Dies, verbunden mit der von Ihnen vorgesehenen und notwendigen Deckelung der Beitragshöhe, würde die Physiotherapieschulen – das ist in der letzten Woche mehr als deutlich geworden – in die Pleite treiben. Das darf nicht sein. Hier muss also etwas passieren.

Was ist die Reaktion der Regierungskoalition, auch auf die öffentliche Anhörung im Bildungsausschuss in der letzten Woche? Ich kann nur sagen: Willkommen im Skurrilitätentheater!

Für alle, die am letzten Donnerstag nicht dabei sein konnten, ein kurzer Abriss: Nach einem Antrag von SPD und FDP/DVP kommt es zu einer öffentlichen Anhörung. In dieser legt der Vertreter der Physiotherapieschulen dar, dass die Schulen in ihrer Existenz gefährdet seien. Die CDU erklärt, das sei ihr bewusst, aber das Sozialministerium müsse endlich liefern. Die nötigen Gutachten liegen seit Monaten vor. Die Grünen sagen hierzu: nichts.

Im Raum steht, irgendetwas werde schon passieren. SPD und FDP/DVP bringen einen Antrag ein – heute haben wir ihn erneut vorgelegt –, der fordert, eine Kommission soll auf der Grundlage der Gutachten den Beitrag festlegen. Dieser Antrag wird von CDU und Grünen abgelehnt. Als Alternative bieten die Koalitionsfraktionen an: nichts.

(Heiterkeit des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die Grünen erklären, man müsse das Gesetz verabschieden, weil die Privatschulen darauf warten würden. Zum drohenden Schaden für die Physiotherapieschulen und dem CDU-Vorwurf der Leistungsverweigerung in Richtung Sozialministerium: kein Wort – im Gegenteil. Heute erfolgte übrigens die Fortsetzung der Nullansagen. Sie lassen die Physiotherapieschulen unverbindlich in der Luft hängen.

Frau Felder, Ihnen ist das vorhin nicht aufgefallen, aber ich habe ja den direkten Blick nach links. Sie sagen, das Sozialministerium würde etwas tun. Frau Staatssekretärin Mielich hat an dieser Stelle kräftig den Kopf geschüttelt. Wir sind wirklich einmal gespannt, was da herauskommt. Was für ein Komplementärkoalitionschaos heute!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich kann nur sagen: Avanti, avanti dilettanti! Das hat, glaube ich, einmal ein Grüner gesagt. Ich weiß jetzt, wie er darauf gekommen ist – nach dem, wie ich Grüne und CDU in den letzten Tagen erlebt habe.

Wir zeigen Ihnen heute mit unserem gemeinsamen Antrag einen sauberen Ausweg auf, zeitnah zu einer wirklich verbindlich vorher zugesagten Lösung für die Physiotherapieschulen zu kommen. Sie haben die Möglichkeit, dem heute zuzustimmen. Die SPD-Fraktion beantragt zum Antrag Drucksache 16/2746-1 eine namentliche Abstimmung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch vor kurzer Zeit hat die Kultusministerin die Auffassung vertreten, die grün-schwarze Koalition sei der verkörperte Schulkonsens.

(Heiterkeit bei der SPD)

(Dr. Timm Kern)

Sie meinte, wenn zwei gegensätzliche Bildungsideologien zusammenfinden würden, dann müsste ein für alle sinnvoller Kompromiss herauskommen.

Nun, spätestens seit der Sitzung des Bildungsausschusses in der vergangenen Woche dürfte die grün-schwarze Regierungsrealität Frau Eisenmann eines Besseren belehrt haben. Dass das neue, grün-schwarze Privatschulgesetz eine existenzbedrohende Situation für die Physiotherapieschulen bedeutet, erkannte die CDU immerhin an. Statt aber zu handeln, verwiesen die Kultusministerin und ihre Fraktion auf die Zuständigkeit des grün geführten Sozialministeriums. Die Grünen aber waren im Bildungsausschuss kollektiv von einer plötzlich auftretenden Kiefersperre betroffen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jedenfalls brachten sie im Ausschuss die Zähne kaum auseinander.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die freien Schulen bei Grün-Schwarz wirklich in guten Händen sind. An diesem Zweifel ändert auch die Tatsache nichts, dass die Regierungsfractionen heute um 10:29 Uhr einen Entschließungsantrag eingebracht haben. Es war doch wohl eher die drohende Abstimmungsniederlage bei einer namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag von SPD und FDP/DVP, die da den Ausschlag gab.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Der zuständige grüne Minister glänzt heute immerhin durch Abwesenheit.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber die Staatssekretärin ist doch da!)

Deshalb frage ich an dieser Stelle Staatssekretärin Mielich. Frau Mielich, diese Frage ist die entscheidende des heutigen Tages bei diesem Gesetz: Wurde Geld vom Sozialministerium für den neuen Haushalt angemeldet, ja oder nein? Wenn Sie kein Geld angemeldet haben, dann ist der Antrag, den Grüne und CDU heute eingebracht haben, Makulatur. Bitte beantworten Sie diese Frage, ob Sie Geld im Doppelhaushalt angemeldet haben, mit Ja oder mit Nein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt ausdrücklich, dass die Privatschulzuschüsse in Höhe von 80 % der Bruttokosten eines Schülers im staatlichen Schulwesen nun im Privatschulgesetz verankert werden. Das ist eine Forderung, die auch die FDP/DVP seit Langem stellt.

Aber der Privatschul-Gesetzentwurf ist ein Zwitterpakt. Er wurde trotz der Mahnungen der Privatschulverbände so geschnürt, dass für alle Betroffenen klar ist: Wer höhere Zuschüsse will, muss dicke Kröten schlucken. Denn das grün-schwarze Bürokratiemonster droht die Gestaltungsfreiheit der Privatschulen empfindlich einzuschränken. Schulen, die auf Schulgeld verzichten, erhalten zukünftig zwar eine Förderung von 90 %, zur Schließung der Lücke von 10 % werden sie

aber auf Sonder- und Profilleistungen verwiesen. Betreuungsangebote außerhalb des Pflichtunterrichts werden dadurch zwangsläufig teurer werden, sodass neue soziale Hürden aufgebaut werden. Das darf aus unserer Sicht nicht geschehen.

Wir Freien Demokraten hätten stattdessen den von der Landesverfassung geforderten Ausgleich für Schulgeldfreiheit auf diejenigen Eltern beschränkt, die das Schulgeld auch tatsächlich nicht aufbringen können. Dadurch würden Mittel frei,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

um Ganztagsbetreuung, den Schulbau sowie andere bisher ausgeklammerte Kostenblöcke in die Berechnung der Privatschulzuschüsse einzubeziehen. Die Bruttokosten realistisch und fair zu berechnen ist das beste Mittel gegen soziale Hürden beim Besuch einer Schule in freier Trägerschaft. Aber Grüne und Schwarze haben ja heute noch einmal die Chance, den Anträgen von FDP/DVP und SPD zuzustimmen und damit die schlimmsten Fehlgriffe zu korrigieren.

Im schon erwähnten 10:29-Uhr-Antrag der Koalition haben sich Grüne und CDU nicht dazu durchringen können, dass es einen eigenen Zuschusssatz für die Physiotherapieschulen gibt. Deshalb halten wir unseren Antrag aufrecht, und wir fordern eine wissenschaftliche Begleitung der Ausgleichsregelung in der Praxis, die zu der Vorlage eines Berichts an den Landtag nach zwei Jahren und der Möglichkeit einer Neufassung der Regelung führt.

Unser bisheriges baden-württembergisches Erfolgsmodell der freien Schulen, liebe Kolleginnen und Kollegen, beruht darauf, dass diese wirtschaftlich arbeiten und dadurch soziale Verantwortung übernehmen können. Dieses Modell wollen wir Freien Demokraten nicht gefährdet wissen und werben daher noch einmal eindringlich um Zustimmung zu unseren Anträgen.

Frau Staatssekretärin Mielich, ich bin sehr gespannt, was Sie jetzt antworten werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Kultusministerin Dr. Eisenmann.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Sie nicht enttäuschen: Frau Mielich wird nach mir das Wort ergreifen und mit Sicherheit all die von Ihnen aufgeworfenen Fragen beantworten.

Grundsätzlich: Wir befassen uns heute nicht zum ersten Mal mit dem Gesetzentwurf. Wir haben im Vorfeld auch ausführlich über eine neue Grundlage diskutiert, was die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft angeht. Das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin hat in seiner jüngst veröffentlichten rechtlichen und inhaltlichen Bewertung vom Juli 2017 festgestellt, dass Baden-Württemberg damit das beste und rechtlich solideste Gesetz im Bereich der Förderung von Schulen in privater Trägerschaft vorgelegt hat – vorbildlich für alle anderen Bundesländer. Da kann ich nur sagen: Es gibt

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

hier sicher keinen Grund schwarzzumalen. Ganz im Gegenteil, wir haben eine glänzende Basis – rechtlich, politisch und vor allem finanziell –, was mich für die Schulen in freier Trägerschaft in unserem Land auch sehr freut.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich will nicht weiter darauf eingehen, dass wir die Pro-Kopf-Zuschusspauschale jetzt auf 80 % erhöht haben – über Jahrzehnte zugesagt, nie umgesetzt. Wir setzen das um. Was das Schulgeld angeht, setzen wir auch das um – Stichwort Ausgleichsanspruch –, was gesetzliche Grundlage ist. Das machen wir nicht nur, weil es unsere Pflicht ist, sondern auch, weil wir es gern machen, weil wir – ich wiederhole mich auch in diesem Zusammenhang – Schulen in freier Trägerschaft als wichtige und grundlegende Ergänzung für unsere Schulen im öffentlichen Bereich ansehen. Deswegen sind das für uns wichtige Partner, denen wir mit großem Respekt und mit großer Wertschätzung begegnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Zu den Grundlagen über den Ausgleichsanspruch ist schon viel gesagt worden. Darauf will ich jetzt gar nicht weiter eingehen. Nur, Herr Dr. Kern: Die Vorgaben sind gesetzlich und rechtlich – und jetzt auch gerichtlich – festgelegt worden. Dafür brauche ich keine Evaluierung, weil ich es eh nicht ändern kann. Die Grundlage ist rechtlich vorgegeben und richtet sich nicht danach, ob sie für sinnvoll oder nicht sinnvoll erachtet wird.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Es geht doch um die Auswirkungen!)

– Auch die Auswirkungen sind deshalb hinfällig, weil es rechtlich umzusetzen ist. Deshalb: Das Sonderungsverbot ist nichts, was von uns aus Vergnügen erfunden worden wäre, sondern eine grundgesetzliche Grundlage, die umgesetzt werden muss. Dazu gehört übrigens auch – rechtlich und gerichtlich festgestellt –, dass wir dies auch überprüfen müssen. Deshalb wundere ich mich, dass eine Vorgabe – im Jahr 2017 haben wir den Schulen in freier Trägerschaft rund 900 Millionen € zukommen lassen; mit der Gesetzesänderung und den neuen finanziellen Grundlagen sind wir bei knapp 1 Milliarde €; viel Geld –, zu kontrollieren, was mit diesem Geld gemacht wird, was ich für eine Selbstverständlichkeit halte, von der Opposition immer als „Bürokratiewust“ bezeichnet wird. Das ist eine Vorgabe. Der Umgang mit Steuergeldern erfordert eine gewisse Rechtfertigung und Darlegung. Ich halte es für selbstverständlich, dass eine grün-schwarze Landesregierung dieser Vorgabe nachkommt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Wir achten darauf, dass es eben kein Bürokratiewust wird. Wir haben die Verhandlungen, die Gespräche mit den Partnern, den Schulen in freier Trägerschaft, über die Ausgestaltung des Berichtswesens, aber auch über die Ausgestaltung des Nachweises bereits begonnen. Das haben wir zugesagt. Das machen wir auch gern.

In diesem Zusammenhang, Herr Fulst-Blei, bekommen Sie von mir gern noch einmal die Bestätigung, dass wir das Thema Geschwisterregelung mit aufnehmen werden. Dafür wer-

den wir gemeinsam mit den Partnern, den Schulen in freier Trägerschaft, noch eine Lösung entwickeln. Das werden wir tun; das möchte ich hier auch noch einmal bestätigen.

Ansonsten glaube ich, dass wir auf einem besten Weg sind. Baden-Württemberg muss sich mit diesem Gesetz definitiv nicht verstecken.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Mielich das Wort.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte ist jetzt einiges an Tumulten aufgebrochen, was offensichtlich auch an die Ausschusssitzung, die in der letzten Woche stattgefunden hat, erinnert. Ich freue mich sehr, dass ich heute hier zu den Themen Stellung nehmen kann, die Sie dort angesprochen haben.

Erlauben Sie mir aber, dass ich voranschicke, dass die Physiotherapeuten für uns ein ganz wichtiger Bestandteil in der Gesundheitsversorgung sind. Wir Grünen haben gemeinsam mit der CDU – und haben es in der vergangenen Legislaturperiode auch gemeinsam mit der SPD getan – sehr intensiv darum gekämpft, dass die Stellung der Physiotherapeuten, dass die finanzielle Absicherung der Schulen deutlich besser wird.

Aber nicht nur das. Wir haben auch dafür gekämpft, dass Physiotherapeuten eine deutlich höhere Kompetenz bekommen. Wir haben dafür gekämpft, dass Physiotherapeuten auf dem Weg eines Direktzugangs insgesamt ein deutliches Stück weiter gekommen sind. Wir haben uns stark dafür eingesetzt, dass es auf Bundesebene jetzt die Regelung gibt, dass es Blankorezepte gibt, dass von den entsprechenden Fachärzten nur noch die Diagnose gestellt wird und die Therapeuten selbst über die Therapie entscheiden können. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass Therapeuten in der Tat in der Regel diejenigen sind, die sehr viel besser entscheiden können, was für die Patientinnen und Patienten gut ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Für all das kämpfen wir seit Jahren; das ist uns ein riesengroßes Anliegen. In diesem Sinn verstehen wir auch unser Engagement dafür, die Stellung der Schulen für Physiotherapie deutlich zu verbessern.

Herr Fulst-Blei, ich meine, es ist ja schon irgendwie interessant, zu hören, was Sie so zu sagen haben, wie Sie die Politik des grün geführten Sozialministeriums bewerten. Irgendwie kommt mir in Erinnerung, dass dieses Ministerium bis März 2016 unter der Führung der SPD gestanden ist

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben 17 Monate Zeit gehabt! Sie haben nichts gemacht! Der Vorwurf kommt von der CDU!)

und die SPD bis dahin verantwortlich dafür gewesen ist, dass es in den letzten Jahren keine Lösung für die Physiotherapeuten gegeben hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

Da muss man auch einmal deutlich sagen:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es richtig!)

Es ist eben nicht so einfach, wie Sie es gerade dargestellt haben,

(Glocke des Präsidenten)

dass man einfach einen Geldsack aufmachen müsste und dann sämtliche Probleme lösen könnte.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Also nichts im Haushalt!)

Es handelt sich um grundsätzliche strukturelle Probleme, die in dem Privatschulgesetz natürlich auch verankert sind. Das umfasst z. B. auch die Eingruppierung. Das wurde bereits von Frau Felder angesprochen.

Die Eingruppierung der Schulen in die unterschiedlichen Kategorien ist eine ganz grundsätzliche. Diese Eingruppierung gibt es seit mehreren Jahrzehnten. Bei der Novellierung des Privatschulgesetzes hat sich die Frage gestellt, ob dabei auch eine Neujustierung und eine Neugruppierung vorgenommen werden soll, ja oder nein.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wie haben Sie die Frage beantwortet?)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Staatssekretärin, geben Sie mir die Chance. Der Kollege Dr. Fulst-Blei hätte gern eine Zwischenfrage gestellt.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Er hat eine Zwischenfrage gestellt?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein, er würde gern eine stellen.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ach, er hätte gern eine gestellt.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Stimmen Sie zu, ja oder nein?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ja, die lasse ich zu.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Herr Kollege Dr. Fulst-Blei.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Weißt du noch, was du fragen wolltest?)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Staatssekretärin, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Meine Frage lautet: Ist Ihnen bekannt, dass das Gutachten dem Sozialministerium erst Ende 2015 vorlag und dass Sie seitdem – insbesondere in der neuen Legislaturperiode – 17 Monate Zeit hatten, dieses Gutachten zu bewerten und umzusetzen, während das zu unserer Zeit – auch mit Blick auf die Haushaltsberatungen – nicht mehr möglich war?

Ist Ihnen bekannt, dass der Vorwurf der Leistungsverweigerung nicht von der SPD, sondern am letzten Donnerstag im Bildungsausschuss von der CDU in den Raum gestellt wurde?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ich weiß, dass das Gutachten seit März 2016 vorliegt.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei: Wann war die Wahl?)

Ja, aber es gab natürlich die Tatsache – Sie müssen auch zulassen, dass ich die Frage beantworten kann, ohne dass ich permanent unterbrochen werde. Das bringt dann überhaupt nichts.

Völlig klar ist aber, dass es sehr lang gedauert hat, dieses Gutachten überhaupt zu erstellen. Das lag an den vielen, vielen Verhandlungen,

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfler SPD)

die das Ministerium bereits in der letzten Legislaturperiode mit dem Verband der Physiotherapeuten geführt hat. Man hat sich dabei auf die Zwischenlösung verständigt, dass man das Sonderungsverbot aussetzt und auf diese Weise die Existenz der Physiotherapieschulen gesichert wird. Gleichzeitig wollte man versuchen, das Ganze insgesamt auf neutrale und andere Füße zu stellen.

Ich möchte jetzt noch kurz die Kernelemente dieses Gutachtens darstellen. Diese sind nämlich ganz zentral.

Zentrales Element des Privatschulgesetzes ist, dass sich die Fördersätze daran orientieren, welche Gelder an öffentlichen Schulen verlangt werden können bzw. wie hoch dort die Kosten insgesamt sind. Es gibt in Baden-Württemberg nur wenige Physiotherapieschulen, die öffentlich sind. Insgesamt sind es vier Schulen. Alle sind an den Universitätskliniken angesiedelt bzw. dort angedockt. Wir haben den Betrag, der Grundlage dieses Gutachtens war, genommen und haben in der Tat –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP tippt auf seinem Smartphone.)

– Herr Kollege Kern, das ist jetzt die Antwort auf Ihre Frage. Hören Sie auf zu daddeln, und hören Sie mir besser zu.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich daddle nicht, sondern ich habe etwas nachgeschaut!)

– Ja, aber Sie haben eben so –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Offensichtlich hat Sie meine Zwischenfrage ganz schön aggressiv gemacht!)

– Nein. Sie haben gerade eben massiv die Beantwortung dieser Frage gefordert. Dann hören Sie mir jetzt auch zu, wenn ich die Frage beantworte.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Mache ich gern! – Glocke des Präsidenten)

Wir haben in der Tat diesen Mehrbedarf angemeldet. Aber Sie wissen auch genau, dass es nicht nur unser Ministerium war, das Mehrbedarfe in vielerlei Hinsicht angemeldet hat. Das waren vielmehr auch die anderen Ministerien. Es musste bei den Haushaltsberatungen innerhalb des Kabinetts eben auch eine entsprechende Entscheidung darüber geben, welchen Mehrbedarfen entsprochen und welchen Mehrbedarfen nicht entsprochen wird. Das heißt: Es ist völlig klar, dass es diesen

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

Mehrbedarf gibt, aber wir können dem nicht entsprechen, weil wir bei den Haushaltsberatungen nicht die Mehrheit bekommen haben. Das muss man einfach einmal konstatieren.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Haußmann?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Nein, ich will das jetzt einmal zu Ende ausführen.

Das heißt: Die politische Notwendigkeit, zu handeln, ist uns durchaus bewusst. Es ist aber auch klar, dass wir, wenn wir wirklich eine konsequente politische Neujustierung machen würden, die Kategorisierung im Privatschulgesetz insgesamt anders machen müssten. Wir müssten sozusagen – das war unser Vorschlag bei den Haushaltsberatungen – eine Kategorie „Physiotherapie und Logopädie“ bei den ganzen Berufsbezeichnungen, die im Privatschulgesetz aufgeführt sind, zusätzlich einführen.

Dies wiederum würde bedeuten, dass man die gesamte Finanzierung neu justieren müsste. Das ist dann aber deutlich mehr. Dies hätte den Rahmen der jetzigen Novellierung gesprengt. Deswegen bin ich sehr froh, dass es heute offensichtlich gelingt, mit diesem Entschließungsantrag der Regierungsfaktionen die parlamentarische Souveränität des Landtags, der Legislative,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP meldet sich.)

hier deutlich zum Ausdruck zu bringen. Wie gesagt: Wir werden das auf jeden Fall zu unserer eigenen Sache machen. Es ist nicht mehr Sache – deswegen habe ich eben den Kopf geschüttelt –

(Zurufe der Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP und Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

des Sozialministeriums. Wir haben sozusagen die Vorarbeiten, die wir machen konnten, geleistet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt schiebt man die Verantwortung der Legislative zu! Ganz toll!)

Wir haben die Mehrbedarfe angemeldet. Wir sind damit aber nicht durchgedrungen, weil der Haushalt insgesamt völlig überzeichnet gewesen ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Staatssekretärin, mir liegen zwei Wortmeldungen für Zwischenfragen vor.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Lassen Sie diese zu?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ja, von wem denn?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Kern, bitte.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ich muss zunächst einmal wissen, von wem.

(Oh-Rufe von der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Von Herrn Abg. Dr. Kern.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ja, ich mache da gewisse Unterschiede. Aber Herr Dr. Kern, gern.

(Abg. Carola Wolle AfD: Wir sind doch alle Demokraten! – Gegenrufe: Nein!)

– Das sehe ich anders.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Kern, bitte.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Staatssekretärin, habe ich Sie richtig verstanden: Sie vom Sozialministerium haben einen Mehrbedarf angemeldet, weil Sie das Problem bei den Physiotherapieschulen durchaus gesehen haben, konnten sich damit aber nicht durchsetzen? Das heißt, die Physiotherapieschulen werden zukünftig nicht mehr Geld bekommen, weil Sie sich in der Koalition nicht durchgesetzt haben. Wo zu stellen CDU und Grüne hier dann eigentlich noch einen Antrag, wenn Sie gar kein Geld dafür haben, wo es doch darum gehen soll, den Physiotherapieschulen zu helfen?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Herr Kern, ich möchte jetzt einfach einmal – – Es gibt zwei Ebenen des Regierungshandelns: Es gibt die Legislative,

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

und es gibt die Exekutive. Richtig?

(Abg. Sascha Binder SPD: Nein, falsch! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Und wenn es die Regierung nicht fertigbringt, soll es das Parlament richten! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Staatssekretärin, das Parlament ist nicht die Regierung. Aber fahren Sie fort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der AfD, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Jetzt gibt es aber richtig lebendige Tumulte hier. – Nein, es ist mir schon klar – –

(Zurufe, u. a. Abg. Sascha Binder SPD: Ein merkwürdiges Demokratieverständnis!)

Ich meine, irgendwie ist es jetzt an der Zeit, vielleicht einmal wieder ein bisschen herunterzuzoomen und einander zuzuhören. Das macht, glaube ich, Sinn.

(Große Unruhe)

Sie sind der Souverän. Sagen wir es einmal so. Sie sind nicht die Regierung; das ist völlig klar. Der Landtag ist nicht die Regierung, aber der Landtag ist der Souverän.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, das Volk ist der Souverän! – Vereinzelt Beifall – Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Staatssekretärin, jetzt bitte ich, die Frage des Kollegen Dr. Kern zu beantworten. Dann kommt die zweite Zwischenfrage.

(Zurufe – Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frau Staatssekretärin hat das Wort.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Mir wäre es sehr recht, Sie würden dafür sorgen, dass es ein bisschen leiser ist. Dann habe ich nicht so viele Schwierigkeiten, mir hier Gehör zu verschaffen.

Es ist völlig klar: Der Haushalt wird jetzt eingebracht. Wir stehen vor den Haushaltsberatungen, und es obliegt den Fraktionen im Landtag,

(Abg. Sascha Binder SPD: Weil Sie es versäumt haben!)

politische Weichen zu stellen und Anträge einzubringen, die den Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 betreffen. Wenn es eine politische Mehrheit hier in diesem Haus dafür gibt,

(Zurufe der Abg. Sascha Binder SPD und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

die Physiotherapeuten deutlich besserzustellen, dann ist es in Ihrer Verantwortung, mit einem Antrag für eine entsprechende Mehrheit zu sorgen und dafür,

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Nein, es ist Ihre Verantwortung! Aber die Regierung wird die Schulen ausbluten lassen wollen!)

dass das Ganze letztlich auch im Haushalt abgebildet wird. Das Sozialministerium hat – Tun Sie doch nicht so, als ob dies so außergewöhnlich wäre.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir haben eine Menge an Mehrbedarfen angemeldet. Aber dass nicht allen Mehrbedarfen, die wir anmelden, entsprochen wird, ist doch auch klar. Der Haushalt ist mit den Anmeldungen aller Ministerien um eine Summe in dreistelliger Millioenhöhe überzeichnet gewesen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Dass da Abstriche gemacht werden mussten, ist doch völlig klar. Das ist doch ganz normales, tägliches Regierungshandeln.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Da gehen die Schulen vor die Hunde! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP steht noch immer an einem Saalmikrofon.)

– Sie können sich gern wieder setzen.

(Heiterkeit)

Ich möchte deutlich sagen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie sollen die Frage beantworten! – Glocke des Präsidenten)

dass es mitnichten so ist – Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen mehr zu. Sie können sich wirklich setzen.

(Oh-Rufe)

Ich möchte deutlich sagen: Es ist mitnichten so, dass es nicht mehr Geld für die Physiotherapieschulen gäbe. – Es wäre jetzt wirklich sinnvoll, Sie würden mir noch zuhören, damit Sie diese Zahlen dann vielleicht auch noch im Kopf haben.

Es gab für die Gesundheitsschulen insgesamt im Jahr 2014 19,7 Millionen €. Diese Summe ist auf 24 Millionen € im Jahr 2017 angehoben worden, und es ist geplant, sie auf 27,1 Millionen € im Jahr 2018 und auf 28,8 Millionen € im Jahr 2019 anzuheben. Das bedeutet, dass wir jenseits der Forderung der Physiotherapeuten, eigene Kopfsätze zu bekommen, die Förderung der Gesundheitsschulen sowieso schon deutlich erhöhen. Es sind auch deutliche weitere Erhöhungen geplant.

Daher sind wir auf einem guten Weg und natürlich noch lange nicht am Ende des Weges. Wir wissen um die Verantwortung, die wir haben. Sie wissen auch um die Verantwortung, die wir haben, um die Physiotherapie im Auge zu behalten. Es ist mit Sicherheit nicht so, Kollege Hinderer und Herr Fulst-Blei, dass die Existenz der Schulen bedroht wäre,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Natürlich! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das waren die Worte des Verbands!)

sondern es ist so, dass sie natürlich große Schwierigkeiten haben. Wir stehen auch in sehr engem Kontakt zu den Schulen, auch zu den Physiotherapieschulen, aber ich hätte mir nicht eine so emotionale, sondern eine sachliche und ergebnisorientierte Diskussion gewünscht. Es wäre besser gewesen, Sie hätten in der letzten Woche keine öffentliche Behandlung dieses Tagesordnungspunkts verlangt, die in keiner Weise einer Anhörung entspricht – das ist ja ein feststehender Begriff –, sondern hätten für eine gemeinsame Sitzung von Sozialausschuss und Bildungsausschuss gesorgt. Denn das Thema Physiotherapieschulen –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie können uns doch nicht vorwerfen, das wir Öffentlichkeit herstellen!)

– Nein, darum geht es nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben doch!)

– Herr Gall, es geht überhaupt nicht um Öffentlichkeit, ja oder nein, es geht darum, dass der Sozialausschuss die Fachkompetenz hat. Im Sozialausschuss wurde seit Jahren über dieses Thema diskutiert, im Bildungsausschuss überhaupt nicht. Ich möchte sehr bezweifeln, dass alle Leute im Bildungsausschuss auf dem Stand der Dinge waren, um darüber zu diskutieren.

(Zurufe von der SPD – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es wäre sinnvoller gewesen, Sie hätten eine tatsächliche, gemeinsame Anhörung dieser Ausschüsse nach vorn gebracht.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was wäre da herausgekommen? Dass kein Geld da ist, obwohl Sie es beantragt haben!)

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

– Herr Fulist-Blei, das Sozialministerium ist zuständig, und auch der Sozialausschuss ist zuständig. Der Bildungsausschuss hat nicht die Kompetenz, darüber zu entscheiden.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deswegen wäre es richtig gewesen, Sie hätten eine gemeinsame Sitzung beantragt, anstatt allein im Bildungsausschuss darüber zu diskutieren.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie wissen gar nicht, welche Kompetenzen der Bildungsausschuss hat! – Weitere Zurufe – Anhaltende Unruhe)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Staatssekretärin, ich weise vorsorglich darauf hin, dass ich dann, wenn Sie noch weiter reden, den Fraktionen noch einmal Redezeit zuteilen muss.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Gut, dann werde ich zum Schluss kommen und sage: Wir sind am Anfang der Haushaltsberatungen hier im Parlament. Es geht um einen Doppelhaushalt, und es obliegt den Fraktionen, politische Weichenstellungen vorzunehmen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Weil es die Regierung nicht kann!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/2333. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 16/2597. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Die drei hierzu vorliegenden Entschließungsanträge werde ich nach der Schlussabstimmung über das Gesetz zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Privatschulgesetzes

mit den Nummern 1 bis 8. Es wurde beantragt, Artikel 1 nicht insgesamt zur Abstimmung zu stellen. Wie gewünscht, schlage ich Ihnen vor, die Nummern 1 bis 4 gemeinsam und die Nummern 5 bis 8 jeweils getrennt zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer den Nummern 1 bis 4 des Artikels 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Den Nummern 1 bis 4 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 von Artikel 1 auf. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6 auf. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Nummer 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zu Nummer 7 des Artikels 1. Wer der Nummer 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Nummer 7 von Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über die Nummer 8 von Artikel 1 abzustimmen. Wer der Nummer 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Nummer 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung der Vollzugsverordnung zum Privatschulgesetz

mit den Nummern 1 und 2.

Ich schlage vor, dass ich Artikel 2 mit den Nummern 1 und 2 insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 27. September 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und dessen Vollzugsverordnung“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Nun haben wir noch über die Entschließungsanträge abzustimmen.

Meine Damen und Herren, es ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Ich gehe davon aus, dass der Antrag die in § 99 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete hat. – Das ist der Fall.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2746-1, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Antrag ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Gramling, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben Z. Ich bitte um Ruhe während der Abstimmung.

(Namensaufruf)

Ist jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Dann ist die Abstimmung geschlossen, und ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

Wir fahren so lange fort.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2746-2, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2746-3, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Entschließungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir setzen diesen Tagesordnungspunkt nun so lange aus, bis das Auszählungsergebnis vorliegt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Drucksache 16/2304

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/2639

Berichterstatlerin: Abg. Petra Häffner

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Zweiten Beratung auf eine Aussprache verzichtet wird.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/2304. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/2639. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zu dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 27. September 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gerichte für Arbeitssachen – Drucksache 16/2428

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Ersten Beratung auf eine Aussprache verzichtet wird. Die Regierung verzichtet ebenfalls auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage deshalb vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2428 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung ebenfalls erledigt.

Wir kommen noch einmal zurück zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und dessen Vollzugsverordnung – Drucksache 16/2333

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/2597

Berichterstatler: Abg. Daniel Born

Inzwischen liegt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vor.

Beteiligt haben sich 132 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 28 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 104 Abgeordnete gestimmt.*

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Damit ist der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2746-1, abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Sabine Wölffe.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Andrea Lindlohr, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörfinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Fel-

der, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Dr. Heinrich Fiechtner, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Heiner Merz, Dr. Jörg Meuthen, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räßle, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon.

*

Damit darf ich Tagesordnungspunkt 3 schließen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt.

Bevor ich die Sitzung insgesamt schließe, darf ich Sie noch einmal herzlich zu der Eröffnung der Ausstellungen und zum fair gehandelten Imbiss in der Eingangshalle einladen.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 11. Oktober 2017, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:13 Uhr

Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (HVF) und der Rolle des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (MWK), insbesondere des möglichen pflichtwidrigen Verhaltens von Ministerin Bauer“

Funktion	scheidet aus	tritt ein
ordentliches Mitglied	Saebel	Erikli
stellvertretendes Mitglied	Seemann	Saebel

26.09.2017

Andreas Schwarz und Fraktion